

H 8040 F
ISSN 1619-1404
26. Jahrgang
Nummer 152
Januar | Februar 2015
3,50 Euro

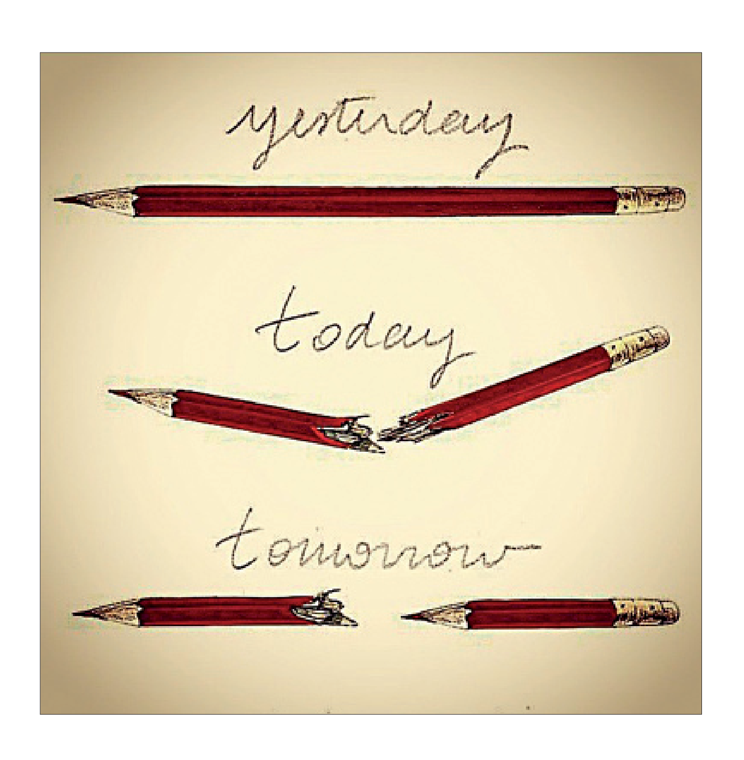
Deutsche
Rassisten

der rechte **rand**

magazin von und für antifaschistInnen

Unser Titelbild von Roland Geisheimer / attenzione zeigt den Aufmarsch der selbsternannten PEGIDA in Dresden am 1. Dezember 2014

editorial & inhalt



Liebe Leserinnen und liebe Leser,
das Jahr 2015 ist ein besonderes Gedenkjahr, nur noch wenige Überlebende der Konzentrationslager, die durch die alliierten SoldatInnen befreit wurden, werden an den diesjährigen Feierlichkeiten anlässlich der Befreiung vom Nationalsozialismus teilnehmen können.
Angesichts der Aufmärsche und Kundgebungen von und um PEGIDA klingt es fast wie blanker Hohn, den 70. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus zu feiern, während auf der Straße rassistische Forderungen und Parolen laut werden. »Volksverräter« und »Lügenpresse«; Diffamierungen und Hetze, die aus jener Zeit kommen, finden Zuspruch. Gewiss, der Nationalsozialismus als solcher ist Geschichte, aber die menschenverachtende Ideologie ist, auch in Versatzstücken, weiterhin präsent.
Wie und von wem kann ein Gedenken und Erinnern angemessen gestaltet werden? Kann es überhaupt ein adäquates Gedenken geben – vor allem dann, wenn sich während der öffentlichen Debatte um »Armutszuwanderung« aus Bulgarien und Rumänien antiziganistischer Stereotype bedient wird, Asylsuchende in gute und schlechte Flüchtlinge geteilt werden, Asylunterkünfte unerwünscht sind und angegriffen werden?
Sind es nicht zum Teil diejenigen, die eben noch Flüchtlinge nicht willkommen heißen wollten, nun PEGIDA verdammen und im Rahmen der Gedenkfeierlichkeiten öffentlich mahnen werden, um anschließend wieder im politischen Alltagsgeschäft zu verschwinden?
Gerade wegen dieser Zustände ist die Vergegenwärtigung der Vergangenheit notwendig, als AntifaschistInnen an den Schwur von Buchenwald, »die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln« zu erinnern und an ihm festzuhalten.

Rechte Mobilisierungen

HOGESA in Köln, PEGIDA in Dresden und Demonstrationen gegen eine linke Landesregierung in Erfurt: Rechten Mobilisierungen folgten zuletzt Tausende auf die Straßen. Teile der Politik wollen das für einen Rechtsruck nutzen.

von Ernst Kovahl



^ *5. Januar 2015 in Köln*

Es war der größte rassistische Aufmarsch in der jüngsten Geschichte der Bundesrepublik. Am 22. Dezember 2014 zogen 17.500 Menschen durch Dresden – aufgerufen hatten die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA). Sie fürchten sich vor MigrantInnen im Allgemeinen und vor dem Islam im Speziellen – und sie hassen die »Systemmedien«. Zum ersten Aufmarsch im Oktober kamen etwa 350 Menschen, seitdem wuchsen die wöchentlichen Aufmärsche an. Zu Tausenden sammeln sich rassistische Spieß-BürgerInnen, Neonazis, Hooligans und VerschwörungstheoretikerInnen – in der Melange der Prototyp des »hässlichen« Deutschen. Ein Milieu, das seine Überzeugungen am Stammtisch gewinnt und »in einer medialen Parallelwelt rechtsextremer und islamfeindlicher Internetblogs, verschwörungstheoretischer Flugschriften und fragwürdiger Thesen-Bücher« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«). Vor fünf Jahren, am 1. Juli 2009, wurde in derselben Stadt Marwa El-Sherbini in einem Gerichtssaal erstochen – der Mörder hatte die Frau zuvor rassistisch und antimuslimisch beschimpft.

Begeistert schrieb der Chef der neurechten Zeitung »Junge Freiheit« (JF), Dieter Stein, zu PEGIDA: »Noch nie sind so viele Menschen in Deutschland auf einmal gemeinsam auf die Straße gegangen, um ihren Unmut über unkontrollierte Einwanderung und den fehlenden Dialog darüber deutlich zu machen.« (Nr. 41/2014). Wo PEGIDA politisch steht, machte ihr Initiator – der verurteilte Einbrecher und Drogenkurier Lutz Bachmann – in dem Blatt klar: Gegen die «Islamisierung unseres öffentlichen Raumes«, »Political Correctness«, »zunehmende Ausländergewalt« und gegen »die steigende Zahl an Flüchtlingen«. In seinen Aufmarsch-Reden forderte er: Weniger Einwanderung, mehr Abschiebungen, »null Toleranz« gegenüber straffälligen MigrantInnen und »radikalreligiösen Gruppierungen« sowie die »Bewahrung und Schutz unserer Identität und unserer christlich-jüdischen Abendlandkultur«. Es müsse normal werden, »öffentlich die Liebe zu seinem Vaterland zum Ausdruck zu bringen!«

Gegen die Aufmärsche richteten sich Kundgebungen, zu denen ebenfalls Tausende kamen. Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Antifa-Gruppen und alle im Bundestag vertretenen Parteien kritisierten PEGIDA. Doch das half bislang nicht. Die rassistische Gefolgschaft ist von den etablierten gesellschaftlichen Institutionen – aber auch von der politischen Linken – nicht mehr erreichbar. Ihre gesellschaftliche Ausgrenzung stört sie nicht. Sie leben in einer eigenen politischen Welt, in der sie ihre rassistischen und rechtspopulistischen Meinungen reproduzieren und nicht mehr in Frage stellen müssen. Ein Korrektiv, das sie mit der Realität konfrontiert, scheint es für sie nicht mehr zu geben. Gesellschaftlicher Gegenwind ist für sie völlig unbedeutend geworden. Während die »Hooligans gegen Salafisten« (HOGESA) den militanten Teil dieser Strömung darstellen, der durch seinen Gewaltfetisch schon immer am Rand der Gesellschaft stand, sammelt sich bei PEGIDA die manifest gewordene »rohe Bürgerlichkeit« (Wilhelm Heitmeyer).

Zugleich ist endgültig das Tabu gefallen, gemeinsame Sache mit der extremen Rechten zu machen. Das war schon bei den »Montags-Mahnwachen« der Fall, das war bei den Demonstrationen gegen die neue linke Landesregierung in Erfurt so, als am 9. November 2014 in einem Meer aus Kerzen und Fackeln Neonazis gemeinsam mit einem CDU-Innenminister auf die Straße gingen, und das ist nun auch bei PEGIDA so.

Derweil gießen die sächsische CDU und Bayerns CSU Öl ins Feuer. Man müsse die »Sorgen« der Marschierenden »ernst nehmen« und »Dialog« anbieten – und möglichst rasch das Asylrecht und die innere Sicherheit weiter verschärfen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Hans-Peter Friedrich (CSU), kritisierte im Magazin »Der Spiegel« den Kurs der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Die CDU/CSU sei mit der »Identität unseres Volkes und unserer Nation zu leichtfertig umgegangen«. Sie müsse ihr konservatives Profil schärfen. Dazu solle die Asyl- und Einwanderungspolitik überprüft werden. Im Klartext: Weniger Menschen aufnehmen, stärker nach Nützlichkeit sortieren und mehr Abschiebungen. Das seien Rezepte gegen »Alternative für Deutschland« (AfD) und PEGIDA, glaubt Friedrich. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) stellt sogar Gespräche mit PEGIDA in Aussicht. Es solle zudem eine »Expertenkommission« eingesetzt werden, um zu klären, »welche Integrationsanstrengungen wir erwarten«, sagte der sächsische CDU-Generalsekretär Michael Kretschmar. Die Situation erinnert fatal an die frühen 1990er Jahre, als eine Welle von rassistischen Anschlägen zu einer de facto Abschaffung des Asylrechts führte und die militante Neonazi-Szene so ermutigte.

In Thüringen suchte die CDU derweil kein Mittel gegen die rechtspopulistische AfD mehr, sie suchte Wege für den Machterhalt. Geheim wurden auf allerhöchster Ebene Gespräche mit der rechtspopulistischen Partei geführt, um eine rot-rot-grüne Landesregierung zu verhindern – letztlich erfolglos. Wichtiger als der Kampf gegen die AfD sei die Verhinderung einer linken Regierung, machte Thüringens früherer Ministerpräsident Dieter Althaus den Kurs klar – und konnte sich dabei auch auf die Demonstrierenden stützen, die zuvor gegen rot-rot-grün auf die Straße gegangen waren – eine Allianz aus ehemaligen BürgerrechtlerInnen, AfD, CDU, FDP und NPD. Die extreme Rechte wird salonfähig gemacht.

Ein Jahr später und kein bisschen besser

Im Januar 2014 berichtete »der rechte rand« über die größte rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlingsunterkünfte seit mehr als zehn Jahren. Zwölf Monate danach gibt es keinen Grund zum Aufatmen.

von Sören Frerks



Als am 11. Dezember 2014 im bayerischen Vorra mehrere im Bau befindliche Flüchtlingsunterkünfte in Flammen standen, ging ein Aufschrei durch die Medien – wieder einmal. Der Anschlag trägt die Handschrift organisierter Neonazis. Innerhalb kürzester Zeit wurden drei Gebäude angezündet sowie Hakenkreuze und »Kein Asylat in Vorra« (sic!) an den Wänden hinterlassen. Gefasst wurde bisher niemand. Wie die »Süddeutsche Zeitung« schrieb, ist in dem mittelfränkischen Ort jedoch eine Gruppe aufgefallen, die seit letztem Sommer mehrfach Naziparolen skandierte und wenige hundert Meter neben der geplanten Asylunterkünfte ein Wochenendhaus bezogen haben soll. Auch die Polizei hat dies in ihre Ermittlungen einbezogen.

Während der politische Hintergrund dieser Tat deutlich erscheint, blieben mehrere Brandstiftungen im Dresdner Plattenbaugebiet Gorbitz am 12. Dezember 2014 eine Randnotiz, obwohl die Frage im Raum stehen muss, ob hier NachahmungstäterInnen am Werk waren. Denn wieder brannte es an drei Stellen, dieses Mal in Hauseingängen von Wohnblöcken, in denen auch Flüchtlinge leben: Verletzte gab es zum Glück nicht. Auch in Gorbitz sind in den Monaten zuvor Neonazis in Erscheinung getreten. Am 14. August 2014 waren insgesamt 72 Hakenkreuze an Hausfassaden gesprüht worden und am 13. und 14. September wurden Flüchtlinge aus Gruppen heraus mit Flaschen angegriffen und rassistisch beschimpft. Erst im November erhielt eine syrische Familie in dem Stadtteil einen Drohbrief mit den Worten: »Siegheil! Wir wollen Euch hier nicht haben. Macht Euch weg, sonst machen wir es!«.

In Groß Lüsewitz (Mecklenburg-Vorpommern) kündigte sich der Brandanschlag auf eine Asylunterkunft in der Nacht zum 12. Oktober 2014 quasi an. Schon im November 2013 hatte die NPD versucht, die EinwohnerInnen aufzustacheln und einen Monat später war das Gebäude mehrmals beschmiert worden. Neben einem Hakenkreuz war unter anderem »Der Block wird brennen« zu lesen. Dass dies etwa ein Jahr später fehlschlug, war reiner Zufall: Zwei Molotow-Cocktails verfehlten nur knapp die Fenster und zerschellten an der Hauswand, an der das Feuer erlosch.

Diese und weitere Anschläge bilden den neuerlichen Höhepunkt einer Welle rassistischer Straf- und Gewalttaten, die sich Ende 2012 ankündigte, seit 2013 durch Deutschland zieht und zuletzt rapide zunahm (s. drr Nr. 146, 148). Laut dem Magazin »Der Spiegel« zählte das Bundeskriminalamt (BKA) von Januar bis September 2014 allein 86 rechtsmotivierte Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und damit mehr als in den beiden Vorjahren zusammen. 2013 waren es 58, im Vorjahr 24 und laut einer Kleinen Anfrage der Partei »Die Linke« (Drucksache 18/1593) 2011 noch 18 rassistische Taten gewesen. Darunter unter anderem Brandstiftungen, Körperverletzungen, Schmierereien und volksverhetzende Parolen. Die »Amadeu Antonio Stiftung« und »Pro Asyl« zählten bis zum 12. Dezember für das Jahr 2014 insgesamt 33 Brandanschläge und 33 Sachbeschädigungen. Hinzu kommen 54 Körperverletzungen beziehungsweise Übergriffe auf Flüchtlinge und 237 Kundgebungen und Aufmärsche gegen Asylsuchende und Unterkünfte.

Subtil und anschlussfähig

Dass all dies keine politisch kurzlebigen oder örtlich begrenzten Phänomene sind, sondern vielmehr das Vorspiel zu einem sich immer stärker artikulierenden Rassismus, zeigen nicht zuletzt die PEGIDA-Aufmärsche mit tausenden Teilnehmenden in Dresden. Durchaus wirkungsvolle antifaschistische Gegenmobilisierungen und zivilgesellschaftliche Initiativen für ›Willkommenskultur‹ können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Anti-Flüchtlings-Hetze breiter kolportiert wird, wenn auch in unterschiedlicher Konnotation. Während offene Neonazi-Gewalt und vulgäre »Ausländer raus«-Parolen nur in wenigen Gegenden der Bundesrepublik auf der politischen Bühne verhandelbar sind, ist der Rechtspopulismus von AfD und PEGIDA aktuell zum breiten Vehikel einer neuen rassistisch-

nationalistischen Selbstverständlichkeit geworden. Dabei hat die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl 1993 beispielhaft gezeigt, dass eben solche Stimmungen die politische Kultur nach Rechts öffnen und sukzessive verschieben, woraus Neonazis und die NPD ihre Legitimation ziehen.
Diese Entwicklung spiegeln auch die aktuellen Ergebnisse der 2014 erschienenen Untersuchung »Fragile Mitte« der Friedrich-Ebert-Stiftung wieder. Zwar haben verfestigte »ausländerfeindliche« Einstellungen mit 7,5 Prozent einen Tiefststand erreicht (2012: 25,1), was die Studie auf die öffentliche Sensibilisierung gegenüber der NPD und die Ächtung des NSU-Terrors zurückführt. Allerdings liegt die Zustimmung bei einzelnen rassistischen Positionen, wie Deutschland sei »überfremdet« oder »Ausländer« würden den Sozialstaat ausnutzen, zwischen 17 und 18 Prozent und damit mehr als doppelt so hoch. »Es leben zu viele Ausländer in Deutschland« geben sogar 37 Prozent an. Und schließlich sprechen sich 62 Prozent gegen eine »großzügige« Prüfung von Asylanträgen aus. Verklausulierte und unverfänglich wirkende Rassismen sind somit weiterhin zustimmungsfähig und daraus speisen sich viele Proteste gegen die Aufnahme von Flüchtlingen.

Nicht nur in Ostdeutschland

Trotzdem tradieren einige immer wieder das reflexhafte Bild, Rassismus sei ein rein ostdeutsches Phänomen, und unterscheiden dabei nicht zwischen politischen Einstellungen und Mobilisierungsfähigkeit; wie zuletzt der Dresdner Politologe und Verfechter der Extremismustheorie Werner J. Patzelt über die rassistischen PEGIDA-Aufmärsche in Dresden. Wenig haltbar, wie eine Forsa-Umfrage Anfang Januar dieses Jahres deutlich machte: Demnach teilen bundesweit 29 Prozent der Befragten die antimuslimisch-rassistischen Position von PEGIDA. Auch die bereits 2013 meist durch AnwohnerInnen getragenen Aktionen gegen die Flüchtlingsaufnahme in Süddeutschland (s. drr Nr. 146) zeigen, dass affektive Ost-West-Zuschreibungen meist nur einen Ausschnitt wiedergeben. So registrierte die »Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle« (a.i.d.a.) in München für das vorletzte Jahr 31 bayerische Orte, an denen es zu Protesten und Angriffen kam; in Baden-Württemberg waren es nach drr-Recherchen 24 Städte und Gemeinden. Von den rechtsmotivierten Straf- und Gewalttaten gegen Asylunterkünfte bis Ende September 2014 wurde mit 40 Vorfällen fast die Hälfte in den alten Bundesländern registriert. Besonders viele gab es in Baden-Württemberg (10), im Ruhrgebiet (9) und in Südbayern (5); nur im Saarland und in Schleswig-Holstein sowie in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg kam es nach der Statistik des Bundeskriminalamts zu keinen Attacken.
Zuletzt berichtete a.i.d.a. auch über eine Angriffsserie Ende 2014 im nordbayerischen Landkreis Hof – die Gegend gilt als eine Hochburg des verbotenen Netzwerks »Freies Netz Süd«. Unbekannte schleuderten am 28. und 29. September Farbbehälter und Steine auf eine Asylunterkunft in Münchberg; am 2. November wurden erneut Steine auf das Gebäude geworfen, die mehrere Fenster durchschlugen. Fünf Tage später traf es ein Flüchtlingshaus in der Stadt Hof, als neun Hakenkreuze auf die Fassade geschmiert wurden. Das Gleiche wiederholte sich in der Nacht auf den 15. November in Feilitzsch, wo eine ehemalige Gaststätte, die zuvor als Unterkunft für Asylsuchende ins Gespräch kam, mit drei Hakenkreuzen besprüht wurde. Der Brandanschlag im eine Stunde entfernten Vorra war also keineswegs ein Einzelfall und allein 2014 brannte es schon zweimal in Bayern: am 8. Januar 2014 ein Flüchtlingshaus in Germering bei München, und am 23. November legten in Erlangen Unbekannte Feuer in einem leer stehenden Bürogebäude, das als Asylunterkunft in Betracht gezogen wurde. Das Nürnberger »Institut für sozialwissenschaftliche Forschung« sieht denn auch die Gefahr weiterer Anschläge gegeben, insbesondere vor dem Hintergrund einer offen mit Militanz kokettierenden bayerischen Neonaziszene; diese setzte schon im Jahr zuvor auf Anti-Flüchtlings-Hetze. Gab es bisher meist über das Bundesland verteilte Flugblattaktionen und mehr als 40 Kundgebungen der NPD-Tarnorganisation »Bürgerinitiative Ausländerstopp« in München, mobilisierten Neonazis am 25. Oktober 2014 erstmals öffentlichkeitswirksam zu einem Aufmarsch nach Bamberg. Dem Anmelder Marcel Mederer aus Forchheim, der aus dem NPD- und Kameradschaftsspektrum stammt, folgten 170 AnhängerInnen, mit Unterstützung aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Schwerpunkt Sachsen

In den neuen Bundesländern kam es in den ersten drei Quartalen 2014 in Sachsen (12) zu den meisten Angriffen und Propagandadelikten, gefolgt von Brandenburg (11); Berlin liegt mit 14 Vorfällen bundesweit an der Spitze. Ein Zeichen, dass die PEGIDA-Aufmärsche in Dresden nicht vom Himmel gefallen sind. Schon 2013 stellte Sachsen mit zehn Vorfällen ein Negativbeispiel dar.
In den letzten zwei Monaten 2014 gab es mindestens fünf Attacken und ebenso viele allein im gesamten Oktober. Als am 19. Dezember Flüchtlinge nach Brand-Erbisdorf (Mittelsachsen) kamen, flogen schon am Abend Farbbeutel und eine Zaunlatte gegen das Gebäude; in der Silvesternacht barsten dann zwei Fensterscheiben, nach dem ein selbstgebauter Böller davor detonierte. Bereits vor Weihnachten wurde ein Vermieter in zwei Briefen bedroht, dass er »nichts mehr zu lachen« habe, wenn er »Asylanten nach Dittersdorf lässt«. Daraufhin zog dieser sein Angebot, eine Flüchtlingsfamilie in dem Ort unterzubringen, vorerst zurück. In der Nacht auf den 12. November sprühten Unbekannte Hakenkreuze sowie »SS-Runen« auf eine geplante Asylunterkunft in Marienberg und am 2. November wurden die Scheiben eines noch leer stehenden Gebäudes in Zwönitz (alles Erzgebirge) eingeworfen; die Steine waren in Papier eingewickelt, auf dem rassistische Parolen standen.
Damit bildet Sachsen und insbesondere das Erzgebirge einen Schwerpunkt rassistischer Anfeindungen, was auch die wieder aufkommenden Aufmärsche deutlich machen. Im 2013 in die Schlagzeilen geratenen Schneeberg marschierten am 29. November 2014 nach zehnmonatiger Unterbrechung erneut 750 Neonazis gegen die dortige Flüchtlings-Erstaufnahmeeinrichtung, initiiert von der NPD und nahezu unbeachtet von den bundesweiten Medien. Eine Woche davor gab es nach PEGIDA-Vorbild eine Demonstration mit 500 TeilnehmerInnen im 40 Kilometer entfernten Chemnitz; am 6. und 13. Dezember wiederholte sich dieses Szenario. Ein Ende ist nicht in Sicht, denn für Januar hat die rassistische Facebook-Gruppe »Chemnitz wehrt sich« weitere Demonstrationen angekündigt.
Die zunehmende Bedrohung für Asylsuchende wird mittlerweile sogar von offizieller Seite eingeräumt. Wenige Tage nach dem Brand in Vorra ließ das Bundeskriminalamt auf der Innenministerkonferenz verlautbaren, sie stelle »bundesweit einen spürbaren Anstieg« von »fremdenfeindlichen Straftaten« fest. Eine Entwicklung, vor der Flüchtlingsorganisationen bereits vor einem Jahr warnten und die sich mit den PEGIDA-Aktionen weiter verstärken wird. Die Konservativen reagieren wie gewohnt: sie wollen die rechten MarschiererInnen mit der Forderung nach »Asylschnellverfahren« befrieden, so die CSU auf ihrer Neujahrs-Klausurtagung in Wildbad-Kreuth.

Die Beschützer der Scholle



Seit Ende Oktober finden jeden Montag die »Spaziergänge« der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« unter dem Motto »Gewaltfrei und vereint gegen Glaubens- und Stellvertreterkriege auf deutschem Boden« statt. Was Ende Oktober mit rund 350 Teilnehmenden begann, verdoppelte sich Woche für Woche, bis es am 5. Januar fast 18.000 waren.

von Alexa Anders

Deutschlandfahnen wehen über den Köpfen der Demonstrierenden. Über 10.000 haben sich an diesem Montag, den 8. Dezember 2014, unweit des Dresdner Rathauses versammelt. Der Anmelder Lutz Bachmann spricht: Gegen die Islamisierung sei man, weil der Dresdner Christstollen auch in Zukunft noch so genannt werden solle, gegen Zuwanderung, weil sich arme Rentner eben jenen Stollen nicht mehr leisten könnten, während Asylsuchende in Vollausstattung lebten. »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA) bringt eine Stimmung auf die Straße, die nicht nur in Sachsen seit über einem Jahr gärt. Sie kombiniert das Asylthema mit einer Problematisierung des Islams und dessen Reduzierung auf »Salafisten« und den Terror des »Islamischen Staats« (IS) sowie auf die Auseinandersetzungen zwischen Kurden und »Salafisten« in Celle und Hamburg Anfang Oktober – und trifft damit einen Nerv. PEGIDA spricht all jene an, die sich »überfremdet«, »benachteiligt« und in ihrer Identität bedroht fühlen.

Wer ist PEGIDA?

Die Gruppe der OrganisatorInnen um den Anmelder Lutz Bachmann sind keine organisierten Neonazis. Bis auf zwei bekannte Ausnahmen sind die nach eigenen Angaben zwölf »Orgateam«-Mitglieder bisher nicht politisch in Erscheinung getreten. Lediglich Siegfried Däbritz trat 2009 für die FDP als Stadtratskandidat in Meißen an, Thomas Tallaker war Stadtratsabgeordneter der CDU in Meißen. Vielmehr handelt es sich bei Lutz Bachmann, René Jahn, Siegfried Däbritz, Kathrin Oertel, Ingo Friedmann, Thomas Hiemann und Thomas Tallaker, die bisher namentlich für PEGIDA in Erscheinung getreten sind, um einen langjährigen Freundes- und Bekanntenkreis. Sie sind mit diversen Kleinunternehmen vor allem in der Dienstleistungsbranche Teil der Dresdner Geschäftswelt und haben Kontakte ins Türsteher- und Fußball-Hooligan-Milieu.

Lutz Bachmann wurde 1996 wegen 16-fachen Einbruch-Diebstahls und Drogenhandels verurteilt. Um einer Gefängnisstrafe zu entgehen, floh er 1997 nach Südafrika. Nach drei Jahren wurde er nach Deutschland abgeschoben und saß seine Haftstrafe ab. Laut »Der Spiegel« sind zwei weitere Organisatoren bereits mit Gewaltdelikten und Betrug in Erscheinung getreten. Däbritz, selbst Sicherheitsunternehmer, verfügt über Verbindungen zu Hooligans und war in dem mittlerweile stillgelegten internen Forum der HOGESA vertreten. Thomas Tallaker, der 2013 sein Stadtratsmandat niederlegen musste, nachdem er sich auf Facebook rassistisch äußerte, wurde im September dieses Jahres wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt.

Entwicklung

Die 350 TeilnehmerInnen der ersten Veranstaltung entsprangen dem weiten sozialen Umfeld der OrganisatorInnen. Bis zur vierten Demonstration war vor allem ein verstärkter Zuwachs aus dem Fußballumfeld zu registrieren. Von Beginn an waren auch vereinzelte Neonazis zu sehen, deren Anzahl mit dem Anwachsen der Demonstrationen zunahm. Ab der vierten Demonstration mit 2.000 Teilnehmenden wurde das Publikum breiter. Es nahmen vermehrt ältere BürgerInnen, mehr Frauen und mehr Familien teil. Unter den inzwischen 15.000 TeilnehmerInnen finden sich inzwischen nicht mehr nur DresdnerInnen, PEGIDA mobilisiert weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Die Teilnehmenden sind ein buntes Potpourri. Unter dem Banner der Organisation kann jede und jeder seine Ressentiments zum Ausdruck bringen. Und so finden sich hinter dem Fronttransparent vereint: Neonazis, AfDlerInnen, »Neu-Rechte« der »Blauen Narzisse«, Hooligans, Türsteher, selbstständige KleinunternehmerInnen, frustrierte alte Männer, VerschwörungstheoretikerInnen, BeschützerInnen des »Abendlandes«, Sarrazin-VerehrerInnen, RassistInnen, die überhaupt keine MigrantInnen wollen und RassistInnen, die »nur« keine Muslime wollen, LinkenhasserInnen und die berühmten Politik-Verdrossenen. Was sie alle eint, sind rechte und rassistische Einstellungen.

Ressentiment-getrieben und Feindbild-orientiert

Am 10. Dezember veröffentlichte PEGIDA ein Positionspapier, das in seinem moderaten Ton eine opportunistische Anpassung und taktische Abgrenzung ist, jedoch in der Gefolgschaft höchst umstritten ist. Auf den ersten Blick verwirrend zahm, behält es bei genauerer Betrachtung jedoch den Kurs bei: Wer sich der Abendlandkultur in der Definition von PEGIDA nicht fügt, fliegt raus oder wie Bachmann es am 1. Dezember 2014 ausdrückte: »Wir sind die Gastgeber, und wir machen die Tischsitten!« Angetreten unter dem Motto »Gewaltfrei und vereint gegen Glaubens- und Stellvertreterkriege auf deutschem Boden« demonstrierten sie gegen Zuwanderung aus Kriegsgebieten, weil sonst der Krieg der Islamisten hier ausgetragen würde und »in wenigen Jahren bei uns ebensolche Zustände wie in den Ländern, aus denen die Flüchtlinge kommen« herrschen. Der Islam ist das Feindbild, gegen das PEGIDA auf die Straße geht. Sie wollen das »Abendland« gegen die »fanatische, radikalreligiöse Unterwanderung« verteidigen. Die halluzinierte Islamisierung, die sich laut Bachmann daran zeige, dass Weihnachtsmärkte bald nur noch Wintermärkte heißen dürften, ist als Legende widerlegt und findet sich auch im Positionspapier. »PEGIDA ist FÜR den Widerstand gegen eine frauenfeindliche, gewaltbetonte politische Ideologie, aber nicht gegen hier lebende sich integrierende Muslime!« Für PEGIDA allerdings heißt Integration Assimilation, denn nur so ist ihrer Ansicht nach die »Erhaltung und der Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur« möglich. Inzwischen spricht sich PEGIDA »für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und politisch oder religiös Verfolgten« aus. Gekoppelt wird diese Bereitschaft zu etwas Menschlichkeit jedoch mit einer Pflicht zur



Integration, die im Grundgesetz verankert werden soll, mit einer Verkürzung des Asylverfahrens, einem »gesamteuropäischen Verteilungsschlüssel« und einer »Null-Toleranz-Politik gegenüber straffällig gewordenen Asylbewerbern und Migranten«. Außerdem solle nach bereits bestehender Gesetzeslage schneller abgeschoben werden. Ihrer Auffassung nach werde das Recht auf Asyl größtenteils von »Wirtschaftsflüchtlingen« missbraucht, das gelte es mit schärferen Gesetzen und deren Anwendung zu verhindern. Denn klar ist: PEGIDA will schlicht und ergreifend weniger Asylsuchende in Deutschland. Mit diesen Einschränkungen schmerzt es auch nicht, dezentrale Unterbringung und bessere Sozialbetreuung zu fordern. Schließlich beklagte Bachmann am 1. Dezember noch: »Es gibt Rentner, die ihr Leben lang gearbeitet haben und sich an Weihnachten kaum ein Stück Stollen leisten können, die in einer kalten Wohnung sitzen oder keinen Strom haben. (...) Für diese werden keine Heime eingerichtet, geschweige denn über eine dezentrale Unterbringung mit Vollausstattung diskutiert.« Neben der Einschränkung des Asylrechts wird eine »faire, kontrollierte Zuwanderung nach einem Modell von Kanada, Australien oder der Schweiz« gefordert, denn auf die »Fachkräfte« will auch PEGIDA – siehe die Beteiligung von Geschäftsleuten – nicht verzichten. Von »den Politikern« fühlt man sich übergangen und betrogen, alles werde über die Köpfe der Bevölkerung hinweg entschieden. Bei dieser Schelte geht es aber keineswegs um den Ruf nach mehr Partizipation. Es geht vielmehr darum, den »echten Volksvertreter« anzurufen, der zuhört und den »Volkswillen« umsetzt. Zum Tragen kommt hier einerseits eine autoritäre Politikvorstellung und zum anderen die Vorstellung eines homogenen Volkswillens. Stattdessen handeln »die Politiker« gegen den Willen des Volkes und gegen die Tradition. Deshalb wendet sich PEGIDA auch gegen »Genderismus« und setzt sich für den Erhalt der deutschen Sprache und der klassischen Familie ein. »Wir wollen unsere Traditionen behalten und keine falsche Rücksicht nehmen müssen!« PEGIDA geht es um den Erhalt traditioneller Werte, es geht um die Bewahrung der Scholle ohne »Genderismus«, »Überfremdung« und »Islamisierung«.

Die Forderungen zum Thema Asyl und Zuwanderung lesen sich wie das Programm der AfD. Nicht umsonst betrachtet die Partei PEGIDA inzwischen als ihre »natürlichen Verbündeten«, so der AfD-Vize Alexander Gauland und unterstreicht das durch seine Anwesenheit bei der Demonstration am 15. Dezember. Aber auch die sich gegenüberstehenden Forderungen nach mehr Beteiligung der BürgerInnen auf der einen Seite und der Wunsch nach dem »Macher« an der Spitze auf der anderen Seite finden sich bei der Klientel der AfD.

Spätestens seit dem Bekenntnis der Bundesspitze ist die Partei auf Umarmungskurs. Auch die NPD versucht, von der Stimmung zu profitieren, hat jedoch Schwierigkeiten anzudocken. Plumper völkischer Rassismus kommt schlechter an als kulturelle Herleitungen. Auch dass die NPD zu klar in Verbindung zum Nationalsozialismus gebracht wird, ist hinderlich. PEGIDA steht für unkritischen Patriotismus und dafür, dass es »für uns wieder normal sein muss, öffentlich die Liebe zu seinem Vaterland zum Ausdruck zu bringen«.

Durch die Medien, die »Gutmenschen« und »die Politiker« indes fühlt sich PEGIDA diffamiert und in ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung beschnitten. Die Argumentation erinnert stark an Thilo Sarrazin und seinen Umgang mit Kritik. Wie Sarrazin inszenieren sich PEGIDA als mutige Tabubrecher und Wahrheitsverkünder. Meinungsfreiheit verwechseln sie dabei mit Widerspruchsfreiheit. VertreterInnen der Medien werden bei PEGIDA als Bedrohung von außen betrachtet. So heißt es in der Rede am 17. November: »Wie ihr in der Vergangenheit bereits erlebt habt, ist den Medien JEDES MITTEL recht, uns in Misskredit zu bringen (...) Gebt keine Interviews, denn sie werden Euch das Wort im Mund herumdrehen!« Parolen sind bei PEGIDA seit dem zweiten »Spaziergang« untersagt, auch Schilder oder Transparente wurden bis zum siebenten »Spaziergang« von der Organisation gestellt, selbst die sich nun gründenden Ableger in anderen deutschen Städten werden von PEGIDA genehmigt. Dabei schaffen es die Organisatoren, diese von ihnen selbst betriebene Einschränkung der Meinungsfreiheit als Folge des Vorgehens der Medien und eingeschleuster Provokateure darzustellen: »Wir bitten Euch inständig: Bitte ruft KEINE PAROLEN!! Mahnende Ruhe ist das Gebot der Stunde! (...) WIR WISSEN, dass sich unter uns, von diversen Kräften extra eingeschleuste Störenfriede befinden, deren einziges Bestreben es ist, uns und unsere Bewegung in ein schlechtes Licht zu rücken!«

Sie sind wieder da

Seit neun Wochen läuft PEGIDA nun Montag für Montag unter »Wir sind das Volk«-Rufen durch Dresden. Mit dieser symbolischen Adaption greifen sowohl die OrganisatorInnen, als auch die Teilnehmenden auf einen prägenden Teil ihrer Biografie zurück. Es sind die damaligen Jugendlichen, die heute auf der Straße sind. »Es hat schon mal geklappt« ist oft bei Facebook zu lesen. Gemeint ist hier unter anderem die Wende 1989. Mit dem Rückgriff auf die »friedliche Revolution« stellen sie sich selbst eine Carte blanche aus. Der Kampf gegen diejenigen mit den wenigsten Privilegien wird zum heroischen Freiheitskampf hochstilisiert. Aber die OrganisatorInnen »wollen keine Partei gründen oder Revolution machen«, jedoch erst dann aufhören, »wenn die Politik sich ändert.«. Hier können sie auf die Vertreibung von Flüchtlingen und GastarbeiterInnen durch Neonazis und BürgerInnen Anfang der 1990er Jahre zurückblicken. Dass bei vielen der heutigen »besorgten Bürger« mittleren Alters genau diese Erfahrung Teil der eigenen Sozialisation ist, scheint keine allzu gewagte These. Die 1990er Jahre im Osten waren geprägt von einer rassistischen Bewegung, getragen durch eine Neonazijugendkultur. Die Jugendlichen von damals sind heute erwachsen. PEGIDA will keinen Dialog, sondern vielmehr mit dem Druck der Straße den eigenen Wohlstands-Chauvinismus durchsetzen.



Zusammengewachsen

Die größte und gewalttätigste rechte Demonstration der letzten Jahre, organisiert von rechten Fußballfans und Hooligan-Netzwerken, fand in Köln am 26. Oktober 2014 statt. Obwohl antifaschistische Strukturen sowie kritische Fans seit ein paar Jahren auf ein Erstarken rechter Strukturen in den Fanszenen hinweisen, war die Dimension in Köln überraschend.

von Florian Schubert

Die Fußballfanszene im Allgemeinen hielt sich im Vorfeld einer der größten rechten Versammlungen der letzten Jahre mit Äußerungen zu den »Hooligans gegen Salafisten« (HOGESA) komplett zurück. Auch in der Folge des Aufmarsches sind die Reaktionen sehr verhalten und gehen inhaltlich nicht in die Tiefe. Der größte Teil der Fans ist der Meinung, dass es nicht die aktiven Fußballfans waren, die dort in Köln aufmarschierten – eine Begründung, um sich im Nachhinein dazu nicht positionieren zu müssen. Und in der Tat war keine der Fangruppen bei dem Aufmarsch in Köln anzutreffen, die in »ihren« jeweiligen Stadien derzeit für das Gros der Stimmung sorgen und einen großen Einfluss in den örtlichen Fanszenen genießen.

Nerv der Zeit

HOGESA hat die Gunst der Stunde erkannt und als monothematischer Zusammenschluss den Antiislamismus aufgegriffen – wobei es kein besonderes politisches Gespür oder gar intellektuelle Fähigkeiten erfordert, sich gegen gesamtgesellschaftlich geächtete Gruppierungen wie den »Islamischen Staat« oder die »Salafisten« auszusprechen, um auf Zuspruch zu stoßen. Dass ausschließlich in sozialen Netzwerken mobilisiert wurde, hat eine zahlenmäßige Einschätzung der TeilnehmerInnen im Vorfeld des Kölner Aufmarsches erschwert: Ein Klick bei Facebook bedeutet nicht automatisch auch eine Teilnahme. Inhaltlich allerdings gab es keine Zweifel – trotz diverser Aufrufe, sich zu mäßigen, strotzten die Kommentare vor Rassismus und Menschenverachtung. Für rechte Hooligans gab es einen Grund für eine gemeinsame Mobilisierung und Machtdemon-stration. Denn die Spiele der Nationalmannschaft, die in der Vergangenheit teilweise starke Kristallisationspunkte für nationalistische und rassistische Ausschreitungen sowie Sammlungspunkte über die Klubgrenzen hinweg waren, haben an Anziehungskraft verloren. Neben polizeilichen Repressionsmaßnahmen hat sich in den Fußballstadien mittlerweile eine Fankultur etabliert, die maßgeblich durch Ultragruppen dominiert wird, von denen sich viele in ihrer Entstehungsgeschichte deutlich an einem antirassistischen und gewaltablehnenden Grundkonsens orientieren.
Entstanden in Abgrenzung zur gewaltsuchenden Hooliganszene und den rassistischen sowie neonazistischen Ausschreitungen der 1990er Jahre waren es die Ultras, die Anfang der 2000er Jahre die Fanszene maßgeblich wiederbelebten und mit dafür sorgten, dass Fußball für breitere Bevölkerungsschichten eine Attraktivität entwickelte. Eine Folge war, dass rassistische sowie neonazistische Vorfälle beim Fußball deutlich abnahmen.
Rechte Fans und Fangruppen versuchen, ihr verloren gegangenes Terrain im Stadion derzeit wieder zurück zu erobern. Aus diesem Grund schlossen sich in den letzten zwei Jahren diese Fan- und Hooligangruppen zu Netzwerken zusammen, die zum Beispiel unter dem Namen

»GnuHoonters« oder mit der Facebook-Gruppe »Weil sich Deutsche noch trauen« in Erscheinung traten. Als inhaltliche Klammer hatten sie den den Antiislamismus der Rechten aufgegriffen. So wurde versucht, öffentliche Veranstaltungen des »Salafisten-Predigers« Pierre Vogel in Essen und Mannheim zu stören. Aus eben diesem Spektrum ging das Facebook-Netzwerk HOGESA hervor, dessen erste große Kundgebung eine Versammlung von 300 rechten Hooligans Anfang Oktober 2014 in Dortmund war. Dieses Netzwerk, betrieben vor allem von rechten Alt-Hooligans aus Westdeutschland, fand innerhalb der Fanszenen keinen sehr großen Zuspruch. Das zeigte ein geplanter Angriff auf die HOGESA-Veranstaltung in Dortmund, der letztendlich nicht stattgefunden hat. Verschiedene lokale Fangruppen und Hooligans empfanden es als unerträglich, dass sich Fans anderer Vereine in Dortmund versammelten, unter ihnen womöglich auch AnhängerInnen des großen verhassten Konkurrenten Schalke 04. Da es aber in der Nacht vor der Veranstaltung schon zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen kam, wurde der geplante Angriff abgesagt. Erkennbar zeigen sich hier Spannungen, Ambivalenzen und Konkurrenzen innerhalb von Fanszenen, die für Außenstehende nur schwer zu analysieren und nachzuvollziehen sind: Es geht darum, wer in der Kurve die Deutungshoheit besitzt. Außerdem wird hier deutlich, dass der Verein im Zweifelsfall wichtiger ist, als die politischen Einstellungen seiner AnhängerInnen, getreu dem von vielen Fans hochgehaltenen Motto: Keine Politik im Stadion. Vor dem Hintergrund dieser Widersprüche ist es umso erstaunlicher, dass sich gewalttätige und -bereite Fans verschiedenster Klubs auf ein gemeinsames Vorgehen einigen können. Möglich wird das nur durch den Appell an »Ehre und Stolz«, um sich quasi als letzte Bastion den »Salafisten« entgegen zu stellen, entsprechend ihrer Devise »Deutsche, die sich trauen.«

Alte Vorbilder

Um HOGESA zu verstehen, schadet es nicht, die in Deutschland bei Neonazis und rechten Fußballfans aufmerksam verfolgten Mobilisierungen der »English Defence League« (EDL) seit 2009 zu beachten. Diese gründete sich als Netzwerk verschiedener Gruppen aus dem Hooligan-Umfeld, um antimuslimische und rassistische Demonstrationen durchzuführen. Dabei versucht die EDL, zu deutliche Beziehungen zur »British National Party« (BNP) oder anderen neonazistischen Organisationen zu vermeiden. Dieses Konzept findet unter anderem durch seine vertretene »Autonomie« von Parteien und parteiähnlichen Strukturen seine Zustimmung in der rechten Hooligan-Szene Deutschlands. Die vertretenen Werte und Inhalte sind ohnehin kompatibel. Es ist keine neue Erscheinung, dass sich Neonazis und deutsche Fußballfans auf Konzepte aus England beziehen. Als die »National Front« Ende der 1970er Jahre teilweise erfolgreich begann, im Umfeld von Fußballspielen insbesondere gewalttätige Fußballfans für ihre Organisation und Aufmärsche gegen MigrantInnen zu organisieren, wollten deutsche Neonazis dieses Konzept ein paar Jahre später kopieren. So forderte der Neonazi-Funktionär Michael Kühnen 1983, dass neonazistische Organisationen auf deutsche Fußballfans zugehen sollten, die sich an dem »Hooliganismus« aus England orientierten, um diese für sich zu gewinnen. Aus Sicht neonazistischer Organisationen hatte diese Strategie weder damals noch heute den gewünschten Erfolg. Nur wenige rechte Fußballfans waren bereit, sich einer neonazistischen Organisation direkt anzuschließen; es gab jedoch weit verbreitete Sympathien für Strukturen wie die »Nationale Liste« (NL) und die »Freiheitliche Arbeiter Partei« (FAP) – dies zeigen zahlreiche Solidaritätsbekundungen in Fanzines aus den 1980er sowie frühen 1990er Jahren. Aber schon damals wurde deutlich, dass Fans Parteien und festen Strukturen ablehnend gegenüber standen und in Abgrenzung dazu ihre vermeintlich politische Unabhängigkeit deutlich präsentierten. Nichtsdestotrotz entwickelten sich damals Spiele mit Beteiligung der deutschen Nationalmannschaft zur Bühne von Nationalismus, Rassismus, Gewalt und zum Teil der offenen Verherrlichung des Nationalsozialismus. In den 1990er Jahren verband sich dies mit der rechten Fanszene, die aus der ehemaligen DDR dazu kam.

An diese Zeiten erinnern sich die rechten Alt-Hooligans der Netzwerke wie »GnuHoonters« und HOGESA gern zurück und versuchen mit den aktuellen Netzwerken daran anzuknüpfen. In Köln trat die 2010 in Anlehnung an die EDL gegründete und seitdem in der Bedeutungslosigkeit verharrende »German Defence League« (GDL) nur am Rande auf.

Ein Punkt als Klammer

HOGESA gelang es unter dem Motto: »Getrennt in den Farben, vereint in der Sache«, dem Vermeiden allzu klarer politischer Positionen – außer der gegen »Salafisten und Islamisten« – sowie der Ablehnung einer Vereinnahmung durch Parteien und rechte Organisationen, eine gewisse Offenheit und Zugänglichkeit zu erzeugen. Dadurch wurde es möglich, dass rechte Fußballfans und Hooligans zusammen mit neonazistischen ParteifunktionärInnen und »Kameradschaften« sowie jeder Menge fußballaffiner wie fußballferner UnterstützerInnen ihren Rassismus in Köln präsentierten. Im Vorfeld der Demonstration waren noch Äußerungen auf den verschiedenen Facebookseiten des Netzwerkes zu lesen, dass man sich nicht zu rechts und ausländerfeindlich gerieren sollte, um die Öffentlichkeit nicht zu verschrecken. Der Aufmarsch und ein Teil der gerufenen Parolen erinnerten jedoch stark an neonazistische Veranstaltungen, die TeilnehmerInnen machten keinen Hehl mehr aus ihrem Rassismus.

Ausblick

Dass die größte rechte Demonstration der letzten Jahre nahezu ausschließlich durch Mobilisierung in sozialen Netzwerken möglich war, muss den Blick für Bewegungen neben bereits existierenden Organisationen wie Parteien und »Kameradschaften« öffnen. Der offene Charakter und der vermeintliche Pluralismus offenbaren aber auch ihre inhaltliche und organisatorische Schwäche. Es entwickelten sich Machtkämpfe um die Deutungshoheit bei HOGESA, die in Verbindung mit dem Abschalten von Facebook-Seiten die Mobilisierung erschweren. Das Hin und Her um ein Verbot der Folgeveranstaltung am 15. November in Hannover, das massive Polizeiaufgebot und die breiten Gegenproteste nahmen der Veranstaltung ihre Anziehungskraft – trotzdem kamen noch einmal 2.500 RassistInnen zusammen. Zahlenmäßig wurde die Kundgebung deutlich stärker aus der rechten Szene dominiert als in Köln. Die internen Widersprüche, das Kompetenzgerangel sowie die in Köln zur Schau getragene Gewalttätigkeit von HOGESA und deren Verbindungen ins neonazistische Lager werden in Zukunft derartige Großmobilisierungen erschweren.

Rassistische Mobilisierung



PEGIDA, HOGESA – das Thema Anti-Islam bringt allwöchentlich Tausende Menschen auf die Straße. Sie sind sogar bereit, gemeinsam mit gewaltbereiten Hooligans und Neonazis zu protestieren. Mit Alexander Häusler, Mitarbeiter der Arbeitsstelle für Rechtsextremismus und Neonazismus an der FH Düsseldorf, sprach Annelies Senf vom Magazin »der rechte rand«.

drr: Die »Hooligans gegen Salafisten« (HOGESA) haben offensichtlich ein Mobilisierungsthema gefunden, mit dem sie mehrere Tausend Menschen auf die Straße bekommen. Noch scheinen sie die eigene und extrem rechte Klientel zu bedienen. Ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis andere gesellschaftliche Gruppen, die Angst vor Islamisierung in ihren Stadtteilen und vor IS-Terror haben, mit HOGESA auf die Straße gehen?

Alexander Häusler: Zunächst muss konstatiert werden, dass ein Aufmarsch von dieser Klientel in solch einer Größenordnung bislang einmalig gewesen ist. Diese hat ihren Ursprung in zunächst völlig anders gelagerten Interessensgebieten – nämlich in dem Anliegen, den »Alten Werten« der rechten Hool-Szene gegenüber neuen Entwicklungen in und um die Fußballstadien herum wieder mehr Geltung zu verschaffen. Einher damit ging das Bestreben, sich in diesen Kreisen als eine kampferprobte Formation für einen prognostizierten Bürgerkrieg hierzulande zu formieren, wenn sich die Auseinandersetzungen hier politisch weiter zuspitzen. In Protesten gegen den Auftritt von Salafisten in Mönchengladbach und weiteren Städten wurde dann eine politische Gelegenheitsstruktur dafür genutzt, ein solches Vorhaben unter der Parole »gegen Salafismus« breitenwirksam umzusetzen.

Die HOGESA behaupten, gegen den Salafismus zu sein – die Parolen und Aktionen lassen aber auf ein größeres Feld an Ressentiments schließen. Wird mit dem Vehikel Salafismus ganz profaner Rassismus transportiert?

In Köln waren nicht nur Leute aus der organisierten Hool-Szene, sondern das war anschlussfähig gewesen an andere Szenen von rechtsaußen und fand Anklang bis hinein in andere gesellschaftliche Milieus, die sich selbst nicht als extrem rechts empfinden. Der Begriff des Salafismus diente dort lediglich als wirkungsmächtiger Aufhänger dazu, Ressentiments gegenüber Muslimen und Zuwanderern insgesamt zum Ausdruck zu bringen. Dies wurde verknüpft mit einem völkischen Weltbild von »nationaler Identität« und autoritaristischen Selbstlegitimierungsversuchen, sich als »Ordnungsmacht« ins Spiel zu bringen.

Wie fundiert ist die Kritik der HOGESA?

Gar nicht.

Was ist anders als bei der Anti-Islam Propaganda von PI-News, AfD und PRO?

Die HOGESA haben offensichtlich zur richtigen Zeit eine Mobilisierungslücke rechten Protestverhaltens füllen können. Im Unterschied zu den genannten Gruppierungen haben sie zunächst einmal ein anderes Kernmilieu mobilisiert: Hools gehen nicht zu langweiligen PRO-Veranstaltungen. Vielmehr haben die Hools die propagandistischen Formen von den genannten Gruppierungen abgekupfert und diese wiederum sind auf die HOGESA-Mobilisierungen aufgesprungen.

In Hannover war auch Prominenz der extremen Rechten (Karl Richter – NPD, Sigrid Schüßler – Ex-NPD und Michael Stürzenberger – »Die Freiheit«) vor Ort. Sind solche Allianzen ausbaufähig?

Das zeigen in erschreckendem Ausmaß die PEGIDA-Proteste (»Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«). Schon in Hannover war ein AfD-Aktivist als Redner aufgetreten, der dann kurze Zeit später Mitorganisator des DÜGIDA-Aufmarsches in Düsseldorf gewesen ist. Darin zeigt sich die inhaltliche Anschlussfähigkeit der HOGESA an andere Protestformen.

Inwiefern könnten NPD, »Die Rechte« oder »PRO NRW« auf den Zug der HOGESA-Bewegung aufspringen?

Bei dem Aufmarsch in Düsseldorf zeigte sich ein Spektrum von »Alternative für Deutschland«, »PRO NRW«, »Identitären«, der Partei »Die Rechte« bis hin zu diversen Hooligan-Gruppierungen. Der dort als Folgeveranstaltung angekündigte Aufmarsch in Bonn ist maßgeblich von einer Aktivistin der »Identitären Bewegung« organisiert worden, die kürzlich bei »PRO NRW« eine Funktion erhalten hat. In Kassel wiederum nahmen NPD-Aktivisten am Aufmarsch teil und einer ihrer Organisatoren war vorher in den HOGESA-Aufmarsch in Hannover involviert. Hierbei zeigen sich also deutliche Schnittmengen.

Die PEGIDA in Dresden verknüpfen ihren Antiislamismus mit der Tradition der Montagsdemonstrationen in den neuen Bundesländern. Ist das eine gefährliche Mischung?

Eine Teilnehmerzahl von 10.000 Menschen zu solch einem Thema hat es bislang noch nicht gegeben. Zu beachten ist dabei, dass das Schreckgespenst einer vermeintlichen Islamisierung jedoch nur das Eintrittstor für viel breiter gefasste dahinterstehende Ressentiments darstellt. In einem Positionspapier von PEGIDA ist das nachzulesen. Weitere Feindbilder sind die AsylbewerberInnen, das Gender Mainstreaming, die multikulturelle Gesellschaft und noch einiges mehr. Diese Proteste sind ein Ventil für ein rechtes Wutbürgertum, das bis weit hinein in die bürgerliche Mitte reicht, und das sich politisch nicht mehr ausreichend repräsentiert fühlt.

Welche Dynamik bringt das Auftreten der HOGESA und PEGIDA in die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem (Anti-)Islam?

Das hängt meines Erachtens einerseits von der Möglichkeit zur nachhaltigen politischen Verankerung dieser Proteste ab und anderseits davon, ob sie im politischen Raum eine breiter gefasste Entsprechung erfahren. So kam etwa aus der CDU der Vorstoß zur restriktiveren Gestaltung von Asylverfahren. Auch die irrige Idee nach einem Burka-Verbot kam dort auf, wurde jedoch zunächst wieder ad acta gelegt. Diese ganzen Entwicklungen verschärfen natürlich in erheblichem Maß eine schon breit vorhandene Muslimfeindlichkeit. Sollte sich die AfD deutlicher als bislang geschehen als Unterstützerin dieser Proteste aufstellen, hätte dieses rechte Wutbürgertum einen neuen parteipolitischen Anker gefunden.

Vielen Dank für das Gespräch.

Aufmarsch am Rhein

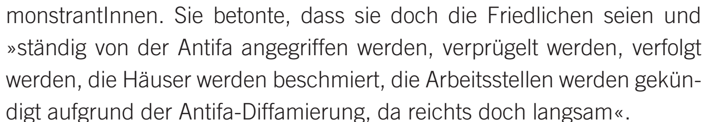
Auch in Nordrhein-Westfalen findet PEGIDA NachahmerInnen

von Hanne Schmidt



^ *Udo Ulfkotte neben Anmelderin Melanie Dittmer*

Auch in Nordrhein-Westfalen haben mittlerweile Demonstrationen gegen die angebliche »Islamisierung des Abendlandes« stattgefunden. Die erste Kundgebung fand am 8. Dezember 2014 in Düsseldorf (DÜGIDA) statt. Nur 400 TeilnehmerInnen kamen. Am 15. Dezember folgte dann Bonn (BOGIDA). Doch bereits die ersten Wortmeldungen aus dem gemieteten Lautsprecherwagen machten deutlich, dass die Bewegung im Westen eine andere ist als im Osten. »Das kann doch nicht sein, dass wir unser Grundrecht nicht mehr wahrnehmen können – wo sind wir denn hier?«, schimpfte die Anmelderin der Kundgebung, Melanie Dittmer. Der Kaiserplatz in der Innenstadt, wo sie mit ihren Getreuen stand, war umschlossen von GegendemonstrantInnen. Sie betonte, dass sie doch die Friedlichen seien und »ständig von der Antifa angegriffen werden, verprügelt werden, verfolgt werden, die Häuser werden beschmiert, die Arbeitsstellen werden gekündigt aufgrund der Antifa-Diffamierung, da reichts doch langsam«.



Neonazi-Kader

Dittmer schimpfte weiter: »Aber das kennen wir ja schon (...). Aber ich werd Euch sagen, in Zukunft wird sich das Blatt ein bisschen wenden. Wir haben jetzt hier so ungefähr dreihundert Leute stehen auf dem Platz. Dresden hat mit hundert angefangen. Warten wir mal die nächsten Wochen ab. Wir werden auch ein paar Tausend auf Dauer – und zwar in ganz Deutschland!« Deutschlandfahnen wurden geschwungen, Beifall brandete auf. Doch was meinte die Rednerin mit ihrem Verweis auf Erfahrungen vergangener Jahre? PEGIDA und seine Ableger sollen doch eine ganz neue Bewegung sein. Nicht so in Nordrhein-Westfalen. Dittmer, 36 Jahre alt, kann auf mehr als 20 Jahre politische Erfahrung zurückblicken. Sie war erst bei der Partei »Deutsche Nationalisten«, bei einer Neonazi-Kameradschaft und dann bei den »Jungen Nationaldemokraten« aktiv und schrieb in rechten Zeitschriften. 2001 machte sie bei einem »Ausstiegsprojekt« des Aktionskünstlers Christoph Schlingensief mit – gemeinsam mit dem ehemaligen RechtsRock-Produzenten Torsten Lemmer. Sie stieg nicht aus, fing aber an zu privatisieren – bis sie als Journalistin und Fotografin bei Neonazi-Aufmärschen wieder auftauchte. Heute ist sie Vorstandsmitglied bei »Pro NRW«, zeigte sich mit dem Banner der »Identitären Bewegung Deutschlands« und ist nach eigenen Angaben Pressesprecherin von PEGIDA NRW.

»Volksfront gegen Islamisierung«

Dann schallte das Lied »Der Druck steigt« des Rappers Casper aus dem Wagen. »Wir holen zurück, was uns gehört«, singt er. Dittmer griff die Zeilen des Liedes auf. »So, der Druck steigt. Wir holen zurück, was uns gehört. Und zwar unsere Heimat, unsere Identität. Und wir sagen nein, wir machen da nicht mehr mit, so wie das hier läuft.« Sie beließ es bei den Phrasen und wies die Ordner der Kundgebung an, »jegliche Provokateure«, die sich »drunter gemischt haben«, auszusortieren. »Wir lassen uns nicht noch mal so einen unterschieben wie bei der HOGESA, das kann ich Euch gleich sagen, da achten unsere Jungs drauf.« BOGIDA ist also offenkundig ein Teil der ›Volksfront gegen Islamisierung‹ – in einer Reihe mit jenen Hooligans, die Wochen zuvor in Köln randaliert hatten.

Rechte Redner

Erster Redner in Bonn war der »Überraschungsgast« Akif Pirinçci, der aus seinem Buch »Deutschland von Sinnen« vorlas und zur Belustigung der ZuhörerInnen meinte, besonders die »Antifawichser« sollten zuhören: »Deutsche, dies ist Euer Land«. Mit solchen Worten war auch ein gebürtiger Türke willkommen. Anschließend durfte der Blogger Michael Mannheimer reden. »Du hast ne Viertelstunde, nutz sie, heiz schön ein«, kündigte Dittmer ihn an – er kam der Forderung nach und hetzte gegen ZuwandererInnen, den Islam und Muslime. Dann folgte Christopher von Mengersen: »Der Christopher, der ist bei ner Partei, deren Namen wir heute nicht nennen, denn das ganze hier ist keine Parteiveranstaltung«, stellte Dittmer ihn vor. Und weiter: »Hier geht's um BOGIDA und PEGIDA. Wir sind auch noch Privatpersonen und was wir hier machen, das machen wir in erster Linie für BOGIDA und PEGIDA und das wird hier nicht einvernommen von irgendeiner Partei, egal ob das AfD ist, PRO oder sonst was. Wir sind das Volk und wir sind verschiedene Gruppen und wir bilden jetzt mal so langsam eine patriotische Einheitsfront, egal woher die Leute kommen!« Und sie rief die Anwesenden auf, sich nicht mehr »über irgendeinen ideologischen Kleinmist« zu streiten: »Da können wir uns nachher noch die Köpfe drüber zerbrechen« – man würde gerne wissen, was sie mit »nachher« meint.

»Das Volk stirbt aus«

Die Rede von Maria Eschert aus Köln war substanzlos. Sie ist nach Eigenangaben Administratorin von Facebook-Seiten wie »LAGESA – Ladies gegen Salafismus« und »Infidels Deutschland« – beide politisch ähnlich wie PEGIDA. Und auch Sebastian Nobile, Anmelder der DÜGIDA-Kundgebung am 8. Dezember, wusste wenig Neues hinzuzufügen. Dafür überraschte Dittmer ein ums andere Mal. Für sie war die Kundgebung ein Forum zur Selbstdarstellung. Als ein christlich Gesinnter sprechen wollte, sagte sie deutlich, darauf habe sie keine Lust. »Das Volk stirbt aus! Wir haben fünf vor Zwölf! Und da hilft Euch auch kein Herr Jesus!« Bei der zweiten BOGIDA-Kundgebung am 22. Dezember in Bonn half auch der prominente Gastredner Udo Ulfkotte nicht, dessen Buch »Gekaufte Journalisten« derzeit in vielen Buchläden in hohen Stapeln angeboten wird. Es kamen kaum mehr AnhängerInnen als zuvor. Im Nachgang der Veranstaltung am 5. Januar 2015 in Köln kam es zu Streitigkeiten zwischen den OrganisatorInnen. Dittmer musste ihren Platz bei PEGIDA NRW und den »Identitären« räumen und macht mit DÜGIDA weiter. Derweil ist Nobile neuer Pressesprecher bei PEGIDA NRW.

Gegen den inneren und äußeren Feind

Anschläge, Entführung, Mord: Der Rechtsterrorismus der 1950er und 1960er Jahre kam meist nicht über das Planungsstadium hinaus, doch zwanzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg stieg das militante Potenzial in der extremen Rechten.

von Barbara Manthe

Als die Presse nach Waldmichelbach kommt, geben sich die AnwohnerInnen völlig überrascht: »Es hieß doch immer, das sei ein Erholungsheim.« Dass in ihrem Städtchen im hessischen Odenwald Rechte den Partisanenkampf trainiert hätten, das mögen sie nicht glauben. Gerade einmal sieben Jahre ist es her, dass die Alliierten das hessische Städtchen befreit haben; im September 1952 hebt die hessische Polizei eine rechtsterroristische Gruppe aus, die dort fast zwei Jahre lang trainiert hatte. »Wenn die hier geschossen hätten, hätte ich das doch irgendwie hören müssen«, beteuert der Bauer Wilhelm Diehm gegenüber dem Magazin »Der Spiegel«.

»Stay Behind« im Odenwald

In den Jahren 1950 und 1951 wurde Waldmichelbach Schauplatz intensiver rechtsterroristischer Vorbereitungen für den »bewaffneten Kampf«: Angehörige des »Technischen Dienstes« (TD) trainierten dort den antikommunistischen Guerillakrieg – für den Fall, dass die Rote Armee in Westdeutschland einmarschiere. Hinter der harmlos klingenden Bezeichnung verbarg sich die erste rechtsterroristische Gruppe der jungen Bundesrepublik. Sie war eine militante Abspaltung des extrem rechten »Bundes Deutscher Jugend« (BDJ), der 1950 als antikommunistischer Jugendverband gegründet worden war. Die Mitglieder des TD waren vor allem ehemalige Offiziere der Wehrmacht und der Waffen-SS. Sie legten Waffendepots an, hielten Schießübungen ab und planten nicht nur Sabotageakte gegen den sowjetischen Gegner, sondern beabsichtigten auch »Säuberungen« beim »inneren Feind«: Die Organisation führte Listen von missliebigen Personen, unter anderem SPD- und KPD-PolitikerInnen, die bei einer sowjetischen Besetzung als Staatsfeinde »aus dem Verkehr gezogen« werden sollten.

Doch der Skandal war erst perfekt, als ans Licht kam, dass die Waffenübungen mit bis zu 50.000 D-Mark monatlich vom US-Geheimdienst CIA und dem »Counter Intelligence Corps« (US-Spionageabwehr) unterstützt und finanziert wurden – eine Nachricht, die zu spürbaren Verstimmungen zwischen den USA und der Bundesrepublik führte. Der TD war Teil einer US-amerikanischen »Stay-Behind«-Organisation, welche die Taktik verfolgte, Widerstandsgruppen für den Fall einer feindlichen Invasion aufzubauen. Den Gruppen wäre dann die Aufgabe zugekommen, hinter den feindlichen Linien zu operieren.

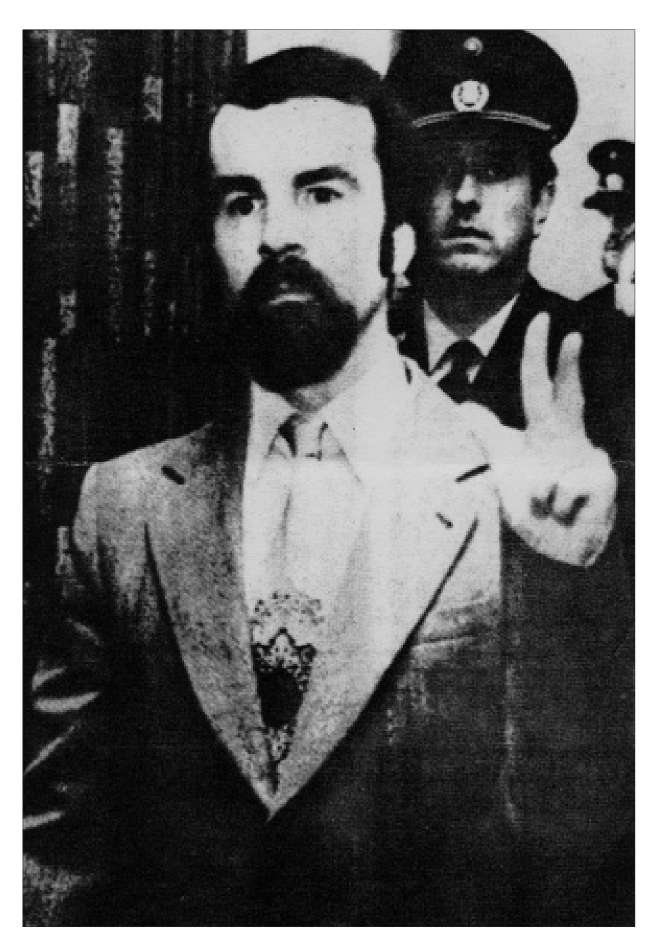
Antibolschewismus als Scharnierfunktion

Als der TD aufflog, war der ›Kalte Krieg‹ als ›heißer Krieg‹ in Korea in vollem Gange und der Antibolschewismus für die BRD ein willkommenes Integrationsangebot in die westliche Welt. An der gemeinsamen Front gegen den Kommunismus schienen die Verbrechen des Nationalsozialismus sehr weit entfernt. Der Waldmichelbacher Bauer Diehm brachte es auf den Punkt: Wenn »die Leute nach links ausgerichtet wären, dann hätte ich mich mehr daran gestört. Aber so, dass es nach rechts gegangen ist, so laß ich das ruhig gehen. Wenn man so hört, daß das so etwas für den Fall war, dass die Russen uns überlaufen, dann war das doch schließlich alles für Deutschland.«

1953 wurden sowohl der BDJ als auch der »Technische Dienst« verboten. Eine paramilitärische Gruppe wie den TD gab es in der Bundesrepublik seitdem nicht mehr. Ab den späten 1960er Jahren häuften sich allerdings rechte Terrorzusammenhänge und deren Anschlagsplanungen, die sich in den 1970ern zu festeren militanten Strukturen entwickelten. Das Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 in West-Berlin war der Startschuss für mehr als ein Jahrzehnt rechten Terrors, das mit dem Sprengstoffanschlag auf das Münchner Oktoberfest einen blutigen Höhepunkt erlebte. Der Dutschke-Attentäter Joseph Bachmann gilt in der Regel nicht als Rechtsterrorist, er hatte jedoch, wie »Der Spiegel« vor einigen Jahren berichtete, Kontakte zur militanten Neonaziszene im niedersächsischen Peine, wo er unter anderem an Wehrsportübungen teilnahm.

Zurückhaltung in der Wirtschaftswunderzeit

Zwischen dem Verbot von TD und BDJ im Jahr 1953 und dem Aufkommen neuer rechtsterroristischer Gruppen in den 1960er Jahren lag eine relativ lange »Ruhephase« rechter Gewalt. Zwar gab es illegale extrem rechte Aktivitäten, so etwa die antisemitische »Schmierwelle« zum Jahreswechsel 1959/1960. Den Auftakt bildete die Beschmierung der Kölner Synagoge am Ersten Weihnachtsfeiertag 1959 mit Hakenkreuzen und dem Spruch »Deutsche fordern Juden raus«. Bis Ende Januar 1960 wurden über 450 ähnliche Fälle gemeldet. Dennoch wurden nur wenige Gewalttaten registriert. Dies kann mehrere Gründe gehabt haben, die zunächst von scheinbar entgegengesetzten Entwicklungen charakterisiert waren: Einerseits wehte der extremen Rechten durchaus Wind entgegen. Auch wenn die junge Bundesrepublik Entnazifizierung, Verfol-



^ *Ekkehard Weil*

gung von NS-Verbrechen und Entschädigung der Opfer des NS-Regimes wenig beherzt anging, waren ihr die Aktivitäten neonazistischer Parteien und Organisationen ein Dorn im Auge. Das Verbot der »Sozialistischen Reichspartei« im Oktober 1952 ist das prominenteste Beispiel für das staatliche Vorgehen. Auch auf die »Schmierwelle« reagierte die Adenauer-Regierung – nicht zuletzt aufgrund des Drucks aus dem Ausland – unter anderem mit der Verschärfung des Strafgesetzbuches, in das der Tatbestand der Volksverhetzung aufgenommen wurde. Andererseits waren die 1950er Jahre von einer politischen Kultur geprägt, die Schnittstellen mit rechten und extrem rechten Diskursen aufwies: Der Antikommunismus konnte ebenso wie die Verleugnung der NS-Verbrechen wesentlich zur Stabilisierung der westdeutschen Gesellschaft beitragen. Beides waren wichtige Identifikationsangebote für einen Großteil der deutschen Bevölkerung – auch für die extreme Rechte. Eine klare Abgrenzung zur NS-Zeit war damals noch nicht vollzogen. Als dritter Aspekt kam hinzu, dass der Blitzstart der 1964 gegründeten NPD die Hoffnungen der extremen Rechten bündeln konnte. Angesichts der parlamentarischen Siege der Neonazipartei war somit taktische Zurückhaltung geboten.

Aktivierung des rechtsterroristischen Potenzials

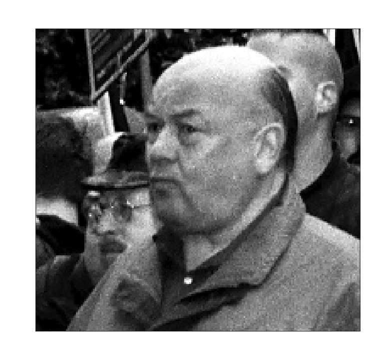
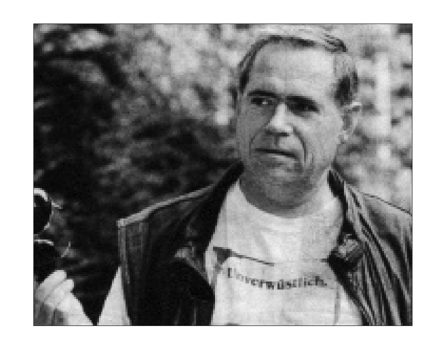
Ende der 1960er Jahre trafen gleich mehrere Ereignisse aufeinander, die die militante Neonaziszene aktivierten. Mit der Niederlage der NPD bei den Bundestagswahlen 1969 wurden die Erwartungen eines Parlamentssiegs enttäuscht; die bisherige Zurückhaltung wurde aufgegeben, was unter anderem eine offene Verherrlichung der NS-Zeit zur Folge hatte. Auch die Szene selbst hatte sich gewandelt: Jüngere AktivistInnen, die den Zweiten Weltkrieg nicht oder nur als Kinder beziehungsweise Jugendliche erlebt hatten, rückten ab Mitte der 1960er Jahre nach. Der Student Peter Schlag beispielsweise, Berliner Landesvorsitzender des extrem rechten »Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes«, stahl im Jahr 1967 gemeinsam mit einem Komplizen Maschinenpistolen und Gewehre; darüber hinaus hatte er sich Dynamit beschafft. In den 1970ern waren es dann Neonazis wie Michael Kühnen (Jg. 1955), Manfred Roeder (Jg. 1929), Karl-Heinz Hoffmann (Jg. 1937) und Friedhelm Busse (Jg. 1929), die als Schlüsselfiguren für militante und terroristische Gruppen fungierten.

In den 1960er Jahren kündigte sich ein tiefgreifender politischer und gesellschaftlicher Wandel an. »1968« als Ausdruck einer sich liberalisierenden und modernisierenden Gesellschaft darf in seiner Wirkung auf die (extreme) Rechte nicht unterschätzt werden. Extrem rechter Terrorismus, so formulierte es Fabian Virchow, Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf, sei besonders dann zu beobachten, wenn die extreme Rechte ein Bedrohungsszenario von »Volk und Nation« entwirft. Die Inhalte und Ziele der »68er« waren der Prototyp einer Bedrohung von Links, Aktionen richteten sich somit vermehrt gegen den »Feind im Inland«. Die »Wehrsportgruppe Hengst« etwa schoss im Jahr 1968 auf ein Büro der »Deutschen Kommunistischen Partei« in Bonn und erwog bewaffnete Aktionen gegen politische Gegner.

Darüber hinaus begann in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren die öffentliche und juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Um gegen diese Entwicklung vorzugehen, planten Mitte der 1960er Jahre zwei Neonazis, den damaligen Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechern in der Bundesrepublik maßgeblich vorantrieb, erst zu entführen und dann zu ermorden. Dieser Plan wurde zwar verworfen, doch stattdessen wollten sie die Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg sprengen. Sie besorgten Waffen, agierten aber so stümperhaft, dass die Behörden ihnen bald auf die Schliche kamen. Im November 1966 verurteilte der Dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe die beiden Neonazis wegen versuchten Sprengstoffdiebstahls und Beteiligung an einer verbrecherischen, nazistischen Geheimorganisation zu je zwei Jahren Zuchthaus.

Ferner kam es mit der Entspannungspolitik unter der Regierung Willy Brandt (SPD) zu einer Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten BRD und DDR. Die DDR galt der extremen Rechten ebenso wie die Sowjetunion als bolschewistischer Hauptfeind. Ein zentrales Ziel waren also deren Symbole und Repräsentanten. So zündeten im Herbst 1969 Angehörige der extrem rechten Organisationen »Außerparlamentarische Mitarbeit« und »Bund Heimattreuer Jugend« ein West-Berliner Heim der »Freien Deutschen Jugend« (FDJ) an; am 16. Juni 1970 schossen Rechte mit scharfer Munition über die Berliner Mauer. Sie hatten sich in der »Vereinigung des 17. Juni 1953 e. V.« zusammengeschlossen und wollten mit der Tat zum Jahrestag des Aufstands am 17. Juni 1953 in der DDR offensichtlich Repräsentanten der DDR oder der Sowjetunion treffen. Ekkehard Weil, Mitglied der rechtsterroristischen »Europäischen Befreiungsfront«, schoss im November 1970 an der deutsch-deutschen Grenze in Berlin-Tiergarten auf einen sowjetischen Wachsoldaten und verletzte ihn schwer. Waren die Planungen rechtsterroristischer Gruppen bis zu diesem Zeitpunkt aufgrund behördlicher Intervention häufig im Ansatz gescheitert, markierte dieses Attentat eine Hinwendung zur Gewalt innerhalb der extrem rechten Szene.

Angesichts des gesellschaftlichen und politischen Wandels in der Bundesrepublik und der Veränderung der westdeutschen Neonaziszene erscheint es in der Rückschau wenig überraschend, dass es seit dem Ende der 1960er Jahre verstärkt zu rechtsterroristischen Aktivitäten kam. Sie sind bisher wenig in den Blick geraten. Mit den blutigen Taten von Neonazis in den 1970er und 1980er Jahren konnten diese ersten Gehversuche deutscher Rechtsterroristen noch nicht mithalten. Allerdings war der schwerverletzte sowjetische Soldat, den der Rechtsterrorist Weil Ende 1970 töten wollte, das erste Opfer in einem neuen Jahrzehnt, in dem sich die militante Szene zunehmend radikalisierte.

< v.l.n.r.: Neonazi-V-Männer: Michael Frühauf, Udo Holtmann, Hans-Dieter Lepzien

Und immer grüßt der Schlapphut

Neonazis und Sicherheitsdienste in der BRD, die 1970er und 1980er Jahre

von Eike Seidel

»Sie sind einer von 100 Bürgern, die wir bundesweit ausgesucht haben« – mit diesen Worten warb ein V-Mann-Führer im Jahr 1969 den Nazi Peter Weinmann in einem Hotel im Teutoburger Wald an. Er war nicht der Einzige. Überall, wo Neonazis in den 1970/80er Jahren aktiv waren, waren »die Dienste« mit dabei – oft genug an vorderster Front. Und in vielen Fällen wurde eben nicht »Schlimmeres verhütet«, wie vom Verfassungsschutz (VS) stets behauptet, sondern geradezu produziert, wobei sich Unfähigkeit und Absicht hilfreich die Hand reichten. Wir müssen davon ausgehen, dass in den Akten der Dienste noch einiges Unentdecktes schlummert, wie die letzten Enthüllungen zur Untersuchung des Attentats beim Münchner Oktoberfest 1980 belegen, bei denen »plötzlich« bisher nicht bekannte Akten des Bundesnachrichtendienstes (BND) auftauchen – 34 Jahre nach der Tat. Doch vieles davon wird bereits dem Reißwolf zum Opfer gefallen sein.

Die Niederlage der NPD bei der Bundestagswahl 1969 war für den parlamentarisch »legalistischen« Kurs des Neonazismus eine herbe Niederlage. Teile des Spektrums sahen in der sozialliberalen Koalition und der diplomatischen Annäherung zwischen BRD und DDR einen »Verrat an Deutschland«, der nur mithilfe eines bewaffneten Kampfes aufzuhalten sei (s. drr Nr. 151). Ideologisch verbanden sich hier alte Vorstellungen vom »Werwolf« aus der Endphase des Zweiten Weltkriegs mit Vorstellungen eines »nationalen Freiheitskampfes« gegen die »Besatzer«. Im Rahmen der NPD und ihrer auf Zusammenarbeit mit den Staatsschutzbehörden aufgebauten Legalität, war dies nur schwer zu vereinbaren. Und so bringt die neofaschistische Partei immer wieder neue militante Terrorgruppen hervor.

Von Beginn an dabei

Die Radikalisierung im rechten Spektrum manifestierte sich in der Gründung der »Aktion W« anlässlich des zweiten Treffens des damaligen Bundeskanzlers Brandt mit dem DDR-Präsidenten Willi Stoph in Kassel am 21. Mai 1970; wenig später hieß sie »Aktion Widerstand e. V.«. Initiiert von NPD-Funktionären löste der Parteivorstand den Verein wieder auf, da er den Rahmen für eine legale Partei sprengte. Und die meisten Gruppen des rechtsterroristischen Spektrums der 1970er Jahre haben hier ihren Ursprung.

»Die Europäische Befreiungsfront« (EBF) von ehemaligen Angehörigen des NPD-Ordnerdienstes verstand sich als verschworene, konspirativ operierende Gemeinschaft. Sie wurde von Helmut Blatzheim und Hartwig Neumann, dem ehemaligen Fremdenlegionär Johannes Brodka und einem Agenten des VS Nordrhein-Westfalen, Helmut Krahberg, gegründet. Im Gerichtsprozess wegen angeblicher Anschlagspläne auf Willy Brandt wurde bekannt, dass Krahberg von Beginn an als »Agent Provocateur« agierte. Mit Udo Holtmann, später im Parteivorstand der NPD, war ein weiterer Informant des nordrhein-westfälischen VS dabei.



^ Neonazis und VS 1977 gemeinsam am Tisch – Klaus Dieter Hewicker mit seiner damaligen Frau im Vordergrund links, Lepzien und Otte im Vordergrund rechts sowie Christian Worch in Uniform (rechts hinten)

Auch in der »Nationalen Deutschen Befreiungsbewegung« (NDBB), gegründet von Roland Tabbert aus Hanau, arbeitete ein eingeschleuster VS-Informant: J. Neumann. Am 12. August 1971, einen Tag vor dem zehnten Jahrestag des Mauerbaus, wurden sie von der Polizei ausgehoben. Die Gruppe, die noch bis 1978 bestand, orientierte sich an der »Palästinensischen Befreiungsorganisation« (PLO).

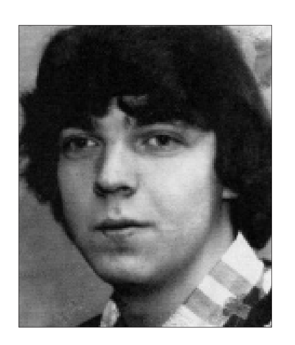
Am 13. Februar 1972 nahm die Polizei in Nordrhein-Westfalen schließlich mehrere Rechtsterroristen der »Wehrsportgruppe Hengst« fest, darunter den früheren NPD-Mann Johannes Bernd Hengst und das damalige Parteimitglied Rüdiger Krauss. Mehr als zwei Dutzend Schusswaffen und Neonazipropaganda wurden bei anschließenden Hausdurchsuchungen sichergestellt. Sie planten Anschläge auf Banken, Munitionsdepots und ein Bonner SPD-Gebäude. Hengst selbst hatte 1968 bereits auf das dortige Büro der »Deutschen Kommunistischen Partei geschossen. Brisant war der Umstand, dass Hengst vom ehemaligen ›Maulwurf‹ des BND Helmut Bärwald (Deckname »Bassum«) in dem SPD-Haus als Nachtwächter eingesetzt worden war.

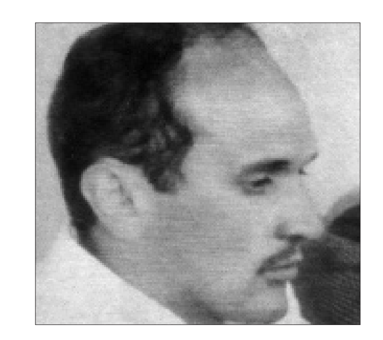
NSDAP/AO: An der langen Leine des Verfassungsschutzes

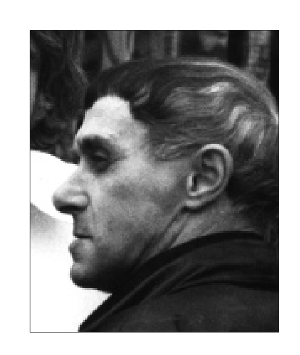
Etwa ab 1974, mit dem Besuch des US-Neonazis Gary Rex Lauck in Hamburg, sind Bestrebungen bekannt, in der BRD wieder offene Propaganda für eine NSDAP-Auslandsorganisation (AO) zu betreiben. Die Straftaten reichten von Hakenkreuzschmierereien und Banküberfällen bis zu Mord.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) war bei der »neuen« NSDAP von Anfang an dabei. Im Januar 1972 wurde in Oldenburg eine Organisation unter Beteiligung des BfV-Agenten Werner Gottwald (Deckname »Reiser«) ins Leben gerufen: die »Nationale Deutsche Freiheitsbewegung« (NDFB), geleitet von Ernst Kocherscheidt. Bei den »Kameraden« wurde Gottwald wegen seiner Verbindungen zu Waffenhändlern geschätzt. Die

> *v.l.n.r.: Neonaziterroristen: Gundolf Köhler, Uwe Behrendt, Paul Otte*







Eintrittskarte löste der Verfassungsschutz mit einem geplatzten Deal über eine Million D-Mark, durch den er 20 Pistolen und Plastiksprengstoff, später sogar 1.000 Pistolen und Maschinenpistolen über eine »arabische Organisation« beschaffen wollte. Seit dem 14. Januar 1973 berichtete der Spitzel regelmäßig an seinen Agentenführer. In Kocherscheidts Keller findet die Polizei später eine Handgranate, 700 Schuss Gewehrmunition und NS-Propaganda. Zwei Jahre später wird die NSDAP in Deutschland neu gegründet, unter dem Tarnnamen »Schießclub Bocholt«. Mit dabei waren Friedhelm Busse, Henri Beier, Wilhelm Wübbels, Erwin Schönborn, Michael Kühnen und Alfred E. Manke; Gottwald übernahm das Ressort Finanzen. Die Partei arbeitete konspirativ und breitete sich über das Bundesgebiet aus, doch wurde sie bei allen Schritten an den VS verraten. 1977 wird Gottwald abgeschaltet, er habe zu eigenmächtig gehandelt. Werner Lock, auf dessen Hinweis die gesamte Westberliner NSDAP-Gruppe 1976 auffliegt, war ebenso Spitzel des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Berlin. Er soll von einem konspirativen Treffen der »Wehrsportgruppe Hoffmann« und der »Deutschen Aktionsgruppen« am 17. Juni 1977 berichtet haben, auf dem Absprachen für Anschläge und Überfälle getroffen worden seien.

Am 2. September 1977 explodierte eine Rohrbombe vor der Staatsanwaltschaft Flensburg und am 21. Oktober war das Amtsgericht Hannover Ziel eines Sprengstoffanschlags. Hintergrund waren Strafverfahren unter anderem gegen den späteren Rechtsterroristen Manfred Roeder. Verantwortlich für die Taten zeichnete die »Gruppe Otte«, ein Ableger der verbotenen NSDAP/AO in Braunschweig, benannt nach ihrem Gründer Paul Otte.

Hans-Dieter Lepzien hatte im Auftrag des VS Niedersachsen bei den Bombenlegern mitgemacht. Dass er gleichzeitig für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) arbeitete, wurde erst vor wenigen Jahren bekannt. Auch er war »Agent Provocateur«: Lepzien verkaufte Schusswaffen, war über die Anschlagspläne von Otte erfreut und besorgte mit ihm in Zürich das Schwarzpulver für den Bombenbau. Bei einem konspirativen Treffen übergab er Kühnen eine Bombe und drängte den Mitangeklagten Wolfgang Sachse zum Bau einer noch größeren Bombe. Als am 30. November 1977 eine weitere Rohrbombe entdeckt wird, die an einer Synagoge detonieren sollte, fliegt die Gruppe auf. Pikant und wie eine Regieanweisung für das spätere Versagen des Verfassungsschutzes beim Terror des NSU: Lepzien prahlte gegenüber einem West-Berliner Neonazi mit geplanten Attentaten. Dieser war ebenfalls ein V-Mann und gab die Information weiter. So warnte das Berliner LfV die niedersächsische Abteilung mehrmals »über die Einzelheiten« – vergebens. In Hannover hielt man die Hinweise laut dem damaligen Chef Peter Frisch für »zu vage«; die einzige Reaktion bestand in der Anweisung an Lepzien, den Kontakt nach Berlin abzubrechen.

Anstiftung zum Mord?

Michael Frühauf, Spitzel des LfV Hamburg war »Sicherheitschef« der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS). Nach Aussage von Friedhelm Enke soll ihn Frühauf am 29. Mai 1981 zum Mord am ANS-Mitglied Johannes Bügner angestiftet haben. Der V-Mann bestritt, den Auftrag gegeben zu haben und gab an, lediglich zu dem Mordplatz mitgefahren zu sein, um auftragsgemäß zu beobachten. Von seiner Kontaktperson beim VS sei ihm Straffreiheit zugesichert worden, solange er sich nicht aktiv an Straftaten beteilige.

Spekulationen um Heinz Lembke

Immer wieder wird die Vermutung geäußert, Heinz Lembke – der große Mengen von Waffen und Munition in Erddepots lagerte und in Verbindung mit den »Deutschen Aktionsgruppen« (DA) um Manfred Roeder in mehrere Attentate und Morde verwickelt war – sei ein Mann im Umfeld der »Stay Behind Organisation« gewesen. Bewiesen ist dies nicht. Allerdings ist sicher, dass er seit 1977 mit dem Rechtsterroristen und heutigen NPD-Politiker Peter Naumann bekannt war und dieser von den Verstecken wusste. Als nach dem Oktoberfestattentat 1980 das DA-Mitglied Sybille Vorderbrügge der Polizei von Lembkes Sprengstoff berichtete, wurde sein Anwesen durchsucht, doch die Waffen entdeckten Waldarbeiter erst ein Jahr später zufällig und Lembke wurde verhaftet. Später fand man ihn erhängt in seiner Zelle. Bis heute dauern Spekulationen um seinen Tod an, denn kurz vorher erklärte er sich bereit, gegenüber einem bestimmten Beamten des Bundeskriminalamts auszusagen.

Peter Weinmann und die »Partei der Arbeit«

Seit 1969 wurde Friedhelm Busse von seinem Vertrauten Peter Weinmann begleitet, der sich als V-Mann »Werner« des BfV entpuppte. Er rühmte sich später, dem Verfassungsschutz die Mitgliederliste der von Busse gegründeten »Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit« (VSBD/PdA) übergeben zu haben. Dass neben ihm weitere Informanten im engsten Umfeld des Parteichefs aktiv waren, wurde nach einem gescheiterten Banküberfall öffentlich, bei dem im Oktober 1981 in München zwei von fünf Neonazis erschossen wurden. Zuvor hatten sie sich in Busses Wohnung getroffen; der Spitzel Ahmed Famili war sein Untermieter und meldete die Pläne der Polizei.

»Wehrsportgruppe Hoffmann«

Die 1973 von Karl-Heinz Hoffmann gegründete Truppe wurde Anfang 1980 verboten. Sie umfasste bis zu 440 Personen. Vor allem das Oktoberfestattentat am 26. September 1980 soll vom WSG-Sympathisanten und angeblichen Einzeltäter Gundolf Köhler begangen worden sein. Der Mord an dem jüdischen Verleger Shlomo Levin und seiner Lebensgefährtin Frida Poeschke im Dezember 1980 in Erlangen wird dem Hoffmann-Vertrauten Uwe Behrendt zur Last gelegt; er soll sich danach das Leben genommen haben. Hinzu kommt der mutmaßliche Mord an Kay Uwe Bergmann, einem Mitglied der Schwesterorganisation »WSG Ausland« im Libanon, in der flüchtige Rechtsterroristen weitermachten. In dieser trafen sich ein Dutzend Neonazis, wie Odfried Hepp von der »WSG Schlageter Ortenau« und Peter Hamberger, der am Banküberfall in München beteiligt war und untertauchte. Udo Albrecht, Gründer der »WSG Ruhrgebiet« und mehrfach verurteilter Rechtsterrorist, wandelte zwischen BRD, DDR und Nahost umher. Dass er immer wieder aus der Gefangenschaft entkam, ist kaum auf die Unterstützung aus Neonazikreisen zurückzuführen, sondern spricht vielmehr für die Interessen der Geheimdienste in der Zeit des »Kalten Krieges«. Albrecht galt als mutmaßlicher Doppelagent von BND, VS und MfS. In der Hoffmann-Truppe waren noch mehr Agenten mit von der Partie: der erwähnte Peter Weinmann (Deckname »Werner«) und Walter Ulrich Behle alias »Felix«, der für den VS Nordrhein-Westfalen arbeitete. Nach dem Oktoberfestattentat brüstete er sich bei einem Aufenthalt in Tunesien damit, an der Tat beteiligt gewesen zu sein – später revidierte er dies.

Triple-Agent

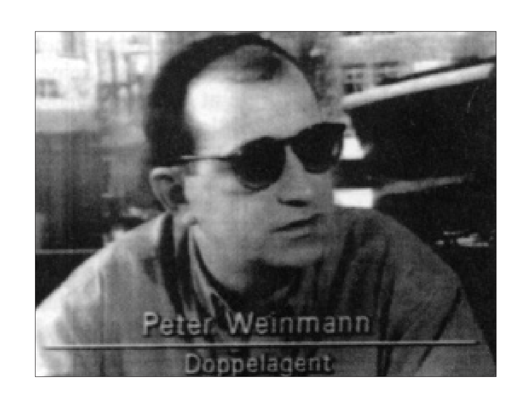
Ein ungewöhnlicher Spitzel: Peter Weinmann arbeitete für drei Geheimdienste. Er kann auf eine lückenlose Laufbahn von mehr als 20 Jahren als V-Mann zurück blicken.

von Annelies Senf

Anfang/Mitte der 1970er Jahre: Auf einem Gelände in Hangelar bei Bonn in der Nähe des Bundesgrenzschutzes erlernten Jugendliche den Umgang mit Waffen und Sprengstoff. Das Gelände mietete Peter Weinmann an, seinerzeit aktiv in der Bonner Neonaziszene.
Weinmanns Karriere als aktiver Neonazi begann Anfang der 1970er Jahre in Bonn, da arbeitete er bereits als V-Mann für das »Bundesamt für Verfassungsschutz« in Köln. Die Arbeit als Spitzel »Werner« begann bereits 1968. Acht Jahre bestand seine Aufgabe darin, einen Einblick in die extrem rechte Szene Westdeutschlands der 1970er Jahren zu geben.
Als ehemaliges Mitglied der NPD war Weinmann (Jahrgang 1946) dem Verfassungsschutz (VS) ein idealer Kandidat. Der Staat honorierte die Spitzeltätigkeit monatlich mit 600 bis 700 D-Mark plus Spesen und Sonderzahlungen. Dies bot ein sicheres Zubrot für Weinmann, der als freier Journalist und Buchhändler seinen Lebensunterhalt verdiente.
Bei den Neonazis galt Weinmann als Sprengstoffexperte, der sich anbot, Munition und Sprengstoff von der Bundeswehr zu besorgen. Das Handwerk dazu erlernte er in den 1960er Jahren an der Technischen Akademie der Luftwaffe in München. Er warb vor allem Jugendliche für Wehrsportübungen an und soll sie nach der Ausbildung in entsprechende Kleingruppen geschleust haben.
Sehr früh trat er in Kontakt mit Karl-Heinz Hoffmann und war Mitglied des »Förderkreises« der »Wehrsportgruppe Hoffmann«. Mit Friedhelm Busse (NPD) und Michael Kühnen (NPD) verband ihn eine Freundschaft. Alle drei fanden sich in der NPD-Abspaltung »Aktion Neue Rechte« (ANR) wieder, für deren Schriften Weinmann verantwortlich zeichnete. Gemeinsam mit Friedhelm Busse gründete er 1971 in Krefeld den Verein »Partei der Arbeit« (PdA), Vorläufer der terroristischen Vereinigung »Volkssozialistische Bewegung Deutschlands« (VSBD). In der Zeit seiner Tätigkeit für den VS stürmte Weinmann 1972 mit der »Aktion Widerstand« eine Veranstaltung der »Deutschen Kommunistischen Partei« in Düsseldorf.

Südtirol

Anfang der 1980er Jahre verlagerte Weinmann seinen Schwerpunkt nach Südtirol und war dort als Journalist tätig. Er bewegte sich in politischen Kreisen und schloss Bekanntschaft mit Eva Klotz, der Tochter des wegen Sprengstoffattentaten in den 1960er Jahren von Italien in Abwesenheit zu 51 Jahren Haft verurteilten Südtiroler Rechtsterroristen Georg Klotz. Eva Klotz war aktiv für die »Südtiroler Volkspartei« und die zentrale Figur der SeparatistInnenbewegung Südtirols. Mittlerweile war Weinmann mit dem Decknamen »Sigmund« für den italienischen Geheimdienst »Servizio per le Informazioni e la Sicurezza Militare« (»Militärischer Nachrichten- und Sicherheitsdienst«, SISMI) unterwegs. Für die von ihm beschafften Informationen erhielt er ein monatliches Gehalt von 800 D-Mark. Wie bei späteren Verhören des LKA Mainz herauskam, arbeitete Weinmann von 1976 bis 1992 für SISMI. Mitte der 1980er Jahre setzte Weinmann seine westdeutschen Dienstherren darüber in Kenntnis, dass ein Großteil der Spenden der »Niermann-Stiftung« (Düsseldorf) bei Organisationen der terroristischen SeparatistInnenbewegung in Südtirol landete. Daraufhin leitete 1987 die Staatsanwaltschaft Düsseldorf gegen das Stiftungsmitglied Norbert Burger ein Strafverfahren wegen des Verdachtes auf Untreue ein. Das Strafverfahren gegen den österreichischen Neonazi, der in Italien 1971 wegen Sprengstoffanschlägen zu 30 Jahren Haft verurteilt worden war, wurde 1988 gegen die Zahlung einer Geldbuße von 15.000 D-Mark eingestellt. Anfang der 1980er Jahre verließ Weinmann Südtirol und tauchte wenig später in Südtiroler Kreisen in der BRD auf. Inzwischen arbeitete er auch für das »Ministerium für Staatssicherheit« (MfS) der DDR.



Wieder zurück

1986 wandte er sich als Journalist an die Zeitung »Der Tiroler« (Nürnberg) sowie an Peter Kienesberger, ehemaliger Südtiroler Terrorist, wohnhaft in Nürnberg, und bot sich als journalistischer Mitarbeiter an. Er gab vor, seit acht Jahren journalistisch bei einem Südtiroler privaten Radiosender und einer Zeitung tätig zu sein. Zu der Zeit verdächtigte der SISMI Kienesberger, als Teil von »Ein Tirol« an Anschlagsvorbereitungen beteiligt gewesen zu sein.
Weinmann sollte die Lebensumstände Kienesbergers auskundschaften. Seine »wichtigen und vertraulichen Nachrichten« führten 1989 zu einem Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gegen Kienesberger wegen des Verdachtes der Begehung von Sprengstoffverbrechen. Mangels Beweisen wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt. 1991 veröffentlichte die italienische Presse, dass Anfang der 1980er Jahre SISMI die Entführung und gegebenenfalls Ermordung Kienesbergers plante. Daraufhin vernahm das BKA Weinmann. Im Zuge dieser Vernehmungen wurde durch Akten des MfS bekannt, dass Weinmann als IM »Römer« arbeitete und vom August 1984 bis zum Sommer 1989 diesem Informationen über die Südtiroler SeparatistInnenbewegung geliefert hat. Insgesamt erhielt er dafür 20.700 D-Mark. 1994 verurteilte der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Koblenz Weinmann nur für dessen Spitzeltätigkeiten für das MfS zu neun Monaten Haft auf Bewährung.
Offen erzählte Weinmann seitdem in Interviews und Fernsehshows über seine Zusammenarbeit mit den drei Geheimdiensten. Im Nachhinein schwärmte er für seine Spitzeltätigkeit: »24 Stunden ist man Geheimer. Dafür schlagen sie (der VS – Anm. d. A.) für einen Strafverfahren nieder, und man braucht keine Steuern zu zahlen für den Job.«

Drei Jahre NSU-Aufklärung

Vor drei Jahren flog die Existenz der rechten Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« auf, doch ist weiterhin Aufklärung nötig.

von Ernst Kovahl



»Es gibt offensichtlich einen Staat im Staate, in dessen Bereich niemand zur Verantwortung gezogen wird«, kritisierte die Obfrau der Bundesregierung für die Angehörigen des Terrors des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU), Barbara John, auf einer Tagung im November 2014 im thüringischen Neudietendorf. Es habe »nicht einen Versuch gegeben, Verantwortliche für die Pannenserie bei den Behörden für Strafvereitelung im Amt zu verfolgen«, kritisierte das CDU-Mitglied. Ein verheerendes Fazit, ein politischer Offenbarungseid für einen Rechtsstaat. Doch ihre Kritik wurde öffentlich kaum wahrgenommen.
Dieser »Staat im Staate« meint keine Verschwörung. Es geht eher um sehr Banales und sehr Alltägliches, das aber in seiner Wirkung fatal und in seinen Konsequenzen tödlich war. Der »Staat im Staate« ist Ergebnis von Rassismus in der Gesellschaft und in den Behörden, von Korps-Geist in Verwaltungen und Polizei, von durch Extremismustheorie untermauerten und politisch motivierten Fehleinschätzungen, von historischen Kontinuitäten in Staatsapparaten, von hysterischem Antikommunismus und Kumpanei am Stammtisch, von fest verwurzelten anti-demokratischen, anti-egalitären und diskriminierenden Einstellungen und von unkontrollierbaren Geheimdiensten. Drei aktuelle Beispiele zeigen, dass es bis heute keinen Bruch mit den Logiken staatlichen Handelns gibt.

Dubiose Akten-Funde

Dem NSU-Untersuchungsausschuss (UA) des Bundestages, der im Sommer 2014 seine Arbeit beendete, wurden vom »Bundesamt für Verfassungsschutz« (BfV) relevante Akten vorenthalten. Das musste die Bundesregierung im Dezember 2014 einräumen. Dabei handelt es sich um 157 »Quellenberichte« des Spitzels Michael See (»Tarif«). Der Multifunktionär der militanten Neonazi-Szene war in Thüringen im Umfeld der späteren NSU-Mitglieder aktiv – und eine »Spitzenquelle« des Dienstes. Eine Woche nach dem Auffliegen des NSU wurden unter anderem seine Akten im BfV vernichtet, hieß es. In den Unterlagen für den Ausschuss fanden sich keine Treffberichte. Nun, Monate nach Abschluss der Arbeit des UA, fanden sich die verschwundenen Akten »im Hause« wohlbehalten wieder. Der Verdacht liegt nahe, dass auf diese Weise erfolgreich versucht wurde, die Akten dem Parlament vorzuenthalten.

Kein Aufklärungs-Wille in Hessen

Nein, Akten aus den Ministerien und Behörden hat der neue hessische NSU-UA seit seiner ersten Sitzung am 1. Juli 2014 noch immer nicht bekommen. Bisher fanden die Sitzungen nur hinter verschlossener Tür statt – anders als in anderen Untersuchungsgremien. In Hessen gibt es genügend Gründe, genau auf das Handeln der früheren Regierungsspitze, des Innenministeriums, des Geheimdienstes und der Polizei im Fall NSU zu schauen. Die hartnäckige Blockadehaltung von Behörden und schwarz-grüner Regierung deutet darauf, dass Spuren bis in die heutige Landesregierung reichen. In den für den NSU-Fall entscheidenden Jahren war Volker Bouffier (CDU) Innenminister des Landes, heute ist er Regierungschef von Hessen.

Blockade in Baden-Württemberg

Auch in Baden-Württemberg blockiert die Landesregierung die NSU-Aufklärung. AnwältInnen und Angehörige von NSU-Opfern, AntifaschistInnen und ExpertInnen kritisieren seit langem das Agieren der grün-geführten Regierung. In einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann wurden nun im Januar 2015 die beiden Professoren Micha Brumlik und Hajo Funke deutlich: »Das zuständige (…) Innenministerium hat weder gegenüber dem Untersuchungsausschuss des Bundestags noch den Aufklärungsversuchen des Stuttgarter Landtags zur Aufklärung beigetragen.«. So sei auch die 2014 vom Landesparlament eingesetzte Enquetekommission bloß eine »Farce« gewesen. Das Verhalten der Regierung sei »ein Schlag ins Gesicht der Opfer, befördert Verschwörungstheorien und senkt das Vertrauen der BürgerInnen in den demokratischen Rechtsstaat«, so Brumlik und Funke.

Die Stille

In Sachsen, Thüringen und möglicherweise Hamburg wird es bald neue Untersuchungsausschüsse geben. Doch in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt herrscht in Sachen Aufklärung weiterhin Ruhe, obwohl es direkte NSU-Bezüge in diese Länder gibt. Notwendig wäre es, auch im Bundestag das Thema weiter zu verfolgen. Doch bisher gibt es dort keine ausreichende Zustimmung. Auch die Öffentlichkeit hat das Interesse am Thema NSU verloren. Damit hat der Druck auf Behörden und Regierungen nachgelassen, Aufklärung leisten zu müssen. Zugleich nutzen die ArchitektInnen der inneren Sicherheit die Situation und erweiterten in den letzten drei Jahren die Befugnisse der Dienste. Derzeit liegt zum Beispiel ein Gesetzentwurf aus dem Bundesinnenministerium vor, der den Einsatz verdeckter Beamter des BfV in »extremistischen« Szenen legalisieren soll – inklusive Freifahrtschein zur Begehung »milieuspezifischer Straftaten«.
Bis heute sind Entstehung, Abtauchen, das Leben im Untergrund und die Durchführung der Anschläge und Morde des NSU nicht wirklich geklärt. Vor allem die Verantwortung des Staates bleibt nebulös. Zudem fehlen bis heute politische Konsequenzen. Ein paar Rücktritte von Geheimdienstlern, das wars. Statt die Behörden an die Leine zu nehmen, konnten diese ihre Befugnisse ausweiten. Gegen die derzeit geplante Einschränkung des Spitzel-Systems in Thüringen laufen konservative PolitikerInnen und Behörden bundesweit Sturm. Um weitere Aufklärung und erst recht um tatsächliche politische Konsequenzen gegen das Vertuschen und Verharmlosen zu erreichen, bräuchte es massiven politischen Druck. Doch daran mangelt es. Derzeit herrscht zumeist Stille.

Chronik des NSU – XI

(10. Mai 2014 bis 18. Dezember 2014)

von Annelies Senf

19. Mai: Jürgen Helbig sagt im NSU-Prozess aus, die Polizei habe 1998 ein heimliches Treffen zweier NSU-Helfer – wobei er einer der beiden am Treffen beteiligten Männer war – und die Übergabe eines Beutels bei Zwickau überwacht. Die Ermittler des Thüringer Landeskriminalamtes (LKA) wussten 1999 offenbar auch davon, dass Jürgen Helbig bei einer weiteren Kurierfahrt im Auftrag der Flüchtigen innerhalb von Jena einen weiteren Beutel abgeben sollte.

20. Mai: Am 113. Verhandlungstag befasst sich der NSU-Prozess mit dem letzten der 15 Raubüberfälle von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Die beiden hatten am Morgen des 4. November 2011 in Eisenach in einer Bank 71.915 Euro erbeutet.

21. Mai: Laut Aussage des Rechtsmediziners vor dem Oberlandesgericht München waren Böhnhardt und Mundlos am 4. November 2011 sofort tot. Beide hatten jeweils eine Schussverletzung einer großkalibrigen Waffe am Kopf.

26. Mai: Andreas Rachhausen – angeblicher Betreiber des Stützpunktes des »Thüringer Heimatschutzes« (THS) in den 1990er Jahren – sagt im NSU-Prozess aus, er habe 1998 das mutmaßliche Fluchtfahrzeug der drei abgetauchten NSU-Mitglieder aus Dresden zurückgeholt. Das Auto gehörte Ralf Wohlleben.

2. Juni: Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) in Hamburg verkündet, dass es Ende Februar eine DVD erhielt, auf der von einem »NSU« die Rede ist. Es soll Anhaltspunkte dafür geben, dass die DVD im Jahr 2006 von dem V-Mann »Corelli« an eine Quelle des Geheimdienstes versandt worden sei. »Corelli« – Thomas Richter – wurde am 7. April 2014 tot in seiner Wohnung nahe Paderborn aufgefunden. Das Hamburger Landesamt übersandte die DVD im März 2014 an den Generalbundesanwalt. Dort wird derzeit zu den Hintergründen der DVD ermittelt.

3./4./5. Juni: Der NSU-Prozess beschäftigt sich mit dem Sprengstoffanschlag in der Kölner Probsteigasse. In einem Lebensmittel- und Getränkeshop explodierte am 19. Januar 2001 eine Bombe. Auf dem NSU-Bekenner-Video mit der Paulchen-Panther-Trickfilmfigur sind Fernsehbilder von den Ermittlungen am Tatort zu sehen. Dem Angeklagten André Eminger wird im Prozess vorgeworfen, in der Zeit zwischen 19. und 21. Dezember 2000 ein Wohnmobil gemietet und so geholfen zu haben, den Sprengstoffanschlag mit vorzubereiten.

6. Juni: »Der Spiegel« berichtet, dass er bei der Auswertung der NSU-Ermittlungsakten auf Indizien für einen Zusammenhang mit einem Doppelmord in Dresden im Jahre 1995 gestoßen sei. Unbekannte hatten damals den in der rechten Szene als »Verräter« geltenden Dresdener Skinhead Sven Silbermann und dessen Bruder Michael getötet. Der Doppelmord wird derzeit neu aufgerollt.

13. Juni: Der MDR meldet, der Verfassungsschutz in Thüringen habe seit 2002 eine konspirative Außenstelle in der Häßlerstraße im Erfurter Süden betrieben. Von dort aus sollen V-Leute geführt worden sein. Der NSU-Untersuchungsausschuss (UA) Thüringen wurde bisher über diese Nebenstelle nicht informiert.

18. Juni: Beamte führen bei dem mutmaßlichen Unterstützer des NSU und jahrelangen V-Mann des Verfassungsschutzes in Thüringen, Tino Brandt, eine Razzia durch. Es liege der Verdacht vor, dass Brandt ein illegales Prostitutionsgeschäft mit minderjährigen Jugendlichen betreibe.

19. Juni: Das Internetportal »Publikative« veröffentlicht, dass Unterlagen, die im April 2013 von der Staatskanzlei in Hannover dem NSU-UA des Bundestages zur Verfügung gestellt wurden, belegen, dass Thomas Gerlach zwischen 2000 und 2001 einen stetigen Briefverkehr mit dem Neonazi Thorsten Heise führte. Heise aus Northeim saß zu der Zeit eine Gefängnisstrafe in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel ab. Die neuen Akten belegen nicht nur den Kontakt, sondern auch die Tatsache, dass die beiden Neonazis in ihrer Vernehmung maßgeblich taktiert haben könnten. Dieser Kontakt könnte eine Bedeutung bei der geplanten Flucht der drei NSU-Mitglieder nach Südafrika gehabt haben.

24. Juni: Die Enquete-Kommission zum NSU im Landtag Baden-Württemberg nimmt ihre Arbeit auf.

24. Juni: In der Schweiz wird Hans-Ulrich Müller befragt. Er lebte Anfang der 1990er Jahre in Thüringen und soll bei der Beschaffung der wichtigsten NSU-Mordwaffe eine Rolle gespielt haben.
Im Oktober 2013 sagte er als Zeuge im NSU-Prozess aus, er habe die aus Tschechien stammende Waffe mit einem Schalldämpfer am 10. April 1996 geliefert bekommen und einen Tag später an Anton Peter Germann verschickt.

26. Juni: Der Schweizer Zeuge, Anton Peter Germann, wird in der Schweiz vernommen. Er war nach Überzeugung der Anklagebehörde der Vorbesitzer der »Ceska«-Pistole der NSU-Mordserie. Weder Anton Peter Germann noch Hans-Ulrich Müller sind bereit, als Zeugen im NSU-Prozess aufzutreten.

29. Juni: Der sächsische NSU-UA ist beendet. Der Bericht der Oppositionsparteien Grüne, LINKE und SPD zählt eine beispiellose Serie von Fehlentscheidungen auf, der Vorwurf: Behördenversagen.

1. Juli: Der Mitangeklagte im NSU-Prozess, Ralf Wohlleben, lehnt den Gerichtssenat wegen Befangenheit ab.

2. Juni: Dem Zeugen Enrico Theile droht ein Strafverfahren wegen Falschaussagen. Der 38-Jährige soll laut Anklageschrift für seinen Thüringer Freund Jürgen Länger den Kontakt zum Schweizer Hans-Ulrich Müller hergestellt haben, dem die NSU-Mordwaffe »Ceska 83« gehörte. Im Frühjahr 2000 soll die Waffe von Müller aus über Jürgen Länger und eine weitere Person in Jena an die Angeklagten Ralf Wohlleben und Carsten Schulze gelangt sein. Schulze hat im Prozess zugegeben, die Waffe in Chemnitz Mundlos und Böhnhardt übergeben zu haben.

4. Juni: Durch das Buch »Heimatschutz« von Stefan Aust und Dirk Laabs wird bekannt, dass der ehemalige Mitarbeiter des Verfassungsschutz und V-Mann Führer von »Tarif«, Martin Thein, seit 2011 als Buchautor und »Fanforscher« in der Fußball-Szene unterwegs ist.

9. Juli: Im NSU-Prozess verweigert Matthias Dienelt die Aussage. Er mietete die Wohung in Zwickau an, in der von 2001 bis 2011 Böhnhardt, Mundlos und Beate Zschäpe lebten.

10. Juli: Das Bundeskriminalamt (BKA) geht neuen Hinweisen zu den NSU-Verbindungen Tino Brandts nach.

15. Juli: Brandt sagt im NSU-Prozess aus, er erinnere sich grob, dass er im Juni 1999 mit dem Neonazi Thorsten Heise über eine Flucht des NSU-Trios nach Südafrika gesprochen habe.

17. Juli: Zschäpe entzieht ihren AnwältInnen das Vertrauen.

6. August: Zwei Beamte, die im NSU-Prozess als Zeugen auftreten, werfen dem hessischen Verfassungsschutz Behinderung bei den Ermittlungen zum Mord an Halit Yozgat im April 2006 in Kassel vor.

16. September: Die »Thüringer Allgemeine« veröffentlicht, dass das BKA bereits 2005 eine Waffenspur in die Schweiz verfolgte. Die Ermittler hatten damals herausgefunden, dass bei den Morden an Migranten türkischer und griechischer Herkunft seit dem Jahr 2000 immer dieselbe Pistole der Marke »Ceska 83« benutzt wurde.

17. September: Die Fraktion der Linkspartei im hessischen Landtag drängt im NSU-UA auf den Beginn öffentlicher Anhörungen im Landtag.

23. September: Die Grünen im baden-württembergischen Landtag wollen vorerst keinen NSU-Untersuchtungsausschuss.

25. September: Das »Hamburger Abendblatt« berichtet, die Generalbundesanwaltschaft (GBA) vernahm den Hamburger V-Mann, der von »Corelli« den Datenträger erhalten hatte. Zu der Zeugenvernehmung äußern sich weder GBA noch Landesamt für Verfassungsschutz.

2. Oktober: Die Grünen im Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestags beantragen eine Sondersitzung zum Fall »Corelli«. Er lieferte dem BfV im Jahr 2005 eine Daten-CD, auf der Dateien mit der Bezeichnung NSU/NSDAP zu finden waren.

7. Oktober: Jerzy Montag – ehemaliger Grünen-Abgeordneter – soll als Sonderermittler des Parlamentarischen Gremiums zur Kontrolle der Geheimdienste der CD mit Bezug zum NSU aus dem Jahre 2005 nachgehen.

15. Oktober: Der Zeuge Jan Botho Werner – ehemaliger Anführer der sächsischen Sektion der Skinhead-Vereinigung »Blood & Honour« – verweigert vor dem Münchner Oberlandesgericht die Aussage. Gegen ihn läuft eines der zehn Ermittlungsverfahren, die die Bundesanwaltschaft derzeit gegen mutmaßliche Unterstützer des NSU führt. Somit hat er ein Aussageverweigerungsrecht.

20. Oktober: Wie »Der Spiegel« berichtet, lebte der Thüringer Neonazi Mario Brehme von 1997 bis 2008 im Verbindungshaus der Bayreuther Burschenschaft »Thessalia zu Prag«. 1998 flog Brehme laut Verfassungsschutz-Informationen gemeinsam mit dem Neonazi André Kapke nach Südafrika, um einen Unterschlupf für Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos zu suchen – so Kapke. Die Flugtickets für rund 3.400 Mark buchte und bezahlte Brehme laut dem »Nordbayerischen Kurier« in einem Bayreuther Reisebüro.

21. Oktober: Im NSU-Prozess sagt eine Kriminalkommissarin des LKA Baden-Württemberg aus, dass es zahlreiche Verbindungen zwischen Chemnitzer Neonazis und Baden-Württemberg, aber auch nach Thüringen gab. Vor allem Zschäpe und Mundlos sollen immer wieder in Ludwigsburg gesehen worden sein, Mundlos zuletzt 2001.

25. Oktober: Das BfV hat noch sämtliche Quellenberichte des V-Manns »Tarif« in seinem Archiv, so informiert das Bundesinnenministerium den Bundestag. Bisher ging der NSU-UA des Bundestages davon aus, dass die Akte des Spitzels – zusammen mit anderen V-Mann-Akten – sieben Tage nach dem Auffliegen des NSU am 4. November 2011 vernichtet wurde und nur zum Teil rekonstruiert werden konnte. Michael See alias »Tarif« war von 1995 bis 2001 V-Mann. See belastete im März 2014 Thorsten Heise. André Kapke habe ihn 1998 um Hilfe bei der Suche nach einem Unterschlupf für Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe gebeten.

5. November: Der Landtag in Baden Württemberg beschließt einstimmig die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu den Morden des NSU.

11. November: Wie die TAZ berichtet, hat die Chemnitzer Polizei bei einer Razzia gegen die »Nationalen Sozialisten Chemnitz« (NSC) am 28. März 2014 bei dem Chemnitzer Neonazi Maik Arnold eine weitere CD mit Hinweisen auf den NSU beschlagnahmt.

12./19. November: Der fränkische Neonazi und V-Mann Kai Markus Dalek wird im NSU-Prozess vernommen. Seine Vernehmungen werfen die Frage auf, ob der THS mit Billigung oder gar auf Anweisung des Verfassungsschutzes aufgebaut wurde.

20. November: In ihrer ZeugInnenaussage im NSU-Prozess schwärmt Antje Böhm (ehemals Probst und Inhaberin des Szeneladens »Sonnentanz« in Limbach-Oberfrohna bei Chemnitz) von ihren Erfahrungen bei »Blood & Honour«. Sie zählt zu den MitbegründerInnen des »Blood & Honour«-Ablegers in Sachsen und organisierte Konzerte in den 1990er Jahren mit. Mit ihr vervollständigt sich die Riege des »Blood & Honour«-Umfeldes des NSU: Thomas Starke, Jan Botho Werner, Andreas Graubner, Thomas Probst und Carsten Szczepanski. Ein von Zschäpe genutzter Pass lief auf ihren Namen.

27. November: Die Verteidigung Zschäpes stellt erneut einen Befangenheitsantrag gegen Richter Manfred Götzl. Die VerteidigerInnen des mitangeklagten Wohlleben schließen sich an.
Der Konflikt um die Befragung von ZeugInnen, die sich an lang zurückliegende Sachverhalte nicht erinnern können und dann von Götzl mit Vorhalten aus Protokollen konfrontiert werden, schwelt schon länger.

3. Dezember: Im NSU-Prozess sagt der frühere V-Mann »Piatto« – Carsten Szczepanski – aus, dass er bereits im Sommer 1998 dem brandenburgischen Geheimdienst berichtete, Jan Botho Werner habe den Auftrag gehabt, »die drei Skinheads« mit Waffen zu versorgen – gemeint waren offenkundig Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe. An die Meldung kann sich Szczepanski nicht mehr erinnern.

9. Dezember: Die Grünen im mecklenburgischen Landtag kritisieren den Abschlussbericht von Innenminister Lorenz Caffier (CDU) über Ermittlungspannen in der Mordserie des NSU.

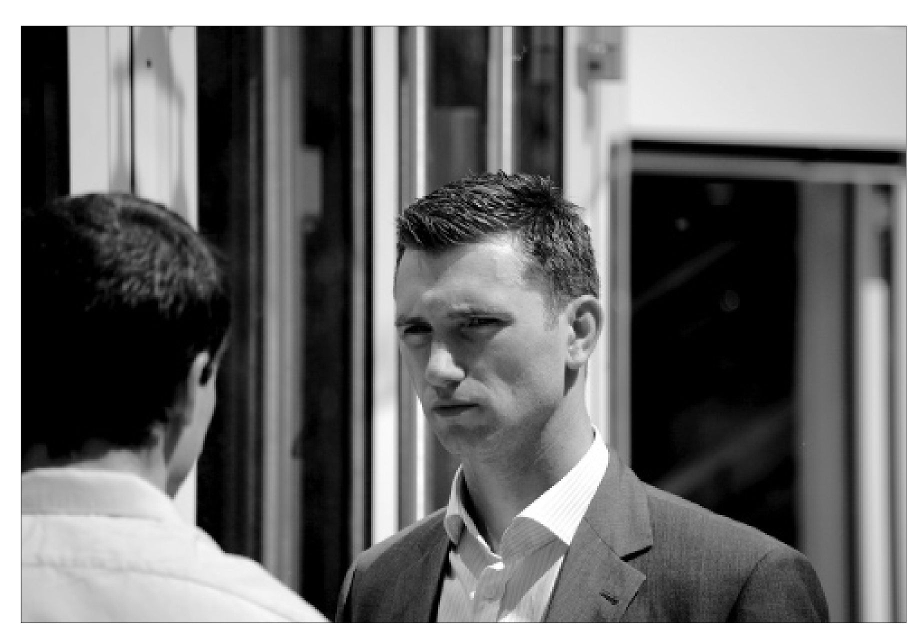
17. Dezember: Der NSU-Untersuchungsausschuss in Nordrhein-Westfalen nimmt seine Arbeit auf. Dieser soll sich mit den Anschlägen in der Probsteigasse und Keupstraße in Köln sowie mit dem Mord an dem Kioskbesitzer Mehmet Kubasik in Dortmund befassen.

18. Dezember: Das Landgericht Gera verurteilt Tino Brandt zu fünfeinhalb Jahren Haft wegen sexuellen Missbrauchs von Jungen und Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger.

Detaillierte Protokolle der Verhandlungstage im NSU-Prozess unter: www.nsu-watch.info

Frank Franz und die Saar-NPD

von Timo Reuter



^ *Frank Franz*

Am 1. November 2014 wurde der 35-jährige Frank Franz auf dem Bundesparteitag der NPD in Weinheim mit großer Mehrheit zum neuen Bundesvorsitzenden der Partei gewählt. Der ehemalige Oberfeldwebel der Bundeswehr und ausgebildete Physiotherapeut, der die Nachfolge von Udo Pastörs antritt, hat damit den vorläufigen Höhepunkt seiner Parteikarriere erreicht. Erstmals fiel Franz 2004 in Völklingen auf. Die NPD führte dort »Montagsdemonstrationen« gegen die so genannten Hartz 4-Gesetze mit bis zu 150 TeilnehmerInnen durch, an deren Rand er sich als Fotograf engagierte. Bereits im Mai 2004 wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Saar-NPD gewählt.
FraFra, wie er innerhalb der rechten Szene des Saarlandes genannt wird, stieß somit in einer Hochphase der saarländischen NPD unter dem Landesvorsitzenden Peter Marx, als dessen politischer Ziehsohn, zu dem Parteikader. Marx gelang es in diesem Jahr, zahlreiche – auch teilweise zerstrittene – NPD-Funktionäre zu einen und in den Landtagswahlkampf zu führen. Dieser wurde mit einer für die saarländische NPD bis dahin ungewöhnlichen Intensität und inneren Geschlossenheit geführt und gipfelte in dem mit vier Prozent Stimmenanteil nur knapp verpassten Einzug in den saarländischen Landtag im September 2004.

Frank Franz – seine ersten Jahre
Bereits 2005 übernahm Frank Franz dann den Parteivorsitz in der Saar-NPD und setzte auf eine Annäherung an die saarländische Kameradschaftsszene. So wurde im August unter dem Motto »Wir rocken den Reichstag« in Saarbrücken-Fechingen ein Konzert mit zahlreichen RechtsRockbands aus dem In- und Ausland durchgeführt, in dessen Nachgang es in der Innenstadt zu einer Massenschlägerei kam. Weitere Konzerte dieser Art folgten.
Allerdings holten spätestens Anfang 2006 auch die parteiinternen Querelen ihren Landesvorsitzenden ein. Es kam zum offenen Bruch mit der starken Völklinger NPD-Stadtratsfraktion aufgrund einer von dieser durchgeführten Veranstaltung mit dem ehemaligen NPD-Bundesvorsitzenden Günther Deckert. Gegen den NPD-Stadtrat Otfried Best wurde ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet. Ebenso wurde der stellvertretende Landesvorsitzende und Vorsitzende des Kreisverbandes Saarlouis, Markus Karl-Heinz Mang, von allen Ämtern entfernt. Schlammschlachten tobten in zahlreichen extrem rechten Internetforen und begleiteten die gesamte Vorstandstätigkeit von Frank Franz.
Es gelang, beziehungsweise gelingt Franz noch heute immer wieder neue Bündnisse innerhalb der extremen Rechten im Saarland zu inszenieren, die dann aber keine nachhaltige Wirkung zeigen.
Besonders viel Aufsehen erregte im Oktober 2010 ein privater Spielabend, zu dem der Kirchenbeauftragte der Saar-FDP, Krämer, eingeladen hatte und den Christian Schmitt (Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion) verließ, als er erkannte, dass auch der NPD-Landesvorsitzende Frank Franz am Spieltisch saß. Diese »Monopoly-Affäre« wird neben der »Peniskuchen-Affäre« um den Landesvorsitzenden Marx wohl als eine der skurrilsten der zahlreichen Affären im saarländischen NPD-Landesverband in Erinnerung bleiben.

Als selbständiger Programmierer gestaltet Frank Franz zahlreiche Internetseiten für die NPD und auch andere Gruppierungen der extremen Rechten. Mit selbst gefertigten Youtube-Videos versucht er die neuen Medien zu nutzen und modern aufzutreten. Während er dafür einiges an Zuspruch erhält, offenbaren diese aber auch schnell die Beschränktheit des auf den ersten Eindruck elaboriert auftretenden Franz. Spätestens seit im Juni 2011 der Server seiner Internetfirma »naweko – Agentur für neue Medien« gehackt und zahlreiche darauf gehostete NPD-Seiten von HackerInnen lahmgelegt wurden, ist sein Ruf als Internet-Experte dahin.

»Peter Marx, bitte übernehmen Sie«
Im April 2012 übernahm Peter Marx wieder die Führung des angeschlagenen saarländischen Landesverbandes und Franz konzentrierte sich auf seine neue Rolle als Pressesprecher der Bundes-NPD und in zweiter Linie auch auf sein Stadtratsmandat in Völklingen. Die Querelen und Skandale innerhalb des Landesverbandes nehmen aber nicht ab und ein Konflikt zwischen Marx und Franz nimmt immer deutlicher Konturen an. Marx reorganisiert den Landesverband und re-integriert einige der in Ungnade gefallenen Parteimitglieder. Mang engagiert sich wieder im Landesverband und auch der jahrzehntelange Völklinger NPD-Platzhirsch Harry Kirsch, der von Franz aus der dortigen NPD geekelt wurde und mit seiner »Freien Bürger Union« (FBU) innerhalb der Stadt eine Konkurrenzpartei zur NPD aufgebaut hat, taucht zum Unmut von Franz wieder auf einer Veranstaltung der Partei in Saarbrücken auf. Vorläufiger Höhepunkt dieses Konflikts ist sicherlich, dass Marx auf die Kandidatur seines Ziehsohnes zum Bundesvorsitzenden mit einer eigenen Kandidatur antwortete.
Während sich Frank Franz nun erst einmal in seiner neuen Rolle zurecht finden muss und beispielsweise auf der »Compact-Friedenskonferenz« in Berlin, bei PEGIDA in Dresden und den rassistischen Aufmärschen in Berlin-Marzahn Ausschau nach neuen BündnispartnerInnen hält, wendet sich der saarländische Landesverband verstärkt dem Milieu um die Kneipenbetreiberin und aus dem Umfeld der »Hells Angels« stammenden Jacky Süßdorf zu. Auch zahlreiche (ehemalige) Mitglieder der Kameradschaft »Sturmdivision Saar« wurden in die aktive Parteiarbeit eingebunden. Dass mit dem vom rheinland-pfälzischen Landesverband ins Saarland abgeschobenen Sascha Wagner ein Aktivist mit guten Kontakten ins rechte Hooliganmilieu sein Aktivitätsfeld ins Saarland verlegt hat, passt zu dem eingeschlagenen Kurs und nicht zu der vom Bundesverband der NPD propagierten »seriösen Radikalität«.

Armanische Weisheit im Schulfernsehen

»Bildung auf höchstem Niveau« verspricht »Planet Schule«, ein neues Fernsehformat vom Westdeutschen Rundfunk und Südwestrundfunk. LehrerInnen wird hier Filmmaterial für den Unterricht angeboten, die Verlässlichkeit der Informationen mit öffentlich-rechtlichem Selbstverständnis hervorgehoben. Wer es wie die »Naturreligiöse Siedlungsgemeinschaft Dorflinde von 1992 e. V.« mit seinen Botschaften auf ein derart eng mit dem Schulsystem verzahntes Portal schafft, darf mit einer besonders intensiven und nachhaltigen Wirkung rechnen.

von Karl Rabe

Der Film »Das Kelten Experiment – Wie lebten die Kelten?« entstand als aufwändiges, mehrfach auch im normalen TV-Programm verwertetes Kooperationsprojekt mit dem Landesamt für Denkmalpflege Baden-Württemberg und der Goethe-Universität Frankfurt. In den ersten Szenen wird anschaulich und mit amtlichem Impetus über die Eisenzeit in Baden-Württemberg berichtet. Insbesondere der Ipf bei Bopfingen, einer der bedeutendsten archäologischen Fundplätze Baden Württembergs, erfährt eine angemessene Würdigung. Danach jedoch wird – wie häufig – die Erzählung mit Living-History-Bildern unterlegt. Ab diesem Zeitpunkt kommen Mitglieder der »Naturreligiösen Siedlungsgemeinschaft Dorflinde von 1992 e. V.« (NSD) massiv ins Bild.

Pfahlers Höfe

Ausgangspunkt dieser »deutsch/heidnischen Gemeinschaft« ist seit 2004 der so genannte Runenhof in Echsheim (Bayerisch Schwaben). Das »Runenhof«-Gelände wurde von Anton Pfahler erworben, der bereits in den 1970er-Jahren für die »Wehrsportgruppe Hoffmann« Militärfahrzeuge beschaffte. Werbung für das Siedlungsprojekt der NSD in dem NPD-Blatt »Deutschen Stimme« (DS) und in den »Nachrichten« der »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige« (HNG) sollte für Unterstützung aus dem extrem rechten Spektrum sorgen. In einem ähnlichen völkischen Siedlungsprojekt im unweit entfernten Sinning hatten sich bis 1999 der Verlag und die Redaktion der »Deutsche Stimme« einquartiert. Zum engeren Umfeld der Siedlungsgemeinschaft, die sich auf »arteigene« »Naturreligionen« bezog, zählten Neonazikader wie der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel. 1998 flog Pfahlers Siedlungsprojekt durch den bis dahin größten Polizeieinsatz in Süddeutschland gegen Neonazis auf: bei der Großrazzia fanden 300 Einsatzkräfte in 22 Verstecken Tretminen, Handgranaten, Maschinenpistolen, Sturmgewehre und vieles mehr. Pfahler wurde in der Folge wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und acht Monaten verurteilt. Auch nach seiner Haftentlassung blieb er der rechten Szene treu. 2005 wurde er zum Kassenwart der NSD gewählt. Laut Selbstdarstellung der NSD ist Pfahler seit Dezember 2010 nicht mehr im Verein.

Armanenkult

Hervorgegangen ist die NSD aus der international vernetzten »Siedlungsunternehmung Lebensquell e. V.« von Heinrich Jörn Schönlaub, der unter anderem im ariosophischen »Armanenorden«, in der »Deutschen Alternative« und der »Nationalistischen Front« wirkte. Susanne Morgaine Schönlaub, die heute den Namen Susanne Kube trägt, war bis 2007 Vereinsvorsitzende der NSD. Danach übernahm ihr Mann, Karsten Kube, das Amt, ein ehemaliger Meister im »Armanenorden« und bayerischer Bezirksführer der HNG. Auch der Versandhandel »Lebensquell, Germania – Wehr- und Sportbestände« blieb in der Familie, er wurde gemeinsam von Karsten Kube und Heinrich Jörn Schönlaub betrieben. Susanne Kube ist Gründungsmitglied der »Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände Europas«, für die sie bereits in den frühen 1990er Jahren zentrale süddeutsche Sonnwendfeiern organisierte. In einem Living-History-Forum erläutert sie freimütig ihre Zusammenarbeit mit Facharchäologie und FilmemacherInnen. Dort verrät sie weiterhin, dass »wir auch oft an Schulen sind«.

Der im Unterricht verwendete und mehrfach im WDR und SWR ausgestrahlte Lehrfilm scheint auf die Mitglieder der NSD nicht nur als Dekoration für möglichst attraktive Bilder zurückgegriffen zu haben. Denn inhaltlich werden völkische Erzählung und Mythen mit aktuellen archäologischen Forschungsergebnissen gemixt. So wird behauptet, dass der »keltische Fruchtbarkeitsbaum« ein Vorläufer des Maibaums sei. Um den SchülerInnen die Realität des Vermittelten plastisch zu verdeutlichen, wird ein skurriler Vorzeit-Maibaum inmitten einer rekonstruierten eisenzeitlichen Schanzenanlage gefilmt. Im unmittelbar vorangehenden Schnitt betont die Hauptfigur des Filmes, Prof. Rüdiger Krause von der Goethe-Universität Frankfurt, dass die Rekonstruktionen exakt die Befunde seiner Ausgrabungen in Bopfingen spiegeln. Rüdiger Krause spielt im Film den erläuternden Fachmann für die AkteurInnen des Vereins NSD. Die vom NSD wesentlich mitgestalteten Requisiten entsprechen nebenbei bemerkt mit ihren Sägekanten oder den verwendeten Fertigbrettern bei Weitem nicht den Standards moderner Freilichtanlagen. Nur das wird angesichts der fachwissenschaftlichen Legitimierung niemand merken. In den Schwenks sind überdies mehrere kahlrasierte Thorshammerträger aus der Baumannschaft zu erkennen. Thorshämmer haben keinen historischen Bezug zur keltischen Zeit, sie kommen erst viel später in der Wikingerzeit auf (und dort vor allem als Frauenschmuck). Richtig populär ist das Symbol in heidnischen Kreisen und bei TrägerInnen von modernem Nazi-Lifestyle.

Die NSD zeigt im Schulfilm wohl nichts anderes als das, was er auch intern als vorzeitliche Kulturhöhe propagiert. Völlig selbstverständlich gibt hier eine medienfixierte Archäologieprominenz der extremen Rechten symbolisch die Hand – lehrplanorientiert, fachzertifiziert und öffentlich-rechtlich.



Rechte Zeitansagen

Seit ihrer Gründung hat die Wochenzeitung »Junge Freiheit« mehrere publizistische Metamorphosen vollzogen. Dem Wechsel der Themenkonjunkturen und Personen zum Trotz: Die »Junge Freiheit« ist die Wochenzeitung für Zeitansagen von Rechts.

von Klaus Niebuhr

Ob »Bund freier Bürger«, »Stattpartei«, »Die Republikaner«, »Schill-Partei« oder jetzt die »Alternative für Deutschland« (AfD): Stets war die publizistische Unterstützung der »Jungen Freiheit« (JF) für Parteienprojekte rechts der Union groß. Damit verband sich die Hoffnung, eine Partei rechts der Union könne doch noch die (nach Auffassung von JF-Chef Dieter Stein unter Helmut Kohl ausgebliebene) konservative Restauration der »geistig-moralischen Wende« einlösen. Doch der Kurs des Blattes, dem jeweils gerade erfolgreichen parteipolitischen Projekt rechts der CDU zur Seite zu stehen, war im rechtsintellektuellen Milieu nie unumstritten. Das neu-rechte »Institut für Staatspolitik« (IfS) legte vor Jahren eine Studie vor, die sich als Streitschrift gegen den Illusionismus des Erfolgs von »Parteigründungen von Rechts« las. Die Verfasser argumentierten, der zu Führung und Elite berufene und im rechten Milieu sozialisierte akademische Nachwuchs würde in den Apparaten des Parlamentarismus verschlissen und glatt geschliffen, ohne politisch etwas bewirken zu können. Statt in Parteien solle das Milieu seinen Erfolg in der Sphäre der Metapolitik suchen, welches die Rechte der gesellschaftlichen Linken überlassen habe. Mit den ersten Erfolgen der AfD brach diese Debatte wieder auf. Von der Gründung an begleitete die JF die AfD mit Wohlwollen und großer Hoffnung. Im Blog des Theorieblattes der »neuen Rechten« »Sezession« – eng mit dem IfS verbunden – machte sich hingegen bezüglich der AfD rasch Ernüchterung breit. Die AfD, so argumentierte der »Antaios«-Verleger Götz Kubitschek, erfülle die in sie gesetzten rechten Hoffnungen nicht. Über den strategischen Umgang mit der AfD kam es zum Bruch mit dem IfS-Hausintellektuellen Karlheinz Weißmann, der als geistiger Nachlassverwalter Armin Mohlers in einem pragmatischen Sinne für die AfD optierte. Dieter Stein hingegen distanzierte sich Anfang 2009 offensiv von der Eigenbezeichnung »Neue Rechte« und erklärte den Begriff zur Beschreibung des rechtsintellektuellen Milieus für unbrauchbar. Zugleich nahm sich die JF des Erbes des im selben Jahr gestorbenen Vordenkers Caspar von Schrenck-Notzing an. Dessen Nachlass verwaltet die von Schrenck-Notzing gegründete und von der JF unterstützte »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung«, die Trägerin der in Berlin ansässigen »Bibliothek des Konservatismus« ist. Die Bibliothek ist inzwischen ein fester Veranstaltungsort für Lesungen und Diskussionen, auch mit AutorInnen aus dem parteipolitischen Konservatismus der Union. Für die JF ist dies ein weiterer Schritt hin zu einer akzeptierten Größe im politischen Betrieb, auch wenn sich das auf den rechten Rand beschränkt.

Vor 20 Jahren hingegen war das Aufsehen groß, als die »Junge Freiheit« ankündigte, ihr Erscheinen auf einen wöchentlichen Modus umzustellen

und den Sitz der Redaktion nach Potsdam, in die alte preußische Garnisonsstadt, zu verlegen. Zuvor war die 1986 als SchülerInnenzeitung gegründete JF monatlich in Freiburg i. Br. erschienen. Herausgeber und Chefredakteur war damals wie heute Dieter Stein. Der Umzug nach Potsdam und wenig später nach Berlin fiel in eine Phase der Euphorie im rechtsintellektuellen Milieu. Die Wiedervereinigung und die ihr folgende deutliche Verschiebung gesellschaftlicher Diskurse zu den Themen Nation, deutsche Geschichte und Einwanderung nach Rechts beförderten in der rechtsintellektuellen Szene die Auffassung, die Koordinaten der politischen Kultur der alten Bundesrepublik seien passé, nun ginge es darum, die Chance einer Renationalisierung des wiedervereinigten Deutschlands zu nutzen. Zwar beförderte der rabiate Nationalismus der frühen 1990er Jahre einen Rechtsruck in der Gesellschaft. Doch das rechte Milieu hatte sich mehr erwartet als die Änderung des Asylrechts.

Die JF warb für sich mit dem Gestus des publizistischen Tabubruchs und klar rechter Haltung. »Jedes Abo eine konservative Revolution.« Dieses Werbeschlagwort ließ sogleich erkennbar werden, wo sie publizistisch wie auch politisch steht: in der Nachfolge des jungkonservativen Flügels der sogenannten »Konservativen Revolution«, die den Nationalsozialismus von Rechts kritisierte und nach rechtsautoritären Ausgängen aus der Weimarer Demokratie suchte.

In den Folgejahren etablierte sich die JF als Flaggschiff der sogenannten »neuen Rechten«. Der Staatsrechtler Carl Schmitt und der Dichter Ernst Jünger galten und gelten der Zeitung als Hausheilige. Ein Dauerthema der JF waren die Wirkungen dessen, was unter dem Begriff des »Diktat der Political Correctness« summiert wurde. Daneben bearbeitet die Redaktion jene Themen, die dem rechtsintellektuellen Milieu ein Herzensanliegen sind. Ausgehend von einem Primat des Volkes als geschichtlichem Akteur vor der Verfasstheit von Staat und Demokratie ist die Demographie ein essenzielles Thema in der JF. Bei Familienpolitik, Abtreibung und Feminismus/Gender nimmt die JF Positionen ein, die argumentieren, die Politik der zurückliegenden 30 Jahre – initiiert durch die 68er – habe die demographische Katastrophe befördert und betreibe mit Gendermainstreaming eine ideologisch motivierte Auflösung traditioneller Familienstrukturen und somit einen Umbau der Gesellschaft.

In der Geschichtspolitik treibt die JF von jeher das Projekt der Wiederherstellung der »selbstbewussten Nation« an. In gleich zwei in der JF-Edition erschienenen Büchern und zahllosen Artikeln buchstabiert JF-Autor Thorsten Hinz seine These vom »Schuldstolz« der Deutschen, der ein »neurotisches« Verhältnis zur Nation zur Folge habe. Der Normalisierung der Nation stehe in Deutschland die angebliche Überrepräsentanz der Zeit des Nationalsozialismus im geschichtspolitischen Selbstverständnis entgegen. Erst wenn es zu einer wirklichen Historisierung des Nationalsozialismus in der politischen Kultur des Landes käme, sei der Zustand der Entfremdung der Deutschen von der Normalität ihres Selbstverständnisses als Nation beendet. Der Holocaust sei in Deutschland zur »negativen Zivilreligion« aufgestiegen, wer sich dieser verweigere, verfalle der öffentlichen Ächtung. Dass im NPD-Organ »Deutsche Stimme« ähnliche Thesen formuliert werden, fällt nur deshalb nicht auf, weil Hinz sich in einer distinguierten Sprache übt und als »Edelfeder« der JF preisen lässt.

Im Sinne der Reformulierung nationalen Selbstbewusstseins widmet sich die JF seit mehr als einem Jahrzehnt dem Andenken der Attentäter des 20. Juli 1944. Der aus der Elite der preußischen Generalität hervorgegangene Kreis um Stauffenberg gilt der JF als Inbegriff des Deutschen. In Stauffenberg und seiner rechtselitären Herkunft aus dem Umfeld des Dichters Stefan George erblickt die JF das Fundament einer nationalen Tradition, in welcher konservative Tugenden wie Treue und Pflichtbewusstsein als Garanten für Anstand und Moral erscheinen. Mit ihrer Stauffenberg-Ikonographie belegt die JF zugleich ihre Abgrenzung zum NS-affinen Milieu der extremen Rechten. Gleiches gilt für die Darstellung des Holocaust in der Zeitung; die Absage an dessen Leugnung führte zu internen Streitigkeiten und personellen Abgängen. Dass es der Gruppe adliger Militärs um Stauffenberg zwar um Deutschland, aber nicht um die Millionen ermordeter Jüdinnen und Juden und schon gar nicht um die Demokratie ging, bleibt ausgeblendet. In der Person Stauffenbergs und seinem Lebensweg spiegelt sich sprichwörtlich das Elitebewusstsein des »geheimen Deutschland« wider, an welches die JF anknüpft.

Nicht nur, aber auch die Haltung der JF zur AfD wurde zur Bruchlinie innerhalb des rechtsintellektuellen Netzwerkes. Die JF, so lassen sich die Vorwürfe aus dem Umfeld des »Instituts für Staatspolitik« zusammenfassen, gebe rechte Essentials zugunsten einer größeren Reichweite der Wochenzeitung auf. Der Rückzug vom »Zwischentag« 2013 (s. drr Nr. 145) markierte dann auch die Distanzierung vom Milieu der »neuen Rechten«. Die »Junge Freiheit« positioniert sich neu. Nach dem Ende des »Rheinischen Merkur« (RM) als Forum des etablierten Konservatismus verkündete Stein offensiv, die JF wolle die entstandene Lücke ausfüllen. Im Hinblick auf die Druckauflage von rund 22.000 Exemplaren kann die JF dem »Rheinischen Merkur« zu seinen Hochzeiten nicht das Wasser reichen. Doch Stein hat die LeserInnenschaft des ehemaligen »RM« im Blick, wenn er verstärkt christlich-konservativen Themen den Vorzug vor rechten Selbstverständigungsdebatten des rechtsintellektuellen Milieus gibt.

In einer Festschrift aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der JF berichtet Stein, diese habe mehrfach vor dem Ruin gestanden. Die antifaschistischen Kampagnen der frühen 1990er Jahre brachten die JF in der Tat in Bedrängnis. Gerettet wurde das Projekt einer rechten Wochenzeitung offenbar von ihren LeserInnen und FörderInnen. Die diskrete und sehr distinguierte LeserInnenschaft bleibt, was ihr finanzielles Engagement angeht, gern im Hintergrund. Über temporäre GeldgeberInnen in höchster Not aus der extrem rechten Publizistik wurde in den 1990er Jahren viel spekuliert. Doch mit den »Freunden und Förderern der Jungen Freiheit« sichert sich die JF die Unterstützung ihrer LeserInnenschaft.

Bis vor wenigen Jahren evozierten Interviews mit bekannten PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen oder SchriftstellerInnen in der JF einen Skandal. Diese Skandalisierung trieb letztlich die Enttabuisierung der JF als Stimme im Meinungsstreit voran. Interviewpartner wie Egon Bahr oder Rolf Hochhuth mehrten die Reputation des Blattes und ließen die politischen Hemmungen, diesem für ein Interview zur Verfügung zu stehen, sinken.

Gemessen an ihrer Herkunft aus der Aufbruch-Phase der sogenannten »Neuen Rechten« hat sich der inhaltliche Kurs der JF geändert, ist die Zeitung in Richtung Mitte gerückt. Berücksichtigt man jedoch den Rechtsruck der Mitte in den zurückliegenden 25 Jahren, wird klar, dass sich die Koordinaten der JF, Volk und Nation, nicht veränderten.

Rechte Goldgräber

In Krisenzeiten entwickelt die politische Rechte eine innige Beziehung zu Edelmetallen. Wer durch die einschlägigen Magazine und Zeitungen blättert, stößt immer wieder auf Anzeigen, die für den Kauf von Gold und Silber werben. Auch dass die »Alternative für Deutschland« ihr Budget durch den Verkauf von Goldmünzen aufbessert, ist kein Zufall.

von Lucius Teidelbaum



Die in Teilen der EU anhaltende Banken- und Wirtschaftskrise sorgt in der deutschen Mittelschicht für gesteigerte Besitzstandsängste und einen daraus resultierenden Wohlstands-Chauvinismus. Ein so genannter »Banken-Sozialismus« könnte das Privateigentum gefährden oder eine Inflation in der Krise die Ersparnisse auffressen, so die Befürchtungen. Der rechtskonservative Wirtschafts-Professor Wilhelm Hankel (1929-2014) schrieb beispielsweise am 15. Oktober 2011 für die neurechte Zeitung »Junge Freiheit« (JF) zum Thema »Euro und EU: Schulden, Inflation, Armut – die Zukunft der Deutschen?« Als Rettung vor dem an die Wand geworfenen Katastrophenszenario raten die FinanzapokalyptikerInnen zum Erwerb von »festen Werten«, unter anderem Edelmetallen, und verdienen dabei selber mit.

Win-Win-Situation

Die »Degussa Goldhandel« verkauft seit 2010 Edelmetalle in nahezu allen Formen, ihre Produkte bewirbt sie mit dem eigenen »Marktreport«. Darin veröffentlicht Degussa-Chefvolkswirt Thorsten Polleit seine Analysen. Der 47-Jährige ist Honorarprofessor für Volkswirtschaft an der Universität Bayreuth und Präsident des »Mises-Institut«, benannt nach Ludwig von Mises, einem Vordenker der marktradikalen »Österreichischen Schule«. Diese wirtschaftliche Linie vertritt er auch in seinen zahlreichen Veröffentlichungen; gerne auch in der neurechten JF oder der konservativ-libertären Zeitschrift »eigentümlich frei« (ef), wobei er nebenbei den Erwerb von Gold empfiehlt.

Andere schalten gleich Anzeigen, in denen für den Goldhandel geworben wird. Beispielsweise »Martin Schmidt Edelmetalle« aus Gießen, der »Taurus-Edelmetall-Shop« oder die »Goldseiten«. Bei den »Goldseiten« taucht im Impressum der rechtsesoterische Verlag »Osiris-Buchversand« mit Sitz im niederbayerischen Schönberg als Kooperationspartner auf.

Auch beim rechten, verschwörungstheoretischen und esoterischen »Kopp-Verlag« mit Sitz im schwäbischen Rottenburg gibt es den goldenen Schwerpunkt. Die Autorin Niki Vogt gilt als Goldexpertin ebenso wie der Publizist Bruno Bandulet aus Bad Kissingen. Sein News-Bulletin »DeutschlandBrief« erscheint seit 2009 in der »eigentümlich frei«. Das mittlerweile seit 1979 erscheinende Periodikum »Gold & Money Intelligence« gibt es seit 2011 im »Kopp-Verlag«. Ebenso seine Bücher »Vom Goldstandard zum Euro – Eine deutsche Geldgeschichte« (2012) und »Das geheime Wissen der Goldanleger« (2007). Der letztgenannte Buchtitel war auch Namensgeber für einen Kongress am 4. Oktober 2014 in der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen bei Stuttgart. »Das geheime Wissen« hat auch seinen Preis, Eintrittskarten kosteten 99 Euro pro Stück. Unter den Referenten waren Peter Boehringer (Vorstand der »Deutschen Edelmetallgesellschaft«, Berater und Partner des »Bunds der Steuerzahler«, Initiator von »Stop ESM« und von »Holt unser Gold heim!«) und eben auch Bandulet. Die Moderation übernahm Ralf Flierl, der selbsternannte Goldexperte und Chefredakteur des Börsenmagazins »Smart Investor«. Flierls Magazin annonciert regelmäßig im rechtspopulistischen »COMPACT-Magazin« von Jürgen Elsässer. Beide verbindet anscheinend mehr als eine schnöde Geschäftsbeziehung. Flierl begleitete im April 2012 eine von Elsässer angeführte Solidaritäts-Delegation zum damaligen iranischen Präsidenten Ahmadinedschad.

Auch die »Internationale Edelmetall- & Rohstoff-Messe«, die am 7. und 8. November 2014 in der Münchner Olympiahalle stattfand, arbeitet mit Rechten zusammen. Als »Medienpartner« werden sowohl der »Kopp Verlag« als auch die Zeitschrift »eigentümlich frei« und deren Verlag »Lichtschlag Medien u. Werbung KG« genannt.

Trotz der Fixierung auf Edelmetalle – besonders auf Gold – sind sich die diversen ExpertInnen nicht einig darin, wie sie der kommenden Krise begegnen sollen. Die Debatten-Seite »Forum« der JF vom 28. November 2014 stand unter der Überschrift »Gold als Wertanlage«. Dafür argumentierte Walter K. Eichelburg unter der Überschrift »Rettungsboot und sicherer Hafen«, Gold sei »das Mittel der Wahl, um sein Vermögen sicher über die Krise des Euro sowie die absehbar kommende Weltwirtschaftskrise zu retten«. Eichelburg prophezeit den Untergang des »Papiergeldsystems«: »An einem bestimmten Tag wird alles Papier crashen und die Preise von Gold und Silber explodieren.« Eichelburg resümiert: »Diejenigen, die dann das Gold haben, haben alles.«

Thorsten Polleit dagegen rät in seinem Beitrag mit dem Titel »Gute Unternehmen gut einkaufen« auch »in Produktivkapital zu investieren«. Vom Gold mag er sich aber nicht trennen, denn das Edelmetall sei die »wirksamste Impfung gegen Totalverlust, der im ungedeckten Papiergeldsystem drohen kann«.



Das Goldgeschäft der AfD

Breite mediale Resonanz fand im Oktober 2014 die Ankündigung der »Alternative für Deutschland« (AfD), in den Goldhandel einzusteigen. Der Verkauf von Gold als vermeintliche Krisenwährung bedient genau dasselbe Spiel mit den Ängsten im BürgerInnentum, mit dem die AfD erfolgreich Stimmen für sich gewinnen konnte. Beides ist Bestandteil einer bürgerlichen Krisenideologie, die das eigene Hab und Gut durch die »EUdSSR« oder eine »Einwanderung in die Sozialsysteme« bedroht sieht. Diese Ängste werden teilweise bis zum Staatszerfall und zu Bürgerkriegsszenarien gesteigert. Darauf reagierten Teile des BürgerInnentums mit der Wahl der AfD, der Bestellung von Büchern aus dem »Kopp-Verlag« zum Thema »Krisenvorsorge« und eben mit dem Ankauf von Gold als vermeintlich sichere Krisenwährung. Insofern dürfte der Goldshop der AfD kein Zufall sein. So heißt es auch in dem »Gold Spezial« von »Kompakt«, dem »Informationsbrief des Bundesverbandes der Alternative für Deutschland« vom 8. Oktober 2014: »Unser Goldangebot symbolisiert unsere Kritik an der Eurorettungspolitik der Altparteien. Er setzt damit ein politisches Zeichen für ›gutes Geld‹ und ein nachhaltiges und seriöses Währungs- und Wirtschaftssystem. Der Kauf von Gold in verschiedenen Formen, sowohl als Münzen als auch Barren, ist vor diesem Hintergrund auch für viele Bürger ein adäquates Mittel, um auf die Verwerfungen des Eurosystems hinzuweisen.«. Unklar ist, ob der Goldhandel der AfD überhaupt mit dem Gesetz zur Finanzierung der Parteien vereinbar ist, denn die Erlöse aus dem Handel der AfD mit Gold sind Einnahmen im Sinne des Parteiengesetzes und als solche sind sie im Rechenschaftsbericht auszuweisen und erhöhen damit auch die sogenannte »relative Obergrenze« der staatlichen Zuschüsse an die Partei. Durch die Gewinne ihres Goldhandels erhöht die AfD gleichzeitig ihre staatlichen Zuschüsse. Als Bestseller hat sich die ausverkaufte »Gedenkmünze 1 Deutsche Mark« zu 490 Euro entwickelt. Der angesprochenen Klientel scheint es nicht ausschließlich um die Sicherung von Vermögenswerten zu gehen – der verklärende nostalgische Blick zurück scheint genauso wichtig zu sein.

Im Umfeld und bei der AfD finden sich sowohl die VerfechterInnen als auch VerkäuferInnen des Goldes. Der bereits erwähnte Bandulet ist ein Unterstützer der AfD und war bereits bei dem Projekt »Bund freier Bürger« aktiv, das sich der Rettung der D-Mark verschrieben hatte. Einfaches AfD-Mitglied und Edelmetallhändler ist der Dresdner Hans-Holger Malcomeß, früher aktiv bei der rechten Kleinstpartei »Deutsche Soziale Union« (DSU) und der »Wiking-Jugend«. Auf der Homepage seines Gold- und Silber-Verkaufs werden bürgerliche Verlustängste direkt angesprochen: »Gold und Silber werden überall auf der Welt als Zahlungsmittel akzeptiert. Weltweite Finanzkrise, Schuldenexplosion und Papiergeldentwertung entwickeln sich mit zunehmender Geschwindigkeit und bedrohen Vermögen sowie Existenz vieler Menschen und Unternehmen. Immer mehr denken deshalb um und besinnen sich wieder auf traditionelle Werte wie Sicherheit, Verlässlichkeit und Vertrauen, die seit Jahrtausenden in allen Kulturkreisen gleichermaßen vor allem durch Gold und Silber symbolisiert werden.«

Gold als Alternative zum Papiergeld?

Gold soll aber nicht nur zur Sicherung des eigenen Vermögens dienen, auch im staatspolitischen Rahmen soll Gold eine Lösung sein. Der wirtschaftsliberale Teil der extremen Rechten lehnt unter Berufung auf Theoretiker der »Österreichischen Schule der Ökonomie«, wie August Friedrich Hayek, den Sozialstaat ab und macht allein staatliche Interventionen in die Wirtschaft für Krisen verantwortlich. Gegen die vermeintlichen Unsicherheiten des Papiergeldes wird Gold als Alternative gesetzt. Es wird die Wiedereinführung des Gold-Standards gefordert, ein Staat darf nur so viel Geld drucken, wie er in Gold besitzt. Dazu bräuchten die Staats- und Bundesbanken enorme Goldreserven. Deutschlands Goldreserven lagern derzeit zum Teil in den USA. Im nationalistischen Ton forderte deshalb eine Initiative: »Holt unser Gold heim!«

In dem Buch »Freiheit durch Gold?« von Hans J. Bocker wird Gold als »einzig ehrliches Geld, der Schlüssel zur Freiheit« bezeichnet. Papiergeld wird dagegen mit »Hochfinanz« und »Finanzkapital« assoziiert, eine Analyse, die schnell in den regressiven Antikapitalismus führt, der Kapitalismus in einen guten und ehrlichen Teil (Gold) und einen schlechten und »parasitären« Teil (Papiergeld) aufspaltet. Der Querfront-Mann Jürgen Elsässer spricht sogar von einem »Papiergeldimperialismus«. Tatsächlich existierte bis 1933 weltweit ein Gold-Dollar-Standard als internationales Wechselkurssystem. Eine Rückkehr zu diesem System dürfte freilich unmöglich sein.

Identität: »Frei.Wild«

Am 13. März 2015 veröffentlicht die Südtiroler Musikgruppe »Frei.Wild« ihr neues Studioalbum »Opposition«. Bereits mit der Wahl des Titels knüpft die Band inhaltlich nahtlos an ihre früheren Alben an. Eine inhaltliche Analyse der Liedtexte aus früheren Veröffentlichungen bietet einen Einblick in das Identitätsangebot an ihre Fans.

von Timo Büchner



»Frei.Wild« ist zurück auf der Bühne: Album-Veröffentlichung im März 2015, Tour im April und Mai, danach reiht sich ein Festival an das andere. Wie bei den vergangenen Veröffentlichungen bedeutet dies wohl: Goldene Schallplatte für das Album und eine ausverkaufte Tour. »Frei. Wild« machen mit ihrem Schaffen ein Identitätsangebot, das von hunderttausenden Menschen dankend angenommen wird. In den Liedtexten der Band wird die Identität sowohl über Geburt und Herkunft eines Individuums (Nativismus) als auch über die gemeinsame Feindschaft einer Gruppe aus eben jenen Individuen (Negativismus) definiert. Zur Schicksalsgemeinschaft ist es dann nicht mehr weit.

Heimat

Den Schwerpunkt des nativistischen Identitätsangebotes bildet das nationalistische Gedankengut, das sich vorrangig in zwei, für die Bandgeschichte äußerst bedeutsamen, Liedern wiederfindet: »Südtirol« (2003) und »Wahre Werte« (2010). Das Lied »Südtirol« widmet »Frei.Wild« seiner Heimat. Darin heißt es: »Südtirol, wir tragen deine Fahne/Denn du bist das schönste Land der Welt/Südtirol, sind stolze Söhne von dir/Unser Heimatland, wir geben dich nie mehr her/Südtirol, deinen Brüdern entrissen/[...]/Südtirol, du bist noch nicht verlor´n/In der Hölle sollen deine Feinde schmor´n«. Mit diesen deutlichen Aussagen positioniert sich »Frei. Wild« eindeutig in dem spannungsgeladenen Verhältnis Südtirols zu Italien. Die Band wendet sich gegen die mehrheitlichen VerfechterInnen des politischen Status quo, die sich gegen eine Loslösung Südtirols von Italien aussprechen. Obwohl Südtirol nach dem Zweiten Weltkrieg und den Beschlüssen zweier Autonomiestatute heute umfangreiche Rechte genießt, klagt »Frei.Wild« über massive Einschränkungen und mangelnde Freiheiten seitens der italienischen Regierung. Politisch befindet sich die Band damit in Gesellschaft der SeparatistInnen, deren militanter und neonazistisch geprägter Teil bis in die frühen 1990er Jahre Attentate auf Personen und Anschläge verübt hat.

In der Rockballade »Wahre Werte« konstruiert »Frei.Wild« eine »Wir-Gruppe«, die aus dem »gesund patriotischen« Tiroler Volk besteht, und eine »Ihr-Gruppe«, die ihre Heimat hasst, sich für sie schämt und Heimatliebe tabuisiert: »Wann hört ihr auf, eure Heimat zu hassen/Wenn ihr euch Ihrer schämt, dann könnt ihr sie doch verlassen/(...)/Sehe schon die Nachwelt klagen und fragen/Warum habt ihr das verkommen lassen/Die Wurzel des Landes, wie kann man die hassen«. Mit »Wahre Werte« begibt sich »Frei.Wild« in das Geflecht von Patriotismus und Nationalismus, das durch eine ein- und ausschließende Wirkung gekennzeichnet ist. Im Mittelpunkt des dazugehörigen Musikvideos stehen Aufnahmen des »Unabhängigkeitstages« des rund 5.000 Mitglieder umfassenden »Südtiroler Schützenbundes«, der sich dem »Schutz der Heimat und der Tiroler Lebens- und Wesensart« und der »Einheit des Landes Tirol« verpflichtet fühlt. Der Fortbestand der Tiroler Identität wird metaphorisch mit der zu schützenden »Wurzel des Landes« umschrieben. Würde diese »Wurzel« nicht genährt und geschützt, drohe schließlich der Volkstod: »Sprache, Brauchtum und Glaube sind Werte der Heimat/Ohne sie gehen wir unter, stirbt unser kleines Volk«. Indem der drohende Volkstod und ein homogenes Volk besungen werden, wird Migration und einer heterogenen Gesellschaft eine Absage erteilt – Immigration und Multikulturalismus gefährdeten demnach den Fortbestand des Tiroler Volkes. »Frei.Wild« geht aber noch einen Schritt weiter; als Referenz für ihren Liedtext wird eine Gedenktafel für den terroristisch agierenden »Befreiungsausschuss Südtirol« mit der Inschrift »Sie lebten für die Freiheit und Einheit Tirols/Ihre Opfer bleiben uns Verpflichtung« eingeblendet.

»Politik des Unpolitischen«

Um Kritik an der Band abzuwehren, wird die wenig originelle Behauptung des »Unpolitischen« in Stellung gebracht. Der Versuch, sich ein unpolitisches Image zu geben, hat zweierlei Gründe: Einerseits kann er als »reine Schutzbehauptung« gewertet werden, um sich gegen Vorwürfe aus dem eigenen Publikum zu immunisieren, dadurch finanzielle Einbußen zu minimieren und zugleich das Publikum zu maximieren. Andererseits entspricht die unpolitische Bezeichnung angeblich der Selbstwahrnehmung. Beispielsweise beschreibt Sänger Philipp Burger in einem Videobeitrag (»Klare Worte«, Herbst 2012) die Identitätssuche des Menschen als natürliches Streben nach nationaler Identität, wonach ein positiver Bezug zu Heimat und Volk ein natürlicher Drang und somit vollkommen unpolitisch sei. Angesichts der seit Jahrzehnten mit großer Intensität geführten Auseinandersetzung um den Status von Südtirol – in den 1960er Jahren gab es auf Seiten der italienischen Behörden sowie der SeparatistInnen zahlreiche Tote – gewinnen Begriffe wie Heimatliebe, Volk und Patriotismus im Diskurs um die Unabhängigkeit Südtirols einen enormen politischen Gehalt. Das kann Philipp Burger nicht entgangenen sein, insofern sind seine Ausführungen zum »unpolitischen« Charakter der Band und deren Liedtexte wenig geeignet, Erhellendes zu der Debatte beizutragen.



Freund-Feind-Denken

Ein stark polarisierendes Freund-Feind-Denken bildet den Kern des negativistischen Identitätsangebotes. Die Konstruktion des Feindes richtet sich allgemein gegen den »linken Mainstream« und schließt sämtliche JournalistInnen und Institutionen (antifaschistische Initiativen, Bands und Parteien) ein, die kritisch über »Frei.Wild« berichten. Laut Sänger Burger bilden sie eine »Anti-Frei.Wild-Liga«, die sich gegen die Band verschworen hat. Das Lied »Gutmenschen und Moralapostel« (2012) charakterisiert das konstruierte Feindbild mustergültig: »Ich scheiß auf Gutmenschen, Moralapostel/Selbsternannt, political correct/Der die Schwachen in die Ecke stellt/Und dem Rest die Ärsche leckt«. Aus Geldgier würden kritisch berichtende JournalistInnen »nur Hass« schüren: »Sie richten über Menschen, ganze Völker sollen sich hassen/Nur um Geschichte, die noch Kohle bringt, ja nicht ruhen zu lassen«. Mit ihrer eingängigen Rockmusik vertont »Frei.Wild« das, was im rechten Spektrum – sei es der Stammtisch oder die diversen Publikationen – Minimalkonsens ist: der Hass auf »politische Korrektheit«, die ganze Gesellschaften zu SklavInnen von Minderheiten mache und die natürliche Ordnung abschaffen möchte, der Hass auf Linke und auf KritikerInnen, die als Spaltpilze agierten und daraus finanzielle Vorteile zögen. Dass die Band, die sich hier als »die Schwachen in der Ecke« bezeichnet, mit ihrer Heimatduselei und Beleidigungen einen beträchtlichen Umsatz erzielt, bleibt selbstverständlich unerwähnt. Last but not least darf die »Nazikeule« nicht fehlen. In »Schlagzeile groß, Hirn zu klein« (2013) wird das Markenzeichen des konstruierten Feindes, die »Nazikeule«, beschrieben: Jede Form der Heimatliebe werde automatisch als »rechtsextrem« eingestuft. Mit der »Nazikeule« übten vor allem JournalistInnen nicht nur an »Frei.Wild« Kritik, sondern allgemein an Menschen mit einem »gesunden Patriotismus«. Dies führe zur Tabuisierung der Heimatliebe, die von »Frei.Wild« ebenso wie die »Nazikeule« selbst konstruiert wird.

Opferstilisierung

Eng verknüpft mit der Freund-Feind-Konstruktion ist die Opferstilisierung: Der »linke Mainstream« habe sich gezielt »Frei.Wild« als »Feindbild Nr. 1« ausgesucht, um sie in den finanziellen Ruin zu treiben. Die Ursache für ihre Opferrolle sieht die Band in ihrem Mut, »unangenehme Wahrheiten« auszusprechen. Im Lied »Wir reiten in den Untergang« (2012) setzt die Band ihre angebliche Verfolgung mit der industriellen Ermordung von Juden und Jüdinnen im Nationalsozialismus gleich. Die Folge ist eine Verharmlosung des Holocaust: »Nichts als Richter, nichts als Henker/Keine Gnade, und im Zweifel nicht für dich/Heut gibt es den Stempel keinen Stern mehr/Und schon wieder, lernten sie es nicht«. Laut »Frei.Wild« soll das Lied »auf provokative und (…) übertriebene Art und Weise (...) wachrütteln und zeigen, wie schnell sich die Geschichte wiederholen« könne.

Extremismus

Der Vorwurf, die KritikerInnen würden mit der »Nazikeule« die Meinungsfreiheit der Musiker missachten, ist wesentlicher Bestandteil der Konstruktion einer guten Mitte zwischen den beiden (wiederholt als »politische Übermotivation« umschriebenen) Polen »Links- und Rechtsextremismus«. Während »Frei.Wild« »für Menschlichkeit, Toleranz, Meinungsfreiheit und vor allem gegen jede Form der Ausgrenzung« stehe, gipfeln Zuordnungen zum »Linksextremismus« gelegentlich in Faschismusvorwürfen: »Wer andere Meinungen nicht zulässt, ausgrenzt, ausschließt (…), braucht nicht über den Faschismus schimpfen, denn er lebt ihn selbst«. Zwischen den beiden konstruierten Extremen sieht die Musikgruppe keinen Unterschied; stattdessen gilt die eigene Positionierung als gesunde Mitte. Als wichtiges Beispiel für die Gleichwertigkeit der Extreme dient die 2012 gestartete Kampagne »Frei.Wild gegen Rassismus und Extremismus«.

Wir sind Südtirol

Das von »Frei.Wild« konstruierte Identitätsangebot ist breit gefächert. Ihre HörerInnen bekommen viele Anknüpfungspunkte für die eigene Identität. Maßgebend ist jedoch das Bild vom unterdrückten Underdog, der sich gegen seine VerschwörerInnen zur Wehr setze. Das sind, in Verbindung mit einer auf Herkunft basierenden Identität bei ständiger Negierung der politischen Dimension des eigenen Tuns, vorgetragen mit der rebellenhaften Attitüde der Rockmusiker im musikalischen Mainstream angekommene rechte Einstellungen.

Neofaschistisches Netzwerk

Die italienische Polizei hat nach eigenen Angaben das neofaschistische Netzwerk »Avanguardia Ordinovista« (»Avantgarde der neuen Ordnung«) gestoppt, das kurz vor Weihnachten 2014 mehrere Anschläge verüben wollte. Ziele sollen PolitikerInnen, RichterInnen und öffentliche Einrichtungen gewesen sein. Die NeofaschistInnen wollten durch die geplanten Anschläge das Land destabilisieren. Bei einer landesweiten Razzia nahmen die Sicherheitsbehörden 14 Personen fest, gegen mindestens 44 weitere wird ermittelt. Es wurden rund 50 Gebäude durchsucht. Die Polizei hob dabei ein Waffenlager aus, gefüllt mit Waffen aus Weltkriegsbeständen und Importen aus Slowenien. Zentrum der Durchsuchungen war die Stadt L'Aquila in den Abruzzen. Den italienischen Sicherheitsbehörden war es gelungen, interne Ermittler in das neofaschistische Netzwerk einzuschleusen. Dieses stand offenbar in Kontakt mit ehemaligen Anhängern der militanten Organisation »Ordine Nuovo« (»Neue Ordnung«). Diese wird für Bombenanschläge in Italien in den 1960er und 1970er Jahren verantwortlich gemacht.

»Legion Bremen«

Das niedersächsische Innenministerium hat bestätigt, dass es Verbindungen von kriminellen Rockergruppen und Neonazis im Bremer Umland gibt. Allerdings würden diese nicht über »vereinzelte persönliche Bekanntschaften« hinausgehen. Der »Legion Bremen« und ihrem Umfeld rechnen die Behörden derzeit rund 35 Personen zu. 25 davon wohnen in Niedersachsen. Regelmäßiger Treffpunkt des Clubs ist das Vereinsheim in Weyhe. Zu 15 Personen lägen »kriminalpolizeiliche Erkenntnisse« vor, hauptsächlich wegen Rohheits- und Eigentumsdelikten. Unter anderem aber auch wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Anhänger der »Legion Bremen« hätten sich in der Vergangenheit an den »rechtspopulistischen Protesten« anlässlich des Todes eines 21-Jährigen in Weyhe im Frühjahr 2013 beteiligt. Einzelne Mitglieder der »Legion Bremen« seien als »rechtsmotivierte Straftäter« erfasst. Vier seien als »Gewalttäter Sport« geführt. Zudem seien einige der »Legion Bremen« auch Mitglieder der nicht mehr existierenden »Red Devils« in Bremen gewesen.

Aussteiger Ingmar Knop?

Der ehemalige DVU- und NPD-Funktionär, Ingmar Knop, ist nach eigenen Angaben aus der Neonaziszene ausgestiegen. Dies berichtet die Wochenzeitung »Die Zeit« in einem persönlichen Portrait über den 39-Jährigen. Knop war zeitweise stellvertretender Vorsitzender der DVU, saß im NPD-Bundesvorstand und vertrat zahlreiche Neonazis vor Gericht. Knop sagt, er sei damals in die Szene gekommen, weil er geglaubt habe, dort werde die »deutsche Kultur« hochgehalten und verteidigt. Er habe sich zu lange selbst belogen und zudem festgestellt, dass in der Szene keiner eine Ahnung habe, was »deutsche Kultur« eigentlich sei. Die Kulturdichte sei nirgends geringer als bei der DVU oder der NPD. Er habe bereits versucht, in das Aussteigerprogramm des Verfassungsschutzes aufgenommen zu werden. Dieser habe sein Hilfegesuch jedoch abgelehnt. Im Interview mit der »Zeit« benutzte Knop immer wieder Nazivokabular wie zum Beispiel »artfremd«. Wie ernst sein »Ausstieg« wirklich gemeint ist, wird er zeigen müssen. Unklar ist bislang, ob sich Knop nur von der Neonaziszene getrennt oder auch mit ihrer Ideologie gebrochen hat.

Anti-Nazi-Resolution der UN

Der 3. Ausschuss der UN-Vollversammlung hat am 18. Dezember 2014 eine Resolution zur Bekämpfung der Glorifizierung des Nazismus und anderer Formen des Rassismus angenommen. Eingereicht wurde diese durch Russland. 133 Staaten stimmten für den Entwurf. 51 enthielten sich, darunter Deutschland und viele weitere europäische Staaten. Vier Staaten lehnten ihn hingegen ab: die USA, Kanada, Palau und die Ukraine. Die Ablehnungen und Enthaltungen haben vermutlich weniger mit Inhalten als mit realpolitischem Taktieren in Zeiten der Ukraine-Krise zu tun.

Ein Vertreter der Ukraine sagte, der Stalinismus hätte genauso viele Menschen in den Gulags getötet, Hitler und Stalin seien beide Verbrecher gewesen. Jede Form der Intoleranz sei gleich zu behandeln. Er rief die russische Föderation auf, die Glorifizierung und Unterstützung des Stalinismus zu beenden. Russland würde Neonazis und Terroristen auf der Krim unterstützen. Die Resolution sende ein falsches Signal, deswegen lehne sein Land sie ab.

Eine Vertreterin der USA sagte, ihr Land unterstütze die Ablehnung von Nazi-Ideologie und jede Form des religiös oder rassistisch motivierten Hasses. Ihre Delegation sei aber über die politischen Motive der Antragssteller beunruhigt. Die Resolution sei in der Zeit der »Krise in der Ukraine« entstanden und damit respektlos und anstößig denen gegenüber, die unter den Nazis gelitten hätten. Deswegen stimmten die USA dagegen.

Angriffe gegen SorbInnen

In der sächsischen Oberlausitz kommt es vermehrt zu Übergriffen auf junge SorbInnen. Diese werden von Neonazis beschimpft, bedroht und geschlagen. Teilweise erfolgen die Angriffe gezielt von maskierten Tätern. Viele jugendliche SorbInnen in der Region leben in Angst. So wurde eine junge Frau am 13. September 2014 auf einer Tanzveranstaltung in Ostro von Neonazis bedroht und eingeschüchtert.

Prozess royal

Peter Fitzek, selbsternannter »König von Deutschland«, steht derzeit in Dessau-Roßlau vor Gericht. Ihm drohen bis zu fünf Jahre Haft. Laut Anklage soll er unerlaubt eine eigene Krankenversicherung betrieben und damit gegen das Versicherungsgesetz verstoßen haben. Fitzek gründete 2012 auf einem Gelände in Wittenberg einen eigenen Staat und hat Dutzende von AnhängerInnen um sich versammelt. Er wird der rechten Esoterikszene und der Reichsbürgerbewegung zugerechnet. So ist Fitzek Vorsitzender des »Lichtzentrums Wittenberg«, in dem Seminare zur »Germanischen Neuen Medizin« angeboten werden.



^ *Xavier Naidoo zusammen mit Jürgen Elsässer in Berlin*

»Goldenes Brett« für Xaiver Naidoo

Die »Gesellschaft für Kritisches Denken« (GKD) hat Xavier Naidoo den Negativpreis »Goldenes Brett« verliehen. Damit will die GKD den »skurrilsten, haarsträubendsten, dreistesten pseudowissenschaftlichen Nonsense-Beitrag des Jahres im deutschen Sprachraum« benennen. Naidoo mache nicht nur mit seiner Nähe zur Reichsbürgerbewegung auf sich aufmerksam, sondern auch mit Aussagen über die Terroranschläge vom 11. September 2001 und in Madrid und London. Er befände sich damit in der Gedankenwelt der sogenannten »Truther-Szene«, die im Internet eine große Verbreitung findet, an Weltverschwörungen glaubt und sich als äußerst resistent gegen rationale Gegenargumente erweise. Xavier Naidoos große Popularität könne insbesondere junge Menschen in eine abstruse Gedankenwelt aus unhaltbaren Behauptungen führen, in denen Hass und Angst mehr zählen als Fakten. Er sei die Einstiegsdroge der Irrationalität. Ein weiterer Negativpreis ging an den Kopp-Verlag mit Sitz in Rottenburg am Neckar und seinen Besitzer Jochen Kopp. Ihnen wurde das »Goldene Brett fürs Lebenswerk« zugesprochen.

Ritterkreuzträger in Bad Wimpfen

In der baden-württembergischen Kurstadt Bad Wimpfen fand vom 30. Oktober bis zum 2. November 2014 das Jahrestreffen der »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes e. V.« (OdR) statt. Zu der Tagung im Hotel »Rosengarten« kamen sowohl NS-Soldaten als auch zahlreiche jüngere TeilnehmerInnen zusammen. Adolf Hitler verlieh im Zweiten Weltkrieg das »Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes« an tausende Wehrmachtssoldaten sowie an Angehörige der Waffen-SS. Die »Organisierte Linke Heilbronn« kritisierte das Treffen scharf. Die Ritterkreuzträger seien eine »geschichtsrevisionistische Vereinigung von alten, ehemaligen Kämpfern der faschistischen Armee mit ihren jüngeren Bewunderern aus militaristischen und neofaschistischen Kreisen«.

Die Bundeswehr unterstützte das jährliche Treffen des 1955 gegründeten Vereins jahrelang. Erst 1999 beendete der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) die Zusammenarbeit mit folgender Begründung: Der Verein werde von Leuten geführt, »die sehr nahe am Rechtsradikalismus sind, zum Teil direkt drin«.

Wintersonnenwende in Eschede

Im niedersächsischen Eschede haben sich am 21. Dezember 2014 rund 40 Neonazis zu einer Wintersonnenwende getroffen. Mit dem Treffen fand nach zweijähriger Pause zum ersten Mal wieder eine größere Veranstaltung auf dem Gelände des Landwirts Joachim Nahtz statt. Die TeilnehmerInnen reisten unter anderem aus Hildesheim, der Lüneburger Heide, Hannover und Wolfsburg an, darunter auch Kinder.

»AN Göppingen« verboten

Der baden-württembergische Innenminister Reinhold Gall (SPD) hat am 18. Dezember 2014 die Neonazigruppe »Autonome Nationalisten Göppingen« verboten. Das Landeskriminalamt durchsuchte mehrere Wohnungen. Die Gruppe habe im Programm, in ihrer Vorstellungswelt und ihrem Gesamtstil eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus. Die offene Zurschaustellung rechten Gedankenguts sowie die Gewaltbereitschaft der Gruppe habe zu einer erheblichen Verunsicherung in der Bevölkerung in Göppingen geführt. Zudem verfolge die 2009 gegründete Gruppierung das Ziel, in Göppingen eine »national befreite Zone« zu errichten, in der sie gegenüber dem linken politischen Gegner und dem Staat eine Vormachtstellung einnehmen und diese im Zweifel auch mittels Gewalt verteidigen wolle. Das Innenministerium rechnet den »Autonomen Nationalisten Göppingen« derzeit fünf Personen zu. Bis ins vergangene Jahr seien es rund 20 gewesen. Im Sommer 2013 spaltete sich die Gruppe. Dem Vereinsverbot gingen monatelange Ermittlungen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung voraus. Im Januar 2015 wird mehreren Mitgliedern vor dem Landgericht Stuttgart der Prozess gemacht werden. Es wird der bislang größte Prozess gegen Neonazis in Baden-Württemberg, das Gericht hat rund hundert Termine angesetzt.

Anschlag der Anti-Antifa?

Unbekannte haben am 26. Dezember 2014 in Berlin das Auto eines »Bild«-Journalisten angezündet. Der Staatsschutz prüft, ob die Tat politisch motiviert ist. Dem Anschlag war eine Hetzkampagne gegen den Journalisten sowie weitere KollegInnen vorausgegangen. Im November tauchte im Internet ein Steckbrief mit Portraits sowie Namen von 18 FotografInnen auf. Die Überschrift: »Achtung Antifa Fotografen«. Bereits im April hatten Unbekannte ein Auto des Berliner Bildjournalisten angezündet.

Ukraine nach der Parlamentswahl

Neonazis und extrem Rechte sind im politischen Establishment angekommen.

von Ute Weinmann



^ *Sergej Korotkich bekommt von Präsident Petro Poroschenko den ukrainischen Pass*

Anfang Dezember bekam ein aus Belarus stammender und für die russische Neonaziszene bedeutender Kader aus den Händen des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko als frisch anerkannter Staatsbürger der Ukraine seinen neuen Pass ausgehändigt. Sergej Korotkich, mit Spitznamen Maljuta, erhielt die ukrainische Staatsbürgerschaft für seine Verdienste als Angehöriger des ukrainischen Freiwilligenbataillons »Asow« im Donbass. Er ist einer der Anführer der verbotenen »Nacional-socialistischeskoje obschtschestwo« (»Nationalsozialistische Gesellschaft«, NSO), aus der eine der mörderischsten Neonazigruppierungen Russlands hervorging. Einigen Quellen zufolge soll sich in den von Neonazis dominierten Reihen des »Asow« auch Alexander Parinow aufhalten, der wegen Mordes als Mitglied der »Kampforganisation russischer Nationalisten« (BORN) zur internationalen Fahndung ausgeschrieben ist und seit Jahren in der Ukraine vermutet wird. Seit November stehen in Moskau vier Mitglieder der Neonazigruppe vor Gericht: Michail Wolkow, Maksim Baklagin, Wjatscheslaw Isajew und Jurij Tichomirow. Sie haben sich für mehrere Mordanschläge zu verantworten.

Neonazis an der Kriegsfront

De facto herrscht in der Ukraine seit vielen Monaten Kriegszustand, was keinesfalls als Rechtfertigung missbraucht werden darf, aber eine Erklärung für die angeheizt patriotische Stimmung im Land bietet und unweigerlich vorhandene Vorbehalte und Ängste gegenüber Russland weiter schürt. Und dies hat den Aufstieg einiger exponierter extrem Rechte ins politische Establishment überhaupt erst ermöglicht. Im Übrigen vergeht so manchem Neonazi bereits nach der erstmaligen Konfrontation mit der Kriegsrealität die Lust sich an der Front auszutoben. Nach gerade einer Woche Kampferfahrung im ukrainischen Freiwilligenbataillon »Ajdar« machte sich eine Gruppe von zwölf selbsternannten »Wikingern« mit Waffen im Gepäck auf und davon Richtung Kiew. Dort fielen sie wegen versuchter Gelderpressung auf und schlugen Anfang November einen der vielen freiwilligen Unterstützer der »Antiterroroperation« im Osten der Ukraine zusammen.

Auch Dmytro Jarosch, so wird kolportiert, habe bereits nach der ersten Kampfniederlage Angehörigen seines »Prawij Sektor« (»Rechter Sektor«) Desinteresse am Kriegsgeschehen demonstriert. Ganz anders Andrej Biletskij, dessen Neonaziorganisation »Patriot Ukrainy« (»Patriot der Ukraine«) schon seit vielen Jahren nicht nur Kampftraining betreibt, sondern auch wegen der Jagd auf MigrantInnen von sich reden gemacht hat. Dass der Anhänger eines klassischen biologistischen Rassismus über ein Direktmandat bei den ukrainischen Parlamentswahlen im Oktober mit großer Zustimmung einen Platz in der Rada erhalten konnte, wäre ohne den Status eines Kriegshelden jedoch kaum denkbar.

Und im Parlament

Über weitere Direktmandate, aber auch einige Parteien – die »Radikalna partija« (»Radikale Partei«) von Oleg Lyaschko, die »Narodnij front« (»Volksfront«) von Premierminister Arsenij Jatsenjuk und den »Blok Petra Poroschenka« (»Block Petro Poroschenko«) – schafften auch andere Vertreter der extremen Rechten den Sprung in die große Politik. Darunter Jurij Schuchewitsch, langjähriger Vorstand der »Ukrainischen Nationalversammlung-Ukrainische Nationale Selbstverteidigung« (UNA-UNSO) und bedeutende Symbolfigur des ukrainischen Nationalismus, der auf dem fünften Listenplatz in der »Radikalen Partei« platziert war, und Igor Mosijtschuk, der sich zuvor in der Neonazigruppierung »Sozial-Nationalna Asambleja« (»Sozial-nationale Versammlung«, SNA) einen Namen gemacht hat. Während die rechtsradikale Partei »Swoboda« sich immer noch nicht vom Schock ihrer Wahlniederlage erholt hat und trotz Präsenz in der Rada derzeit keinen Anspruch auf eine führende Rolle anmelden kann, versuchen andere Parteien und Abgeordnete mit offen nationalistischer Agenda ihre jüngst errungenen Erfolge in politisches Kapital zu verwandeln.

Gleich mehrere extrem Rechte gehören dem neuen Komitee für Verteidigungsfragen in der Rada an, darunter Jarosch und Biletskij, Schlüsselfiguren der ukrainischen Neonaziszene im Rang eines Oberstleutnants, aber auch einige andere Kommandeure aus rechtslastigen Freiwilligenbataillonen mit Fronterfahrung. Sie setzen sich für die Militarisierung der ukrainischen Gesellschaft ein. Im Komitee stehen ihnen Politiker zur Seite, die sich auf dem Gebiet bislang nicht profiliert haben, dafür aber über enge Kontakte in die Geschäftswelt verfügen. Damit setzt sich aller Wahrscheinlichkeit nach die in der Ukraine bereits traditionelle Allianz zwischen der extremen Rechten und dem Business fort, die der Absicherung von Geschäftsinteressen oder der Umverteilung von Eigentum dienlich ist.

Anfang Dezember wurde überdies bekannt, dass sich einige fraktionslose, nationalistische Abgeordnete zu einem Oppositionsbündnis zusammenschließen wollen und derzeit auf der Suche nach weiteren Unterstützern sind, mindestens 19 müssen es für eine Fraktionsbildung sein. Dabei handelt es sich um eine illustre Gruppe: Dmytro Jarosch, Andrej Biletskij, Borislaw Berjoza, der als Sprecher des »Rechten Sektors« fungiert, Boris Filatow, der sich als Hausanwalt des ukrainischen Oligarchen Igor Kolomojskij auf die Umverteilung von Eigentum in großem Maßstab spezialisiert hat, und Wladimir Parasjuk, der als Hundertschaftsmitglied mit nationalistischem Hintergrund beim Euromaidan eine wichtige Rolle gespielt hat und später für das Bataillon »Dnepr-1« als Kämpfer im Donbass unterwegs war. Nebenbei bemerkt, sorgte Parasjuk für die erste mit physischer Gewalt ausgetragene Rangelei im neu gewählten Parlament.

Beratung für Rassismusopfer

Seit drei Jahren gibt es in Moskau ein Projekt zur Beratung von Opfern rassistischer Gewalt. Mit Ute Weinmann von dem Opferberatungsprojekt des »Civic Assistance Committee« sprach Annelies Senf vom Magazin »der rechte rand«.

drr: Wie fällt die Bilanz der Arbeit aus?

Ute Weinmann: Ungeachtet der Tatsache, dass in Moskau rassistische Übergriffe zum Alltag gehören, hält sich die Nachfrage nach Beratung und Unterstützung nach wie vor in Grenzen. Gerade in den zahlenmäßig am meisten von Gewalt betroffenen Communities der MigrantInnen aus Zentralasien ist es üblich, jegliche Art von Konflikt oder Problem intern zu regeln. Zudem steht rassistische Gewalt neben einer Vielzahl von existenziellen Schwierigkeiten – vom unklaren Aufenthaltsstatus bis hin zu Lohnprellung – für die eine Lösung gefunden werden muss. Gleichzeitig ist es uns aber gelungen, unsere Arbeit soweit zu etablieren, dass wir bereits in etlichen Fällen beratend, insbesondere aber durch medizinische Unterstützung intervenieren konnten. Komplizierter ist der juristische Part. Sind Betroffene bereit eine Anzeige zu stellen, versuchen unsere AnwältInnen die Ermittlungen voranzutreiben und den Fall vor Gericht zu bringen. Das ist uns bislang nur zweimal gelungen und beide Male fanden die politischen Hintergründe der Tat keine Berücksichtigung.
Wir kooperieren eng mit dem Zentrum SOVA, das seit zehn Jahren rechte Gewalt in Russland analysiert. Monitoring ist ein wichtiger Bestandteil des Projekts, denn nur so kann das Gewaltausmaß verdeutlicht werden, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen und die Relevanz rechter Gewalt deutlich zu machen.

Welche Dimension und gesellschaftliche Bedeutung haben rassistische und rechte Überfälle? Welche Zahlen liegen der Opferberatungsstelle vor?

Da unsere Opferberatungsstelle an eine Flüchtlingsorganisation angedockt ist, nämlich das »Civic Assistance Committee«, haben wir zunächst versucht, uns per Befragung in der Flüchtlingsberatung ein besseres Bild von der Situation zu machen. Tatsächlich hat sich herausgestellt, dass viele Flüchtlinge, insbesondere aus Afghanistan, von rassistischen Übergriffen berichten konnten. Diese Informationen wurden zuvor nie erfasst. Wir haben in unserer Arbeit seit Beginn des Projekts Kenntnis von etwa 100 Fällen aus Moskau und dem Umland erhalten, manche lagen bereits Jahre zurück. Inzwischen erfahren wir zeitnaher von Übergriffen. Dennoch müssen wir davon ausgehen, dass wir nur über einen Bruchteil ähnlicher Vorfälle informiert sind. In der Öffentlichkeit spielt Gewalt der extremen Rechten nur eine marginale Rolle, seit Beginn der Ukraine-Krise ist die Aufmerksamkeit diesbezüglich weiter gesunken. Dazu kommt, dass Gewalt, beispielsweise durch Polizeiangehörige, in Russland ein Alltagsphänomen darstellt, das rein theoretisch jeden betreffen kann, Neonazis aber nur von einer Minderheit als persönliche Bedrohung aufgefasst werden.

Welche Personengruppen sind besonders von rechter oder rassistischer Gewalt betroffen?

Ganz oben auf der Liste stehen Menschen aus den zentralasiatischen Republiken und aus dem Kaukasus. Unsere Beratungsstelle unterstützt häufig Flüchtlinge und MigrantInnen aus afrikanischen Ländern, betroffen sind aber auch Angehörige von Subkulturen, linken Gruppierungen, religiöser Minderheiten und Homosexuelle. Letztlich stellt rassistische Gewalt eine Bedrohung für alle dar, deren Äußeres nicht als eindeutig »slawisch« auszumachen ist.

Rassismus beziehungsweise Rechtsradikalismus werden in Russland nicht klar als solches benannt. Justiz und Medien verstehen gewalttätige Übergriffe auf MigrantInnen oder vermeintlich Linke als Hooliganismus. Wie wirkt sich das auf die Arbeit der Beratungsstelle aus?

Finden Strafprozesse wegen vielfachen Mordes gegen als besonders gefährlich eingestufte Neonazigruppierungen, wie derzeit gegen BORN (»Kampforganisation russischer Nationalisten«) statt, dann wird auch der politische Hintergrund benannt. Wir haben hingegen eher mit Fällen zu tun, die für die Strafverfolgungsbehörden keine Priorität darstellen, insbesondere wenn es sich um Einzeltäter oder verhältnismäßig geringe Körperverletzungen bei den Betroffenen handelt. Eines unserer Ziele während eines Strafverfahrens besteht in der Anerkennung des politischen Hintergrunds rassistischer Straftaten als strafrelevant. Da die Bereitschaft eine Anzeige zu stellen letztlich auch von der Aussicht auf Erfolg abhängt, müssen wir alles dransetzen, damit die Ermittlungen das Tatmotiv einbeziehen.

Gibt es Unterstützung jenseits des Projektes?

In jedem Fall gibt es ein positives Feedback von unterschiedlicher Seite und mit der Zeit wächst auch die Anzahl an Kontakten, um beispielsweise Informationen über das Projekt zu verbreiten.

Inwieweit versteht sich das Projekt als ein Teil des zivilgesellschaftlichen Kampfes gegen Rassismus und den nationalistischen Duktus in Politik und Gesellschaft?

Sicherlich ist die Opferberatungsstelle Teil davon. Mehr noch, sie bereichert diesen Kampf um die notwenige konkrete Unterstützung der von Gewalt Betroffenen und vermittelt dadurch, dass es nicht allein um Parolen oder veränderte Sprachregelungen gehen kann, sondern dem Einzelnen Solidarität mit den Opfern von Rassismus abverlangt. Allerdings ist es noch ein weiter Weg, bis dieser Gedanke selbst bei denjenigen durchdringt, die sich prinzipiell gegen einen nationalistischen Konsens in der russischen Gesellschaft stellen.

Was erhofft ihr euch für die Zukunft des Projektes?

Akzeptanz bei Betroffenen, eine konsequente Strafverfolgung der Täter, die Ausweitung der Arbeit auf andere Regionen, Wissenstransfer für am Thema Interessierte und nicht zuletzt eine mittelfristige finanzielle Absicherung. Aber am allerschönsten wäre es, wenn das Projekt mit der Zeit überflüssig werden würde.

Vielen Dank für das Gespräch.

Alle Jahre wieder

Der »Unabhängigkeitsmarsch« am 11. November durch die polnische Hauptstadt Warschau hat sich als fester Bestandteil im Veranstaltungskalender der extremen Rechten etabliert.

von Marie Kwiatek und Sven Kames



Ein riesiger Marsch in den weiß-roten polnischen Nationalfarben bewegte sich am 11. November durch Warschau, am Rande begleitet von heftigen Ausschreitungen durch rechte Hooligans. Eins ist sicher – der jährliche »Unabhängigkeitsmarsch« (»Marsz Niepodległości«) in der polnischen Hauptstadt Warszawa ist ein Event. Bei der diesjährigen Auflage nahmen nach Angaben der OrganisatorInnen 100.000 Menschen teil. Medien und Polizei gehen von einer geringeren, aber immer noch hohen Zahl zwischen 30.000 und 50.000 TeilnehmerInnen aus.

Begonnen hat der Aufmarsch 2009 noch mit wenigen hundert Teilnehmenden und wuchs in den folgenden fünf Jahren rasant an. Beim Marsch tritt die extreme Rechte Polens gemeinsam auf – vereint marschieren »Patrioten« und »Nationalkonservative« bis hin zu neonazistischen Splittergruppen. Verbindendes Element ist, neben dem Nationalismus, das Bekenntnis zum Katholizismus – der ultrakatholische Sender »TV Trwam« berichtete intensiv und wohlwollend über den Marsch – und der Hass auf Homosexuelle und Linke. Organisiert wird die Veranstaltung durch die extrem rechten Gruppierungen »Obóz Narodowo-Radykalny« (»Nationalradikales Lager«, ONR), »Młodzież Wszechpolska« (»Allpolnische Jugend«, MW) und andere kleinere Gruppierungen. In diesem Jahr stand der »Unabhängigkeitsmarsch« unter dem Motto »Armia patriotów« (»Armee der Patrioten«) und endete am neuen Nationalstadion im Osten der Stadt. Anschließend gab es ein Konzert der extrem rechten Band »Irydion«. Redner Witold Stefanowicz (ONR) proklamierte bei der Abschlusskundgebung, dass die Städte Wilna/Vilnius (Litauen) und Lwów/Lwiw (Lemberg, Ukraine) zu Polen gehören würden. Während des Marsches selbst redeten VertreterInnen der extrem rechten Parteien »Jobbik« (Ungarn), »Nordisk Ungdom« (Norwegen), »Forza Nuova« (Italien) und »Democracia Nacional« (Spanien).

Der »Unabhängigkeitstag« ist ein polnischer Nationalfeiertag, der an die Unabhängigkeit und Republikgründung Polens von 1918 nach einer 123-jährigen Teilungsgeschichte anknüpft und quer durch alle politische Lager begangen wird. Allerdings werden auf dieser historischen Folie beim »Marsch« in Warschau tagesaktuelle, oft rechtspopulistische Stellungnahmen und Parolen platziert. Weil das Thema des Marsches »Unabhängigkeit« ist, werden dort auch der Warschauer Aufstand von 1944 gefeiert und Symbole der WiderstandskämpferInnen (»Powstanie Warszawskie«) genutzt. Es habe damals einen »gemeinsamen Kampf« für die Nation und gegen die Besatzung der Nazis gegeben. Einige Menschen tragen an diesem Tag historische polnische Uniformen aus dieser Zeit. Einen weiteren extrem rechten Aufmarsch – den »Marsz patriotów« (»Marsch der Patrioten«) – organisierte in Wrocław (Breslau) die nationalrevolutionäre Gruppierung »Nationale Wiedergeburt Polens« (»Narodowe Odrodzenie Polski«, NOP), an dem 7.000 Menschen teilnahmen. In anderen Städten Polens wird mit Aufzügen und Paraden an nationalhistorischen Monumenten der »Unabhängigkeitstag« begangen – teils ebenfalls von der extremen Rechten organisiert. In Warschau selbst fand gleichzeitig unter dem Motto »Razem dla Niepodległej« (»Gemeinsam für die Unabhängigkeit«) ein »Präsidentenmarsch« mit 35.000 TeilnehmerInnen statt, den der polnische Präsident Bronisław Komorowski anführte.

Am Rande des Aufmarsches kam es wie jedes Jahr zu massiven Ausschreitungen zwischen Marschteilnehmenden und der Polizei. 75 Menschen wurden verletzt, es gab 276 Verhaftungen – hauptsächlich rechte Hooligans. Die OrganisatorInnen distanzierten sich mit der Routine aus den Vorjahren bei der Abschlusskundgebung von den Gewaltausbrüchen. Sie riefen zur Ruhe auf und sahen hinter der Gewalt eine »Verschwörung«, um den vorhergehenden Präsidentenmarsch in ein besseres Licht zu rücken. Ein Fan des Fußballvereins »Widzew Łódź« bekundete auf der Bühne, dass die Ausschreitungen an einem Tag »für die nationale Idee« unangemessen seien. Besonders intensiv mobilisierten in diesem wie auch in den Vorjahren Hooligangruppierungen für den »Unabhängigkeitsmarsch«, die sichtbar mit ihren Vereinsfarben und extrem rechten Symbolen auf der Demonstration auftraten. Die Kooperation von Hooligangruppen ist in Polen schon länger verbreitet. Eigentlich verfeindete Gruppierungen finden für den nationalistisch aufgeladenen Tag zusammen, um nicht wie sonst gegeneinander, sondern für die »nationale Sache« zu »kämpfen«.

Der 11. November hat für die extreme Rechte eine nicht zu unterschätzende Funktion. Neben der Machtdemonstration, Bedrohung und Einschüchterung wird dieses, für die Bildung der polnischen nationalen Identität wichtige Datum von der extremen Rechten besetzt. Neben dem integrativen Aspekt des Events hat das konkrete politische Folgen: Vor zwei Jahren gründete sich am 11. November aus dem Marschorganisationsspektrum die Partei »Ruch Narodowy« (»Nationale Bewegung«). Bei der diesjährigen Wahl des Europaparlaments erhielt die junge Partei 1,4 Prozent der Stimmen – Anti-EU-Parolen waren hauptsächliches Wahlkampfthema. Das Stimmpotential dürfte noch nicht ausgeschöpft sein.

Libertär und national

Die neue polnische Rechtspartei »Kongress der neuen Rechten« mischt in ihrer Agenda marktradikale und nationalistische Positionen.

von Filib Schaboński

Der »Kongres Nowej Prawicy« (KNP) verortet sich in der Tradition liberaler und libertärer Ökonomen wie Friedrich von Hayek, Ludwig von Mises und Milton Friedman. Die Partei fordert einen vollständigen Umbau des staatlichen und ökonomischen Systems in Polen. Als Vorbild für die Transformation der Dritten Polnischen Republik soll die Umgestaltung des ungarischen Staates durch Viktor Orban dienen.



^ *Janusz Korwin-Mikke*

Zentralisierung und Privatisierung

Auf struktureller Ebene strebt der KNP die Errichtung eines zentralistisch geführten Minimal-Staats an. Der Einfluss des Sejm (Parlament) soll stark reduziert und der Präsident nach französischem und amerikanischem Vorbild mit weitgehenden politischen Vollmachten ausgestattet werden. Ein neu konstituierter, nicht demokratisch gewählter elfköpfiger Staatsrat soll von der Regierung die Befugnisse zu gesetzgeberischen Initiativen erhalten, die gewählte Regierung hingegen auf die Rolle eines Dekrete umsetzenden Organs beschränkt werden. Auch für die Wiedereinführung der Todesstrafe und der Prügelstrafe für jugendliche Straftäter macht sich die Partei stark.

Auf der gesellschaftlichen Ebene setzt sich der KNP gegen die Gleichsetzung von gleichgeschlechtlichen Beziehungen mit traditionellen Eheschließungen ein. Die Familie wird in konservativer Tradition als Born der Gesellschaft gefeiert, den Familienvätern patriarchalische Handlungsvollmachten gegenüber den Familienmitgliedern zugestanden. Sozial- und Rentenversicherungen sollen vollständig privatisiert werden, um den Bürgern die »freie Wahl« zur Selbstversicherung zu überlassen. Ebenso sollen das Bildungs- und das Gesundheitswesen privatisiert werden. Auf der wirtschaftlichen Ebene postuliert der KNP eine marktradikale Agenda. Steuerabgaben sollen komplett abgeschafft oder stark reduziert und die EU zu einer besseren Freihandelszone zurechtgestutzt oder vollständig aufgelöst werden.

Anerkennung in Deutschland

Durch seine Erfolge zieht der KNP auch die Aufmerksamkeit rechtslibertärer Kreise in Deutschland auf sich. So wurde in deren deutschsprachigem Zentralorgan »eigentümlich frei« das »ambitionierte« Programm der Partei hochgehalten und deren Vorsitzender, Janusz Korwin-Mikke, als Vorbild gelobt. Dabei zeigt die Zeitschrift offen Sympathie für Korwin-Mikkes antidemokratische Einstellung und verlangt wie dieser eine minarchische Monarchie, also einen monarchisch geführten Minimalstaat, da eine Demokratie die freie Entfaltung »natürlicher« Eliten behindere und den Armen zu viel politische Einflussnahme ermögliche.

Korwin-Mikke vertritt auch die Ansicht, dass Hitler nichts von der Vernichtung der Juden in den Konzentrationslagern wusste. Frauen betrachtet er als Eigentum der Männer und möchte ihnen das Wahlrecht entziehen. Ferner verlangt er die Restauration der imperialen Vormachtstellung Europas über die restliche Welt. Selbst Jean-Marie Le Pen und Geert Wilders gehen solche Aussagen zu weit, weshalb sie die Zusammenarbeit mit dem KNP ablehnen.

Rechts- und Marktradikalismus

Dabei zeigt sich, dass zwischen rechtslibertär-marktradikalen und rechtsradikalen Positionen häufig nur ein scheinbarer Widerspruch besteht. Wird der Faschismus von den Libertären auch als »brauner Sozialismus«, also eine vermeintlich linke Ideologie abgelehnt, so teilen beide Strömungen einen ausgewiesenen Sozialdarwinismus, Elitismus und Anti-Egalitarismus ebenso wie den unbedingten Glauben an das Recht des Stärkeren sowie die Ablehnung der durch die Französische Revolution in Europa implementierten Werte. In Deutschland zeigt sich die ideologische Nähe von Rechts- und Marktradikalismus auch an den engen Kontakten zwischen AutorInnen von »eigentümlich frei« und der Rechtspostille »Junge Freiheit«.

Im kulturellen Diskurs Europas, wo die Idee der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit immer stärker durch die neoliberale Agenda verdrängt wird, bilden Libertarismus und andere radikal-liberale Strömungen die ideologische Speerspitze jener Kreise, die das Prinzip des schrankenlosen Egoismus zum gesellschaftlichen Leitbild erklären wollen. Dass die Deregulierung der Märkte nicht zur Freiheit des Einzelnen führt, sondern lediglich neue Mechanismen der Unterdrückung generiert, gesellschaftliche Hierarchien und Ungleichheit zementiert und die soziale Abhängigkeit der arbeitenden Bevölkerung verschärft, stört die VerfechterInnen dieser »Freiheit« nicht. Wenn das Gleichheitsgebot nicht mehr gilt, dürfen sich die selbsternannten Eliten auch wieder die Freiheit zur Ausgrenzung und Ausbeutung der weniger begüterten Bevölkerungsgruppen nehmen. Von der »natürlichen« Ungleichheit der Libertären aber ist es dann nur noch ein Katzensprung zu völkisch-nationalistischem Gedankengut. Der entfesselte Kapitalismus schafft die strukturellen Grundlagen, auf welchen Rassismus und völkischer Nationalismus gedeihen. Die Freiheits-Propaganda der Marktradikalen ist eine gefährliche Augenwischerei. Schon Hayek hielt eine liberale Diktatur für angemessen, um die freie Entfaltung der Wirtschaft zu gewährleisten. Bezeichnenderweise war das erste Testlabor für seine Thesen das von der Pinochet-Diktatur geknechtete Chile.

NSU aus der Opferperspektive

von Paul Wellsow

Bei der Diskussion um den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) fehle »das Leben der Opfer des NSU«, schreibt Barbara John. Daher hat die »Ombudsfrau der Bundesregierung für die Hinterbliebenen der Opfer der NSU-Morde« ein Buch herausgegeben, in dem zwölf Angehörige von NSU-Mordopfern und eine Betroffene des Kölner Sprengstoff-Anschlags zu Wort kommen. Die »persönliche Sicht auf die grausamste rechtsextreme Gewaltserie in der deutschen Nachkriegsgeschichte und das verantwortungslose Handeln der Sicherheitsbehörden« solle gezeigt werden.
Durch die Beiträge der Angehörigen und Betroffenen zieht sich ein roter Faden: Durchgängig betonen sie, wie schwerwiegend sich die haltlosen Verdächtigungen und Ermittlungen nach den Taten gegen sie auswirkten. Immer wieder hätten sie auf den möglichen rassistischen Hintergrund der Morde und Anschläge verwiesen, doch seien sie nie gehört worden. Zudem kritisieren sie, dass bis heute vor allem aus dem Kreis der damals ermittelnden Polizei kaum Worte der Entschuldigung zu hören seien, es durch Politik und Behörden zu wenig Unterstützung für die Opfer und ihre Angehörigen gegeben habe und die nach dem Auffliegen des NSU allseits versprochene vollständige Aufklärung weiterhin fehle. Gedenkorte, weitere Aufklärung über die Rolle der Behörden und mehr Engagement gegen Rassismus und Neonazismus sind Forderungen, die gestellt werden.
Unverständlich ist, warum Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ein nichtssagendes Vorwort beisteuern durfte. Gerade die Bundesbehörden haben immer wieder die Aufklärung behindert. Sie waren Teil der erfolglosen Ermittlungsmaschinerie, die mit rassistischen Vorurteilen belastet, die Angehörigen der Opfer ins Visier nahm. Und sie sind es, die bis heute die Neonaziszene mit Honoraren für V-Leute päppeln, mit der »Extremismus-Doktrin« Rassismus und Neonazismus verharmlosen und mit untauglichen Mitteln gegen »Rechtsextremismus« agieren. Merkel hätte hier den Platz gehabt, im Namen des Staates die Opfer und ihre Angehörigen um Entschuldigung zu bitten und Schritte zur weiteren Aufklärung und zum Gedenken an die Opfer anzukündigen – sie tut es nicht. Und dennoch: Das Buch ist trotz des ärgerlichen Vorworts lesenswert, da es Betroffenen der NSU-Anschläge und Angehörigen der Mordopfer Platz für ihre Erinnerungen, ihre Lebensgeschichte und ihre Forderungen bietet.

Barbara John (Hg.): Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen. Was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag, 2014, 178 Seiten, 12,99 Euro.

Sorgfältig gepflegte Feindbilder

von Fabian Jellonnek

Wolfgang Benz beschreibt und analysiert in seinem Buch »Sinti und Roma: Die unerwünschte Minderheit« die Geschichte und Gegenwart des Antiziganismus. An dieser beteiligen sich seiner Ansicht nach auch selbsternannte »Zigeuner-Versteher«, indem sie alte Klischees erhalten.
»Dieses Buch enthält keine Bilder«. Selten gelingt SachbuchautorInnen ein derart starker Einstieg ins Thema. Wolfgang Benz schafft genau dies mit dem schlichten Einstiegssatz seines Buchs. Seine Feststellung zeigt nicht nur die Haltung des Vorurteilsforschers zu seinem Thema, sondern liefert bereits eine Vorahnung auf die folgende 316 Seiten starke Analyse. Denn, so Benz, wenn es um aktuelle Erscheinungen des Antiziganismus geht, sind Bilder ein großes Problem. Bilder, die wir uns von Sinti und Roma machen. Bilder, mit denen Medien ihre Beiträge über Europas größte Minderheit schmücken. Bilder, die dem Betrachtenden eine ganze Geschichte erzählen. Geschichten von Armut, Kriminalität und Verwahrlosung etwa. Geschichten über exotische Menschen, die aufregende kulturelle Brauchtümer pflegen. Warum können Bilder, auf denen Sinti und Roma abgebildet sind, solche Botschaften vermitteln? Weil sie in uns schlummernde rassistische Klischees aufwecken: Die Gründe dafür liegen nach Benz einerseits bei den Nationalsozialisten, die pseudowissenschaftliche Dossiers über Sinti und Roma anfertigten und sie unter dem Vorwand der »Kriminalprävention« verfolgten. Benz nennt an dieser Stelle die Namen und Motive von jenen, die sich zu HelferInnen der Diktatur machten und mitunter nach Ende der Terrorherrschaft weiterhin unbehelligt ihre Karrieren fortsetzten. Andererseits verweist er auf das reichhaltige Repertoire an »Zigeuner-Klischees« in Literatur und Kunst. Schließlich nimmt er auch die wissenschaftliche Disziplin der »Tsiganologie« in den Fokus, die mit vermeintlich ethnologischem Blick über die Minderheit schreibt und doch nur alte Klischeebilder nachzeichnet. Immer wieder greift Benz auch auf aktuelle Beispiele aus den Medien zurück. Vom Lokalblatt, über Polit- bis hin zu Reisemagazinen, in nahezu jedem Genre und allen Medien findet er Beispiele diskriminierender Berichterstattung und fordert mehr Sensibilität der Schreibenden. Sein Buch ist ein Appell an die Mehrheitsgesellschaft, die eigenen Klischees – positiver wie negativer Art – zu überdenken.

Wolfgang Benz: Sinti und Roma: Die unerwünschte Minderheit. Über das Vorurteil Antiziganismus. Berlin: Metropol Verlag, 2014, 316 Seiten, 22,00 Euro.

Mitte-Studie 2014

von Margarete Schlüter

PEGIDA, BOGIDA, KÖLIDA, LEGIDA, ...? Wer geht da eigentlich seit Oktober 2014 auf die Straße, um gegen eine vermeintliche Islamisierung und Refugees zu demonstrieren? Mögliche Antworten lassen sich in der aktuellen »Mitte«-Studie von Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler finden, in der die politische Einstellung in Deutschland und im Speziellen die antidemokratische, extrem rechte Haltung ermittelt worden sind.
In der im Juni 2014 erschienenen Publikation der Universität Leipzig werden die aktuellen Ergebnisse dargestellt und mit denen der seit 2002 alle zwei Jahre durchgeführten Umfrage verglichen.
Auffällig ist der starke Rückgang bei allen extrem rechten Dimensionen wie auch die Abnahme von Menschen mit einem geschlossenen rechten Weltbild. Zugenommen hat jedoch die Diskriminierung gegenüber bestimmten Gruppen von MigrantInnen.
Die größte Zustimmung erfährt die Ausländerfeindlichkeit mit knapp 25 Prozent, gefolgt von chauvinistischen Aussagen mit 13,6 Prozent. Aufgrund spezifischer Items konnten islamophobe, antiziganistische Haltungen sowie die Abwertung von AsylbewerberInnen ermittelt werden.
Im Zeitvergleich ergibt sich ein deutlicher Anstieg der Islamophobie: 36,6 Prozent sind der Meinung, dass MuslimInnen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte und 42,7 Prozent fühlen sich »wie ein Fremder im eigenen Land«.
Auch beim Antiziganismus ist ein signifikanter Anstieg zu verzeichnen, den die Autoren mit der Debatte um die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit für bulgarische und rumänische Staatsangehörige sowie um eine angebliche »Armutszuwanderung« begründen.
Besorgniserregend ist mit 76 Prozent die Zahl derjenigen, die gegen eine großzügige Prüfung der Asylanträge sind. Zudem geht fast jedeR Zweite davon aus, dass die meisten AsylbewerberInnen nicht wirklich in ihrer Heimat verfolgt würden.
Es sind diese drei Gruppen, gegen die PEGIDA und Andere auf die Straße gehen. Es sind die »stabilisierte Mitte«, wie die AutorInnen der Studie schreiben, und Neonazis. Und so wie es mittlerweile in mehreren bundesdeutschen Städten entsprechende Demonstrationen und Kundgebungen gibt, so ist dieses rassistische Gedankengut auch bundesweit verbreitet. Diese Fakten gilt es anzuerkennen, um aktiv und nachhaltig dagegen vorgehen zu können.

Universität Leipzig (Hg.): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Leipzig: Eigenverlag, 2014, 75 Seiten, kostenfreier Download unter: http://www.uni-leipzig.de/~kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf.

Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ Email-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen.
Bildung & Publizistik - Sparkasse Hannover, Konto: 910222045, BLZ: 25050180

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name _____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Alexander Häusler privat (Seite 10)
Bildarchiv Magazin – der rechte rand (Seiten 12, 14-15 alle, 16)
Christian Ditsch (Seite 27)
Kai Budler (Seite 17)
Mark Mühlhaus/attenzione (Seiten 4, 22)
Oliver Feldhaus (Seite 29)
Roland Geisheimer/attenzione (Seiten 1, 3, 7, 8, 11)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.


rand
UNGARN
Rückkehr der Geister


rand
20. JAHRESTAG
POGROM
ROSTOCK LICHTENHAGEN


rand
UNPOLITISCHE
FREUNDSCHAFTEN


rand
Ich hasse euch!
NAZITERROR – EIN JAHR NACH DEM AUFFLIEGEN DES NSU


rand
NPD
NPD, VERBOTSDEBATTE UND NAZI-SPITZEL


rand
BRAUNE
STUDENTEN


rand
SKINHEADS
NAZIS
1. MAI


rand
»IDENTITÄRE BEWEGUNG«


RECHTER
WAHLKAMPF
rand


rand
AUFMARSCH
DER MITTE




HOLGER APFEL
»Führer« a. D.
rand
europa rückt
nach rechts
rand